

251 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Ausgedruckt am 16. 8. 1995

Regierungsvorlage

ÜBEREINKOMMEN ÜBER VERGLEICHS- UND SCHIEDSVERFAHREN INNERHALB DER KSZE

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens, die Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sind —

IM BEWUSSTSEIN ihrer Verpflichtung aus Artikel 2 Absatz 3 und Artikel 33 der Charta der Vereinten Nationen, ihre Streitigkeiten friedlich beizulegen;

HERVORHEBEND, daß sie in keiner Weise beabsichtigen, die Zuständigkeit anderer bestehender Einrichtungen oder Mechanismen, einschließlich des Internationalen Gerichtshofs, des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften und des Ständigen Schiedshofs, zu beeinträchtigen;

IN BEKRÄFTIGUNG ihrer freierlichen Verpflichtung, Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen, und ihres Beschlusses, Mechanismen zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Teilnehmerstaaten zu entwickeln;

INGEDENK DESSEN, daß allein schon die vollständige Verwirklichung aller KSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen ein wesentliches Element zur Verhinderung von Streitigkeiten zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten ist;

BESTREBT, die Verpflichtungen zu erweitern und zu verstärken, die insbesondere im Bericht über das Expertentreffen über die friedliche Regelung von Streitfällen, der in Valletta angenommen und von dem KSZE-Rat der Außenminister auf seinem Treffen am 19. und 20. Juni 1991 in Berlin gebilligt wurde, enthalten sind;

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

KAPITEL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Errichtung des Gerichtshofs

Es wird ein Vergleichs- und Schiedsgerichtshof errichtet, der die Aufgabe hat, durch das Mittel des Vergleichs und gegebenenfalls der Schiedsgerichtsbarkeit die Streitigkeiten beizulegen, die ihm gemäß den Bestimmungen dieses Übereinkommens unterbreitet werden.

Artikel 2

Vergleichskommissionen und Schiedsgerichte

(1) Das Vergleichsverfahren wird von einer Vergleichskommission durchgeführt, die für jede einzelne Streitigkeit gebildet wird. Die Kommission setzt sich aus Schlichtern zusammen, die anhand einer gemäß Artikel 3 erstellten Liste bestellt werden.

(2) Das Schiedsverfahren wird von einem Schiedsgericht durchgeführt, das für jede einzelne Streitigkeit gebildet wird. Das Gericht setzt sich aus Schiedsrichtern zusammen, die anhand einer gemäß Artikel 4 erstellten Liste bestellt werden.

(3) Die Gesamtheit der Schlichter und Schiedsrichter bildet den Vergleichs- und Schiedsgerichtshof innerhalb der KSZE, im folgenden „Gerichtshof“ genannt.

Artikel 3

Ernennung der Schlichter

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens ernennt innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten des Übereinkommens zwei Schlichter, von denen mindestens einer sein Staatsangehöriger ist.

Der andere kann Staatsangehöriger eines anderen KSZE-Teilnehmerstaats sein. Ein Staat, der nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens Vertragspartei wird, ernennt seine Schlichter innerhalb von zwei Monaten, nachdem das Übereinkommen für ihn in Kraft getreten ist.

(2) Die Schlichter müssen Personen sein, die hohe innerstaatliche oder internationale Funktionen ausüben oder ausgeübt haben, und anerkannte Fachleute auf dem Gebiet des Völkerrechts, der internationalen Beziehungen oder der Streitbeilegung sind.

(3) Die Schlichter werden für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt; Wiederernennung ist zulässig. Während ihrer Amtszeit können sie vom ernennenden Staat nicht abberufen werden. Im Fall des Todes, des Rücktritts oder einer vom Präsidium anerkannten Verhinderung ernennt der betreffende Staat einen neuen Schlichter; dessen Amtszeit entspricht der verbleibenden Amtszeit seines Vorgängers.

(4) Nach Ablauf ihrer Amtszeit setzen die Schlichter die Behandlung aller Fälle fort, mit denen sie bereits befaßt sind.

(5) Die Namen der Schlichter werden dem Kanzler notifiziert, der sie in eine Liste einträgt, welche dem KSZE-Sekretariat zur Weiterleitung an die KSZE-Teilnehmerstaaten übermittelt wird.

Artikel 4

Ernennung der Schiedsrichter

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens ernennt innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten des Übereinkommens einen Schiedsrichter und einen Stellvertreter, die seine eigenen Staatsangehörigen oder Staatsangehörige eines anderen KSZE-Teilnehmerstaats sein können. Ein Staat, der nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens Vertragspartei wird, ernennt seinen Schiedsrichter und dessen Stellvertreter innerhalb von zwei Monaten, nachdem das Übereinkommen für ihn in Kraft getreten ist.

(2) Die Schiedsrichter und ihre Stellvertreter müssen die in ihrem Staat für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Völkerrechtsgelehrte von anerkanntem Ruf sein.

(3) Die Schiedsrichter und ihre Stellvertreter werden für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt; einmalige Wiederernennung ist zulässig. Während ihrer Amtszeit können sie vom ernennenden Staat nicht abberufen werden. Im Fall des Todes, des Rücktritts oder einer vom Präsidium anerkannten Verhinderung eines Schiedsrichters tritt sein Stellvertreter an seine Stelle.

(4) Wenn ein Schiedsrichter und sein Stellvertreter sterben, zurücktreten oder beide verhindert sind, wobei die Verhinderung vom Präsidium anerkannt ist, werden Neuernennungen gemäß Absatz 1 vorgenommen. Der neue Schiedsrichter und sein Stellvertreter beenden die Amtszeit ihrer Vorgänger.

(5) Die Verfahrensordnung des Gerichtshofs kann eine teilweise Neuernennung der Schiedsrichter und ihrer Stellvertreter vorsehen.

(6) Nach Ablauf ihrer Amtszeit setzen die Schiedsrichter die Behandlung aller Fälle fort, mit denen sie bereits befaßt sind.

(7) Die Namen der Schiedsrichter werden dem Kanzler notifiziert, der sie in eine Liste einträgt, welche dem KSZE-Sekretariat zur Weiterleitung an die KSZE-Teilnehmerstaaten übermittelt wird.

Artikel 5

Unabhängigkeit der Mitglieder des Gerichtshofs und des Kanzlers

Die Schlichter, die Schiedsrichter und der Kanzler üben ihr Amt in völliger Unabhängigkeit aus. Vor Aufnahme ihrer Tätigkeit geben sie eine Erklärung ab, daß sie ihre Befugnisse unparteiisch und gewissenhaft ausüben werden.

251 der Beilagen

3

Artikel 6**Vorrechte und Immunitäten**

Die Schlichter, die Schiedsrichter, der Kanzler sowie die Bevollmächtigten und die Rechtsbeistände der Streitparteien genießen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten dieses Übereinkommens die Vorrechte und Immunitäten, die den mit dem Internationalen Gerichtshof im Zusammenhang stehenden Personen gewährt werden.

Artikel 7**Präsidium des Gerichtshofs**

(1) Das Präsidium des Gerichtshofs besteht aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und drei weiteren Mitgliedern.

(2) Der Präsident des Gerichtshofs wird von den Mitgliedern des Gerichtshofs aus ihren eigenen Reihen gewählt. Der Präsident führt den Vorsitz im Präsidium.

(3) Die Schlichter und die Schiedsrichter wählen aus ihren eigenen Reihen je zwei Mitglieder des Präsidiums und deren Stellvertreter.

(4) Das Präsidium wählt seinen Vizepräsidenten aus den Reihen seiner Mitglieder. Ist der Präsident ein Schiedsrichter, so wird ein Schlichter zum Vizepräsidenten gewählt; ist der Präsident ein Schlichter, so wird ein Schiedsrichter zum Vizepräsidenten gewählt.

(5) Die Verfahrensordnung des Gerichtshofs legt die Verfahren für die Wahl des Präsidenten und der anderen Mitglieder des Präsidiums und deren Stellvertreter fest.

Artikel 8**Entscheidungsfindungsverfahren**

(1) Die Entscheidungen des Gerichtshofs werden mit der Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder gefaßt. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

(2) Die Entscheidungen des Präsidiums werden mit der Mehrheit seiner Mitglieder gefaßt.

(3) Die Entscheidungen der Vergleichskommissionen und der Schiedsgerichte werden mit der Mehrheit ihrer Mitglieder gefaßt; Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

(4) Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Artikel 9**Kanzler**

Der Gerichtshof ernennt seinen Kanzler und kann für die Ernennung der erforderlichen sonstigen Bediensteten sorgen. Die Personalordnung für die Kanzlei wird vom Präsidium ausgearbeitet und von den Vertragsstaaten dieses Übereinkommens angenommen.

Artikel 10**Sitz**

(1) Sitz des Gerichtshofs ist Genf.

(2) Auf Antrag der Streitparteien und mit Zustimmung des Präsidiums kann eine Vergleichskommission oder ein Schiedsgericht an einem anderen Ort zusammentreten.

Artikel 11**Verfahrensordnung des Gerichtshofs**

(1) Der Gerichtshof gibt sich eine Verfahrensordnung, die der Billigung durch die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens bedarf.

(2) Die Verfahrensordnung des Gerichtshofs legt insbesondere die Verfahrensregeln fest, die von den Vergleichskommissionen und den Schiedsgerichten anzuwenden sind, die auf Grund dieses Übereinkommens gebildet werden. Sie bezeichnet die Regeln, von denen die Streitparteien auch einvernehmlich nicht abweichen dürfen.

Artikel 12**Arbeitssprachen**

Die Verfahrensordnung des Gerichtshofs legt Regeln für die Verwendung der Sprachen fest.

Artikel 13**Finanzprotokoll**

Vorbehaltlich des Artikels 17 werden alle Kosten des Gerichtshofs von den Vertragsstaaten dieses Übereinkommens getragen. Die Bestimmungen über die Berechnung der Kosten, die Erstellung und Billigung des Jahreshaushalts des Gerichtshofs, die Verteilung der Kosten auf die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens, die Prüfung der Bücher des Gerichtshofs und damit zusammenhängende Angelegenheiten sind in einem vom Ausschuß Hoher Beamter anzunehmenden Finanzprotokoll enthalten. Ein Staat ist an das Protokoll gebunden, sobald er Vertragspartei des Übereinkommens wird.

Artikel 14**Regelmäßiger Bericht**

Das Präsidium legt dem KSZE-Rat über den Ausschuß Hoher Beamter alljährlich einen Bericht über die Tätigkeiten im Rahmen dieses Übereinkommens vor.

Artikel 15**Mitteilung über Ersuchen um Vergleichs- oder Schiedsverfahren**

Der Kanzler des Gerichtshofs teilt dem KSZE-Sekretariat alle Ersuchen um Vergleichs- oder Schiedsverfahren zum Zweck der unverzüglichen Weiterleitung an die KSZE-Teilnehmerstaaten mit.

Artikel 16**Verhaltensregeln für die Parteien — Einstweilige Maßnahmen**

(1) Während des Verfahrens enthalten sich die Streitparteien jeder Handlung, welche die Lage verschärfen oder die Beilegung der Streitigkeit weiter erschweren oder verhindern kann.

(2) Die Vergleichskommission kann die Parteien der Streitigkeit, mit der sie befaßt ist, auf Maßnahmen hinweisen, die diese ergreifen könnten, um eine Verschärfung der Streitigkeit oder eine Erschwerung ihrer Beilegung zu verhindern.

(3) Das für eine Streitigkeit gebildete Schiedsgericht kann einstweilige Maßnahmen bezeichnen, die von den Streitparteien gemäß Artikel 26 Absatz 4 ergriffen werden sollten.

Artikel 17**Verfahrenskosten**

Die Streitparteien und jede einem Verfahren beitretende Partei tragen ihre eigenen Kosten.

KAPITEL II**ZUSTÄNDIGKEIT****Artikel 18****Zuständigkeit der Kommission und des Gerichts**

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens kann einer Vergleichskommission jede Streitigkeit mit einem anderen Vertragsstaat unterbreiten, die nicht in angemessener Frist durch Verhandlung beigelegt worden ist.

(2) Streitigkeiten können einem Schiedsgericht unter den in Artikel 26 angeführten Voraussetzungen unterbreitet werden.

Artikel 19**Wahrung bestehender Mittel der Streitbeilegung**

(1) Eine Vergleichskommission oder ein Schiedsgericht, die für eine Streitigkeit gebildet wurden, werden in dieser nicht weiter tätig:

251 der Beilagen

5

- a) wenn die Streitigkeit, bevor sie der Kommission oder dem Gericht unterbreitet worden ist, einem Gerichtshof oder einem Schiedsgericht vorgelegt worden war, dessen Zuständigkeit in der Streitigkeit die beteiligten Parteien anzuerkennen rechtlich verpflichtet sind, oder wenn eine solche Instanz bereits eine Sachentscheidung über die Streitigkeit getroffen hat;
- b) wenn die Streitparteien im voraus die ausschließliche Zuständigkeit eines anderen Rechtsprechungsorgans als des im Rahmen dieses Übereinkommens gebildeten Gerichts anerkannt haben, das zuständig ist, über die ihm unterbreitete Streitigkeit verbindlich zu entscheiden, oder wenn die beteiligten Parteien übereingekommen sind, die Beilegung der Streitigkeit ausschließlich mit anderen Mitteln anzustreben.

(2) Eine für eine Streitigkeit gebildete Vergleichskommission wird nicht weiter tätig — selbst wenn ihr die Streitigkeit bereits unterbreitet wurde —, wenn eine oder alle Parteien die Streitigkeit einem Gerichtshof oder Schiedsgericht unterbreiten, dessen Zuständigkeit in der Streitigkeit die beteiligten Parteien anzuerkennen rechtlich verpflichtet sind.

(3) Eine Vergleichskommission setzt die Prüfung einer Streitigkeit aus, wenn diese einem anderen Organ vorgelegt worden ist, das die Zuständigkeit hat, Vorschläge zu derselben Streitigkeit abzugeben. Kann die Streitigkeit durch diese vorherigen Bemühungen nicht beigelegt werden, so nimmt die Kommission auf Ersuchen der Streitparteien oder einer von ihnen ihre Arbeit vorbehaltlich des Artikels 26 Absatz 1 wieder auf.

(4) Ein Staat kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung, Ratifikation oder des Beitritts zu diesem Übereinkommen einen Vorbehalt anbringen, um die Vereinbarkeit des in diesem Übereinkommen festgelegten Streitbeilegungsmechanismus mit anderen Mitteln der Streitbeilegung sicherzustellen, die sich aus internationalen Verpflichtungen ergeben, die auf diesen Staat anwendbar sind.

(5) Gelangen die Parteien zu irgendeinem Zeitpunkt zu einer Beilegung ihrer Streitigkeit, so streicht die Kommission oder das Gericht die Streitigkeit aus ihrer Liste, sobald eine schriftliche Bestätigung aller beteiligten Parteien eingegangen ist, daß sie eine Beilegung der Streitigkeit erreicht haben.

(6) Haben die Streitparteien unterschiedliche Auffassungen über die Zuständigkeit der Kommission oder des Gerichts, so entscheidet die Kommission oder das Gericht.

KAPITEL III

VERGLEICHsverfahren

Artikel 20

Ersuchen um Bildung einer Vergleichskommission

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens kann einen Antrag an den Kanzler richten, in dem er um Bildung einer Vergleichskommission für eine Streitigkeit zwischen sich und einem oder mehreren anderen Vertragsstaaten ersucht. Zwei oder mehr Vertragsstaaten können auch gemeinsam einen Antrag an den Kanzler richten.

(2) Die Bildung einer Vergleichskommission kann auch auf Grund einer Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten oder zwischen einem oder mehreren Vertragsstaaten und einem oder mehreren anderen KSZE-Teilnehmerstaaten beantragt werden. Die Vereinbarung wird dem Kanzler notifiziert.

Artikel 21

Bildung der Vergleichskommission

(1) Jede Streitpartei bestellt anhand der gemäß Artikel 3 erstellten Liste der Schlichter einen Schlichter zum Mitglied der Kommission.

(2) Sind mehr als zwei Staaten Parteien derselben Streitigkeit, so können die Staaten mit gleichen Interessen einvernehmlich einen einzigen Schlichter bestellen. Wird ein solches Einvernehmen nicht erzielt, so bestellt jede der beiden Seiten der Streitigkeit die gleiche Anzahl von Schlichtern bis zu einer vom Präsidium bestimmten Höchstzahl.

(3) Ein Staat, der Partei einer der Vergleichskommission unterbreiteten Streitigkeit ist, ohne Vertragspartei dieses Übereinkommens zu sein, kann eine Person entweder anhand der gemäß Artikel 3 erstellten Liste der Schlichter oder unter anderen Personen, die Staatsangehörige eines KSZE-Teilnehmerstaats sind, zum Mitglied der Kommission bestellen. In diesem Fall haben diese Personen zum Zweck der Prüfung der Streitigkeit dieselben Rechte und Pflichten wie die anderen Mitglieder der

Kommission. Sie üben ihre Aufgaben in voller Unabhängigkeit aus und geben die in Artikel 5 vorgeordnete Erklärung ab, bevor sie ihren Sitz in der Kommission einnehmen.

(4) Sobald der Antrag oder die Vereinbarung eingegangen ist, mit denen die Streitparteien um Bildung einer Vergleichskommission ersuchen, konsultiert der Präsident des Gerichtshofs die Streitparteien hinsichtlich der Zusammensetzung der übrigen Kommission.

(5) Das Präsidium bestellt drei weitere Schlichter zu Mitgliedern der Kommission. Diese Zahl kann vom Präsidium erhöht oder verringert werden, sie muß jedoch ungerade sein. Mitglieder des Präsidiums und ihre Stellvertreter, die auf der Liste der Schlichter stehen, können zu Kommissionsmitgliedern bestellt werden.

(6) Die Kommission wählt ihren Vorsitzenden aus den Reihen der vom Präsidium bestellten Mitglieder.

(7) Die Verfahrensordnung des Gerichtshofs legt die Verfahren fest, die Anwendung finden, wenn eines der bestellten Kommissionsmitglieder abgelehnt wird oder zu Beginn oder im Verlauf des Verfahrens verhindert ist oder sich weigert, als Kommissionsmitglied tätig zu sein.

(8) Jede Frage bezüglich der Anwendung dieses Artikels wird vom Präsidium als Vorfrage entschieden.

Artikel 22

Verfahren zur Bildung einer Vergleichskommission

(1) Wird mittels eines Antrags um Bildung einer Vergleichskommission ersucht, so sind in dem Antrag der Streitgegenstand, die Partei oder die Parteien, gegen die sich der Antrag richtet, sowie der Name des Schlichters oder der Schlichter anzugeben, die von der oder den antragstellenden Streitparteien bestellt werden. In dem Antrag sind auch kurz die bereits in Anspruch genommenen Mittel der Streitbeilegung anzugeben.

(2) Sobald ein Antrag eingegangen ist, notifiziert der Kanzler dies der oder den anderen in dem Antrag angegebenen Streitparteien. Die andere oder anderen Streitparteien bestellen innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Notifikation den oder die Schlichter ihrer Wahl zum Mitglied der Kommission. Haben eine oder mehrere Streitparteien innerhalb dieser Frist das oder die Kommissionsmitglieder, zu deren Bestellung sie berechtigt sind, nicht bestellt, so bestellt das Präsidium die entsprechende Anzahl von Schlichtern. Diese Bestellung wird aus den Reihen der gemäß Artikel 3 von der oder von jeder betroffenen Partei ernannten Schlichter vorgenommen, oder, sollten diese Parteien noch keine Schlichter ernannt haben, aus den Reihen der anderen Schlichter, die nicht von der oder den anderen Streitparteien ernannt wurden.

(3) Wird mittels einer Vereinbarung um Bildung einer Vergleichskommission ersucht, so ist in der Vereinbarung der Streitgegenstand anzugeben. Gibt es keine völlige oder teilweise Übereinstimmung hinsichtlich des Streitgegenstandes, so kann jede beteiligte Partei ihren eigenen Standpunkt zu dem Streitgegenstand darlegen.

(4) Gleichzeitig mit dem Ersuchen um Bildung einer Vergleichskommission mittels Vereinbarung notifiziert jede Partei dem Kanzler den Namen des Schlichters oder der Schlichter, die sie zu Mitgliedern der Kommission bestellt hat.

Artikel 23

Vergleichsverfahren

(1) Das Vergleichsverfahren ist vertraulich; alle Streitparteien haben das Recht, gehört zu werden. Vorbehaltlich der Artikel 10 und 11 und der Verfahrensordnung des Gerichtshofs bestimmt die Vergleichskommission nach Konsultation der Streitparteien das Verfahren.

(2) Sofern die Streitparteien damit einverstanden sind, kann die Vergleichskommission jeden Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der ein Interesse an der Beilegung der Streitigkeit hat, zum Beitritt zum Verfahren einladen.

Artikel 24

Ziel des Vergleichs

Die Vergleichskommission hilft den Parteien, eine Beilegung ihrer Streitigkeit gemäß dem Völkerrecht und ihren KSZE-Verpflichtungen zu finden.

251 der Beilagen

7

Artikel 25**Ergebnis des Vergleichs**

(1) Gelangen die Streitparteien während des Verfahrens mit Hilfe der Vergleichskommission zu einer für alle Seiten annehmbaren Lösung, so halten sie die Bedingungen dieser Lösung in einem Ergebnisprotokoll fest, das von ihren Vertretern und den Mitgliedern der Kommission unterzeichnet wird. Mit der Unterzeichnung dieser Urkunde ist das Verfahren abgeschlossen. Der KSZE-Rat wird über den Ausschuß Hoher Beamter von dem erfolgreichen Vergleich unterrichtet.

(2) Gelangt die Vergleichskommission zu der Auffassung, daß alle Gesichtspunkte der Streitigkeit und alle Möglichkeiten, eine Lösung herbeizuführen, geprüft worden sind, so arbeitet sie einen Schlußbericht aus. Dieser Bericht enthält die Vorschläge der Kommission zur friedlichen Beilegung der Streitigkeit.

(3) Der Bericht der Vergleichskommission wird den Streitparteien notifiziert; diese verfügen über eine Frist von dreißig Tagen, um den Bericht zu prüfen und dem Vorsitzenden der Kommission mitzuteilen, ob sie bereit sind, die vorgeschlagene Lösung anzunehmen.

(4) Nimmt eine Streitpartei die vorgeschlagene Lösung nicht an, so sind die anderen Parteien nicht länger an ihre eigene Annahme der Lösung gebunden.

(5) Haben die Streitparteien die vorgeschlagene Lösung nicht innerhalb der in Absatz 3 festgelegten Frist angenommen, so wird der Bericht dem KSZE-Rat über den Ausschuß Hoher Beamter zugeleitet.

(6) Ein Bericht zur sofortigen Notifikation des KSZE-Rates über den Ausschuß Hoher Beamter wird auch über die Umstände erstellt, unter denen eine Partei nicht zum Vergleichsverfahren erscheint oder ein Verfahren nach dessen Beginn verläßt.

KAPITEL IV

SCHIEDSVERFAHREN**Artikel 26****Ersuchen um Bildung eines Schiedsgerichts**

(1) Ein Ersuchen um ein Schiedsverfahren kann jederzeit auf Grund einer Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten dieses Übereinkommens oder zwischen einem oder mehreren Vertragsstaaten des Übereinkommens und einem oder mehreren anderen KSZE-Teilnehmerstaaten gestellt werden.

(2) Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens können jederzeit durch eine an den Verwahrer gerichtete Mitteilung erklären, daß sie unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit die Zuständigkeit eines Schiedsgerichts ipso facto und ohne besondere Übereinkunft als obligatorisch anerkennen. Diese Erklärung kann für unbestimmte Zeit oder für eine bestimmte Zeit abgegeben werden. Sie kann für alle Streitigkeiten gelten oder Streitigkeiten ausschließen, die Fragen ihrer territorialen Integrität oder ihrer Landesverteidigung, ihrer Hoheitsansprüche auf Landgebiete oder konkurrierende Ansprüche hinsichtlich der Hoheitsgewalt über andere Gebiete berühren.

(3) Ein Ersuchen um ein Schiedsverfahren gegen einen Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der eine Erklärung nach Absatz 2 abgegeben hat, kann erst nach Ablauf von dreißig Tagen mittels eines Antrags an den Kanzler gestellt werden, nachdem der Bericht der mit der Streitigkeit befaßten Vergleichskommission an den KSZE-Rat gemäß Artikel 25 Absatz 5 übermittelt worden ist.

(4) Wird eine Streitigkeit gemäß diesem Artikel einem Schiedsgericht unterbreitet, so kann das Gericht von sich aus oder auf Ersuchen einer oder aller Streitparteien einstweilige Maßnahmen bezeichnen, welche von den Streitparteien ergriffen werden sollten, um zu verhindern, daß sich die Streitigkeit verschärft, ihre Beilegung erschwert oder durch das Verhalten einer oder mehrerer Streitparteien die Durchsetzbarkeit eines künftigen Spruchs des Schiedsgerichts unmöglich gemacht wird.

Artikel 27**Einem Schiedsgericht unterbreitete Fälle**

(1) Wird mittels Vereinbarung ein Ersuchen um ein Schiedsverfahren gestellt, so wird darin der Streitgegenstand angegeben. Gibt es keine völlige oder teilweise Übereinstimmung hinsichtlich des Streitgegenstands, so kann jede beteiligte Partei ihren eigenen Standpunkt zu dem Streitgegenstand darlegen.

(2) Wird mittels eines Antrags ein Ersuchen um ein Schiedsverfahren gestellt, so werden darin der Streitgegenstand, der oder die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens, gegen die sich der Antrag richtet, sowie die wesentlichen Punkte in sachlicher und rechtlicher Hinsicht angegeben, auf denen der Antrag beruht. Sobald der Antrag eingegangen ist, notifiziert der Kanzler dies dem oder den anderen in dem Antrag genannten Vertragsstaaten.

Artikel 28

Bildung des Schiedsgerichts

(1) Wird ein Ersuchen um ein Schiedsverfahren gestellt, so wird ein Schiedsgericht gebildet.

(2) Die von den Streitparteien gemäß Artikel 4 ernannten Schiedsrichter sind von Amts wegen Mitglieder des Gerichts. Sind mehr als zwei Staaten Parteien derselben Streitigkeit, so können die Staaten mit gleichen Interessen einvernehmlich einen einzigen Schiedsrichter bestellen.

(3) Das Präsidium bestellt aus den Reihen der Schiedsrichter eine Anzahl von Mitgliedern des Schiedsgerichts, so daß die Anzahl der von ihm bestellten Mitglieder die der von Amts wegen tätigen um mindestens eins übersteigt. Die Mitglieder des Präsidiums und ihre Stellvertreter, die auf der Liste der Schiedsrichter stehen, können zu Mitgliedern des Gerichts bestellt werden.

(4) Ist ein von Amts wegen tätiges Mitglied verhindert oder hat es schon früher in irgendeiner Eigenschaft an der Sache mitgewirkt, die Gegenstand der dem Gericht unterbreiteten Streitigkeit ist, so wird dieses Mitglied durch seinen Stellvertreter ersetzt. Ist der Stellvertreter in derselben Lage, so bestellt der betreffende Staat ein Mitglied zur Prüfung der Streitigkeit gemäß den in Absatz 5 festgelegten Bedingungen. Bestehen Zweifel daran, ob ein Mitglied oder sein Stellvertreter dem Gericht angehören darf, so entscheidet das Präsidium.

(5) Ein Staat, der Partei einer dem Schiedsgericht unterbreiteten Streitigkeit ist, ohne Partei dieses Übereinkommens zu sein, kann eine Person seiner Wahl entweder anhand der gemäß Artikel 4 erstellten Liste der Schiedsrichter oder unter anderen Personen, die Staatsangehörige eines KSZE-Teilnehmerstaats sind, zum Mitglied des Gerichts bestellen. Eine so bestellte Person muß die in Artikel 4 Absatz 2 festgelegten Anforderungen erfüllen; zum Zwecke der Prüfung der Streitigkeit hat sie dieselben Rechte und Pflichten wie die anderen Mitglieder des Gerichts. Die Person übt ihre Aufgaben in völliger Unabhängigkeit aus und gibt die in Artikel 5 vorgesehene Erklärung ab, bevor sie ihren Sitz im Gericht einnimmt.

(6) Das Gericht ernennt seinen Vorsitzenden aus den Reihen der vom Präsidium bestellten Mitglieder.

(7) Kann ein vom Präsidium bestelltes Mitglied des Gerichts am Verfahren nicht teilnehmen, so wird dieses Mitglied nur dann ersetzt, wenn die Anzahl der vom Präsidium bestellten Mitglieder unter die Anzahl der von Amts wegen tätigen Mitglieder beziehungsweise der von den Streitparteien gemäß Absatz 5 bestellten Mitglieder sinkt. In diesem Fall bestellt das Präsidium ein oder mehrere neue Mitglieder nach Maßgabe der Absätze 3 und 4 dieses Artikels. Im Falle der Bestellung eines oder mehrerer neuer Mitglieder wird ein neuer Vorsitzender nur dann gewählt, wenn das verhinderte Mitglied der Vorsitzende des Gerichts ist.

Artikel 29

Schiedsverfahren

(1) Während des Schiedsverfahrens, das den Grundsätzen eines gerechten Verfahrens entspricht, haben alle Parteien das Recht, gehört zu werden. Das Verfahren besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil.

(2) Das Schiedsgericht besitzt gegenüber den Streitparteien die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Untersuchungs- und Ermittlungsbefugnisse.

(3) Jeder KSZE-Teilnehmerstaat, welcher der Auffassung ist, ein besonderes rechtliches Interesse zu haben, das durch die Entscheidung des Gerichts berührt werden könnte, kann innerhalb von fünfzehn Tagen nach der in Artikel 15 genannten Weiterleitung der Notifikation durch das KSZE-Sekretariat beim Kanzler ein Ersuchen um Beitritt zum Verfahren stellen. Dieses Ersuchen wird den Streitparteien und dem für die Streitigkeit gebildeten Gericht umgehend übermittelt.

(4) Weist der um Beitritt ersuchende Staat nach, daß er ein solches Interesse hat, so ist er befugt, in dem zum Schutz dieses Interesses erforderlichen Umfang am Verfahren teilzunehmen. Der entsprechende Teil der Entscheidung des Schiedsgerichts ist für den beitretenden Staat bindend.

251 der Beilagen

9

(5) Die Streitparteien können dem Gericht ihre Stellungnahmen zu dem Ersuchen um Beitritt innerhalb einer Frist von dreißig Tagen zukommen lassen. Das Gericht entscheidet über die Zulässigkeit des Ersuchens.

(6) Die Verhandlungen vor dem Gericht erfolgen unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sofern das Gericht auf Antrag der Streitparteien nichts anderes beschließt.

(7) Erscheinen eine oder mehrere Streitparteien nicht, so können die anderen beteiligten Parteien das Gericht ersuchen, im Sinne ihrer Anträge zu entscheiden. Bevor das Gericht diesem Ersuchen stattgibt, muß es sich seiner Zuständigkeit und der Begründetheit der Anträge der am Verfahren beteiligten Partei oder Parteien vergewissern.

Artikel 30**Aufgabe des Schiedsgerichts**

Aufgabe des Schiedsgerichts ist es, die ihm unterbreiteten Streitigkeiten gemäß dem Völkerrecht zu entscheiden. Diese Bestimmung berührt nicht die Befugnis des Gerichts, einen Fall ex aequo et bono zu entscheiden, sofern die Streitparteien dies vereinbaren.

Artikel 31**Schiedsspruch**

(1) Der Schiedsspruch des Schiedsgerichts ist zu begründen. Gibt er weder ganz noch zum Teil die übereinstimmende Auffassung der Mitglieder des Schiedsgerichts wieder, so hat jedes Mitglied das Recht, eine persönliche oder abweichende Meinung zu äußern.

(2) Vorbehaltlich des Artikels 29 Absatz 4 ist der Schiedsspruch des Gerichts nur für die Streitparteien und nur für den Fall bindend, auf den er sich bezieht.

(3) Der Schiedsspruch ist endgültig und unterliegt keinem Rechtsmittel. Die Streitparteien oder eine von ihnen können jedoch das Gericht ersuchen, den Schiedsspruch hinsichtlich seiner Bedeutung oder seiner Tragweite auszulegen. Sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbaren, ist ein solcher Antrag spätestens sechs Monate nach Übermittlung des Schiedsspruchs zu stellen. Nachdem das Gericht die Stellungnahmen der Streitparteien erhalten hat, nimmt es diese Auslegung so bald wie möglich vor.

(4) Ein Antrag auf Wiederaufnahme des Schiedsverfahrens kann nur gestellt werden, wenn eine Tatsache von entscheidender Bedeutung bekannt wird, die vor Verkündung des Schiedsspruchs dem Gericht und der oder den die Wiederaufnahme beantragenden Streitparteien unbekannt war. Der Antrag auf Wiederaufnahme muß spätestens sechs Monate nach Bekanntwerden der neuen Tatsache gestellt werden. Nach Ablauf von zehn Jahren nach Übermittlung des Schiedsspruchs ist ein Wiederaufnahmeantrag nicht mehr zulässig.

(5) Soweit möglich wird ein Auslegungersuchen oder ein Wiederaufnahmeantrag von dem Gericht geprüft, das den Schiedsspruch gefällt hat. Ist dies nach Auffassung des Präsidiums nicht möglich, so wird ein anderes Gericht gemäß Artikel 28 gebildet.

Artikel 32**Veröffentlichung des Schiedsspruchs**

Der Schiedsspruch wird durch den Kanzler veröffentlicht. Eine beglaubigte Abschrift wird den Streitparteien und dem KSZE-Rat über den Ausschuß Hoher Beamter übermittelt.

KAPITEL V

SCHLUSSBESTIMMUNGEN**Artikel 33****Unterzeichnung und Inkrafttreten**

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die KSZE-Teilnehmerstaaten bei der Regierung Schwedens bis zum 31. März 1993 zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation.

(2) Die KSZE-Teilnehmerstaaten, die dieses Übereinkommen nicht unterzeichnet haben, können ihm später beitreten.

(3) Dieses Übereinkommen tritt zwei Monate nach Hinterlegung der zwölften Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(4) Für jeden Staat, der dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der zwölften Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihm beitrifft, tritt das Übereinkommen zwei Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(5) Die Regierung Schwedens ist Verwahrer dieses Übereinkommens.

Artikel 34

Vorbehalte

Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind nicht zulässig, sofern sie darin nicht ausdrücklich zugelassen sind.

Artikel 35

Änderungen

(1) Änderungen dieses Übereinkommens müssen nach Maßgabe der folgenden Absätze beschlossen werden.

(2) Änderungen dieses Übereinkommen können von jedem Vertragsstaat des Übereinkommens vorgeschlagen werden; sie werden vom Verwahrer dem KSZE-Sekretariat zur Weiterleitung an die KSZE-Teilnehmerstaaten übermittelt.

(3) Beschließt der KSZE-Rat den vorgeschlagenen Wortlaut der Änderung, so wird dieser vom Verwahrer an die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens zur Annahme nach Maßgabe ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Erfordernisse weitergeleitet.

(4) Jede derartige Änderung tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem alle Vertragsstaaten dieses Übereinkommens dem Verwahrer ihre Annahme der Änderung mitgeteilt haben.

Artikel 36

Kündigung

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens kann das Übereinkommen jederzeit durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation bei dem Verwahrer wirksam.

(3) Dieses Übereinkommen bleibt jedoch für die kündigende Partei im Hinblick auf die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Kündigung laufenden Verfahren gültig. Diese Verfahren werden zu Ende geführt.

Artikel 37

Notifikationen und Mitteilungen

Die vom Verwahrer vorzunehmenden Notifikationen und Mitteilungen werden dem Kanzler und dem KSZE-Sekretariat zur Weiterleitung an die KSZE-Teilnehmerstaaten übermittelt.

Artikel 38

Nichtvertragsparteien

Im Einklang mit dem Völkerrecht wird bekräftigt, daß nichts in diesem Übereinkommen so auszulegen ist, daß KSZE-Teilnehmerstaaten, die nicht Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, Verpflichtungen entstehen, sofern solche Verpflichtungen nicht ausdrücklich vorgesehen sind und von solchen Staaten nicht ausdrücklich in schriftlicher Form anerkannt werden.

Artikel 39

Übergangsbestimmungen

(1) Der Gerichtshof wählt innerhalb von vier Monaten nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens das Präsidium, nimmt seine Verfahrensordnung an und ernennt den Kanzler gemäß den Bestimmungen der Artikel 7, 9 und 11. Die Regierung des Sitzstaats des Gerichtshofs trifft im Zusammenwirken mit dem Verwahrer die erforderlichen Vorkehrungen.

(2) Bis zur Ernennung eines Kanzlers werden die Aufgaben des Kanzlers gemäß Artikel 3 Absatz 5 und Artikel 4 Absatz 7 vom Verwahrer wahrgenommen.

Geschehen zu Stockholm am 15. Dezember 1992 in deutscher, englischer, französischer, italienischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FINANZPROTOKOLL NACH ARTIKEL 13 DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER VERGLEICHS- UND SCHIEDSVERFAHREN INNERHALB DER KSZE

Artikel 1

Kosten des Gerichtshofs

(1) Alle Kosten des durch das Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) errichteten Gerichtshofs werden von den Vertragsstaaten des Übereinkommens getragen. Die Kosten für die Schlichter und Schiedsrichter sind Kosten des Gerichtshofs.

(2) Die Verpflichtungen des Gaststaats hinsichtlich der Ausgaben im Zusammenhang mit den Räumlichkeiten und der Ausstattung des Gerichtshofs, deren Unterhaltung, Versicherung und Sicherheit sowie deren Nebenkosten werden in einem Schriftwechsel zwischen dem mit Zustimmung und im Namen der Vertragsstaaten des Übereinkommens handelnden Gerichtshof und dem Gaststaat festgelegt.

Artikel 2

Beiträge zum Haushalt des Gerichtshofs

(1) Die Beiträge zum Haushalt des Gerichtshofs werden unter den Vertragsstaaten des Übereinkommens entsprechend dem in der KSZE geltenden Beitragsschlüssel aufgeteilt und unter Berücksichtigung des zahlenmäßigen Unterschieds zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten und den Vertragsstaaten des Übereinkommens angepaßt.

(2) Ratifiziert ein Staat das Übereinkommen nach seinem Inkrafttreten oder tritt er ihm danach bei, so beträgt sein Beitrag für das laufende Finanzjahr ein Zwölftel seines Anteils an dem nach Absatz 1 berechneten Satz für jeden vollen Monat des Finanzjahrs, das nach dem Zeitpunkt verbleibt, zu dem das Übereinkommen für den Staat in Kraft getreten ist.

(3) Unterbreitet ein Staat, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist, dem Gerichtshof nach Artikel 20 Absatz 2 oder Artikel 26 Absatz 1 des Übereinkommens eine Streitigkeit, so trägt er für die Dauer des Verfahrens zur Finanzierung des Haushalts des Gerichtshofs bei, als sei er Vertragspartei des Übereinkommens.

Bezüglich der Anwendung dieses Absatzes gilt das Vergleichsverfahren als an dem Tag begonnen, an dem der Kanzler die Mitteilung von der Vereinbarung der Parteien über die Bildung einer Kommission erhält, und als an dem Tag beendet, an dem die Kommission den Parteien ihren Bericht notifiziert. Zieht sich eine Partei aus dem Verfahren zurück, so gilt das Verfahren als an dem Tag beendet, an dem der in Artikel 25 Absatz 6 des Übereinkommens genannte Bericht notifiziert wird. Das Schiedsverfahren gilt als an dem Tag begonnen, an dem der Kanzler die Mitteilung von der Vereinbarung der Parteien über die Bildung eines Gerichts erhält, und als an dem Tag beendet, an dem das Gericht seinen Schiedsspruch fällt.

Artikel 3

Finanzjahr und Haushalt

(1) Das Finanzjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

(2) Der in Übereinstimmung mit dem Präsidium des Gerichtshofs handelnde Kanzler stellt alljährlich einen Haushaltsentwurf für den Gerichtshof auf. Der Haushaltsentwurf für das folgende Finanzjahr wird den Vertragsstaaten des Übereinkommens vor dem 15. September zugeleitet.

(3) Der Haushalt wird von den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens gebilligt. Prüfung und Billigung des Haushalts erfolgen in Wien, sofern die Vertragsstaaten des Übereinkommens nichts anderes vereinbaren. Nach Billigung des Haushalts für das Finanzjahr ersucht der Kanzler die Vertragsstaaten des Übereinkommens um Überweisung ihrer Beiträge.

Ist der Haushalt bis zum 31. Dezember nicht gebilligt, so legt der Gerichtshof seiner Arbeit den vorigen Haushalt zugrunde und, vorbehaltlich späterer Anpassungen, ersucht der Kanzler die Vertragsstaaten des Übereinkommens um Überweisung ihrer Beiträge entsprechend diesem Haushalt.

Der Kanzler ersucht die Vertragsstaaten des Übereinkommens, fünfzig Prozent ihres Beitrags am 1. Januar und die übrigen fünfzig Prozent am 1. April zur Verfügung zu stellen.

(4) Vorbehaltlich eines gegenteiligen Beschlusses durch die Vertreter der Vertragsstaaten des Übereinkommens lautet der Haushalt auf Schweizer Franken, und die Beiträge der Staaten werden in dieser Währung geleistet.

(5) Ein Staat, der das Übereinkommen nach dessen Inkrafttreten ratifiziert oder ihm danach beiträgt, zahlt seinen ersten Beitrag zum Haushalt innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Kanzler darum ersucht hat.

(6) Staaten, die nicht Vertragspartei des Übereinkommens sind, dem Gerichtshof jedoch eine Streitigkeit unterbreitet haben, entrichten ihren Beitrag innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Kanzler darum ersucht hat.

(7) Im Jahr des Inkrafttretens des Übereinkommens entrichten die Vertragsstaaten des Übereinkommens ihren Beitrag zum Haushalt innerhalb von zwei Monaten nach Hinterlegung der zwölften Ratifikationsurkunde zu dem Übereinkommen. Dieser Haushalt wird vorläufig auf 250 000 Schweizer Franken festgesetzt.

Artikel 4

Verpflichtungen, Zahlungen und überarbeiteter Haushalt

(1) Mit der Billigung des Haushalts erhält der unter der Verantwortung des Präsidiums des Gerichtshofs handelnde Kanzler die Befugnis, bis zu der genehmigten Höhe und zu den genehmigten Zwecken Verbindlichkeiten einzugehen und Zahlungen zu tätigen.

(2) Der unter der Verantwortung des Präsidiums des Gerichtshofs handelnde Kanzler ist befugt, zwischen den Einzelposten und Unterpositionen Übertragungen bis zu fünfzehn Prozent der Einzelposten/Unterpositionen vorzunehmen. Alle diese Übertragungen müssen vom Kanzler im Zusammenhang mit dem in Artikel 9 genannten Jahresabschluß gemeldet werden.

(3) Verbindlichkeiten, die am Ende des Finanzjahres noch offen sind, werden ins nächste Finanzjahr übertragen.

(4) Wenn es die Umstände erfordern, ist der Kanzler nach sorgfältiger Prüfung der zur Verfügung stehenden Mittel im Hinblick auf Einsparungen befugt, einen überarbeiteten Haushalt, mit dem ein Ersuchen um zusätzliche Mittelzuweisungen einhergehen kann, den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Billigung vorzulegen.

(5) Jeder Überschußbetrag für ein bestimmtes Finanzjahr wird von den veranschlagten Beiträgen für das Finanzjahr abgezogen, welches auf dasjenige folgt, in dem die Abrechnung von den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens gebilligt wurde. Jeder Minusbetrag wird auf das folgende Finanzjahr übertragen, es sei denn, die Vertreter der Vertragsstaaten des Übereinkommens beschließen zusätzliche Beiträge.

Artikel 5

Betriebsmittelfonds

Durch Konsens kann ein Betriebsmittelfonds gebildet werden, falls die Vertragsstaaten des Übereinkommens ihn als notwendig erachten. Er wird von den Vertragsstaaten des Übereinkommens finanziert.

Artikel 6

Tagegelder und Nominalpauschalen

(1) Die Mitglieder des Präsidiums des Gerichtshofs, der Vergleichskommissionen und der Schiedsgerichte erhalten ein Tagegeld für jeden Tag, an dem sie ihre Aufgaben wahrnehmen.

(2) Die Mitglieder des Präsidiums des Gerichtshofs erhalten zusätzlich eine jährliche Nominalpauschale.

(3) Das Tagegeld und die jährliche Nominalpauschale werden von den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens festgelegt.

Artikel 7

Gehälter, Sozialversicherung und Ruhegehalt

(1) Der Kanzler und alle nach Artikel 9 des Übereinkommens ernannten Bediensteten der Kanzlei erhalten ein von den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens festgelegtes Gehalt.

(2) Die Bediensteten der Kanzlei werden auf die zur Gewährleistung der Arbeit des Gerichts erforderliche absolute Mindestzahl beschränkt.

(3) Die Vertreter der Vertragsstaaten des Übereinkommens sorgen dafür, daß der Kanzler und die Bediensteten der Kanzlei in den Genuß einer Sozialversicherung und eines Ruhegehalts kommen.

Artikel 8

Reisekosten

(1) Den Mitgliedern des Präsidiums des Gerichtshofs, der Vergleichskommissionen und der Schiedsgerichte sowie dem Kanzler und den Bediensteten der Kanzlei werden Reisekosten gezahlt, die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben unbedingt erforderlich sind.

(2) Die Reisekosten umfassen die tatsächlichen Fahrtkosten, einschließlich der üblichen Reisekosten, und ein Reisetagegeld zur Begleichung aller Aufwendungen für Verpflegung, Unterkunft, Gebühren und Zuwendungen sowie anderer persönlicher Ausgaben. Das Reisetagegeld wird von den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens festgelegt.

Artikel 9

Unterlagen und Geschäftsbücher

(1) Der unter der Verantwortung des Präsidiums des Gerichtshofs handelnde Kanzler trägt dafür Sorge, daß über die Transaktionen entsprechende Unterlagen und Geschäftsbücher geführt und alle Zahlungen ordnungsgemäß genehmigt werden.

(2) Der unter der Verantwortung des Präsidiums des Gerichtshofs handelnde Kanzler legt den Vertragsstaaten des Übereinkommens spätestens am 1. März einen Jahresabschluß vor, in dem für das vorangegangene Finanzjahr folgendes ausgewiesen ist:

- a) die Einnahmen und Ausgaben auf allen Konten;
- b) der Stand hinsichtlich der Haushaltsbereitstellungen;
- c) die finanziellen Aktiva und Passiva am Ende des Finanzjahrs.

Artikel 10

Rechnungsprüfung

(1) Die Geschäftsbücher des Gerichts werden von zwei Rechnungsprüfern unterschiedlicher Staatsangehörigkeit geprüft, die von den Vertragsstaaten des Übereinkommens für verlängerbare Zeiträume von drei Jahren ernannt werden.

Personen, die auf der Liste der Schlichter oder Schiedsrichter geführt werden oder wurden beziehungsweise nach Artikel 7 dieses Protokolls vom Gerichtshof Zahlungen erhalten haben, dürfen nicht Rechnungsprüfer sein.

(2) Die Rechnungsprüfer führen alljährlich eine Rechnungsprüfung durch. Sie prüfen insbesondere die Richtigkeit der Bücher, die Aufstellung der Aktiva und Passiva und die Kontenaufstellungen. Die Bücher stehen spätestens am 1. März für die jährliche Rechnungsprüfung und Einsichtnahme zur Verfügung.

(3) Die Rechnungsprüfer führen die von ihnen als notwendig erachteten Buchprüfungen durch, um zu bestätigen,

- a) daß der ihnen vorgelegte Jahresabschluß richtig ist und mit den Büchern und Unterlagen des Gerichtshofs übereinstimmt,
- b) daß die in dem Abschluß ausgewiesenen Finanztransaktionen in Übereinstimmung mit den einschlägigen Regeln, Haushaltsbereitstellungen und sonstigen gegebenenfalls anwendbaren Richtlinien durchgeführt wurden und
- c) daß die hinterlegten und die verfügbaren Mittel anhand von Bestätigungen, die unmittelbar von den Hinterlegungsstellen eingegangen sind, oder durch Zählen nachgeprüft wurden.

(4) Der Kanzler stellt den Rechnungsprüfern die Hilfe und die Erleichterungen zur Verfügung, die für die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind. Die Rechnungsprüfer erhalten insbesondere ungehinderten Zugang zu den Büchern, Unterlagen und Dokumenten, die nach ihrer Auffassung für die Buchprüfung notwendig sind.

(5) Die Rechnungsprüfer erstellen alljährlich einen Bericht, der die Richtigkeit der Buchführung bestätigt und die Stellungnahmen zu der Buchprüfung enthält. Sie können in diesem Zusammenhang auch von ihnen als notwendig erachtete Anmerkungen zur Wirksamkeit der Finanzverfahren, des Buchführungssystems und der internen Finanzkontrolle machen.

(6) Der Bericht wird den Vertretern der Vertragsstaaten des Übereinkommens spätestens vier Monate nach Ablauf des Finanzjahrs vorgelegt, auf das sich die Buchführung bezieht. Der Bericht geht dem Kanzler im voraus zu, damit dieser mindestens fünfzehn Tage Zeit hat, um ihm notwendig erscheinende Erklärungen und Rechtfertigungen abzugeben.

(7) Zusätzlich zu der jährlichen Rechnungsprüfung haben die Rechnungsprüfer jederzeit ungehinderten Zugang zum Zweck der Prüfung der Bücher, der Aufstellung der Aktiva und Passiva und der Kontenaufstellungen.

(8) Auf der Grundlage des Rechnungsprüfungsberichts erteilen die Vertreter der Vertragsstaaten des Übereinkommens ihre Zustimmung zum Jahresabschluß oder treffen die ihnen angemessen erscheinenden Maßnahmen.

Artikel 11

Konto für Sonderzahlungen

(1) Die Vertragsstaaten des Übereinkommens können ein Konto für Sonderzahlungen einrichten, das dazu dient, die Verfahrenskosten für die Staaten zu senken, die Parteien in der dem Gerichtshof unterbreiteten Streitigkeit sind und Schwierigkeiten haben, diese Kosten zu tragen. Das Konto wird durch freiwillige Beiträge der Vertragsstaaten des Übereinkommens finanziert.

(2) Ein Staat, der Partei einer dem Gerichtshof unterbreiteten Streitigkeit ist und Mittel aus dem Konto für Sonderzahlungen zu erhalten wünscht, richtet an den Kanzler ein Ersuchen mit einer ausführlichen Aufstellung der geschätzten Verfahrenskosten.

Das Präsidium des Gerichtshofs prüft das Ersuchen und leitet seine Empfehlung an die Vertreter der Vertragsstaaten des Übereinkommens weiter, die darüber entscheiden, ob und in welchem Umfang dem Ersuchen stattzugeben ist.

Nachdem in der Sache verhandelt wurde, richtet der Staat, der Mittel aus dem Konto für Sonderzahlungen erhalten hat, an den Kanzler zur Prüfung durch das Präsidium einen ausführlichen Bericht über die tatsächlich entstandenen Verfahrenskosten; gegebenenfalls erstattet er die über die tatsächlichen Kosten hinausgehenden Beträge.

Artikel 12

Beschlußfassung

Alle Beschlüsse der Vertragsstaaten des Übereinkommens oder ihrer Vertreter im Rahmen dieses Protokolls werden durch Konsens gefaßt.

Artikel 13

Änderungen

Änderungen dieses Protokolls werden nach Maßgabe des Artikels 35 des Übereinkommens beschlossen. Das Präsidium des Gerichtshofs kann dem KSZE-Sekretariat seine Auffassung über vorgeschlagene Änderungen zur Weiterleitung an die KSZE-Teilnehmerstaaten übermitteln.

Dieses Protokoll, das in deutscher, englischer, französischer, italienischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt ist, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, und das nach Artikel 13 des Übereinkommens über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE am 28. April 1993 in Prag vom Ausschuß Hoher Beamter angenommen wurde, wird bei der Regierung von Schweden hinterlegt.

VORBEHALT

„Die Republik Österreich erklärt gemäß Art. 19 Abs. 4 des Übereinkommens über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE, daß im Hinblick auf die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs auf Grund des Europäischen Übereinkommens zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten sowie des Vertrages betreffend die Abänderung des Art. 27 lit. a des Europäischen Übereinkommens zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten im Verhältnis zwischen Österreich und Italien Art. 19 Abs. 1 lit. b 1. Fall des Übereinkommens über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE nicht zur Anwendung kommt.“

CONVENTION ON CONCILIATION AND ARBITRATION WITHIN THE CSCE

The States parties to this Convention, being States participating in the Conference on Security and Co-operation in Europe,

CONSCIOUS of their obligation, as provided for in Article 2, paragraph 3, and Article 33 of the Charter of the United Nations, to settle their disputes peacefully;

EMPHASIZING that they do not in any way intend to impair other existing institutions or mechanisms, including the International Court of Justice, the European Court of Human Rights, the Court of Justice of the European Communities and the Permanent Court of Arbitration;

REAFFIRMING their solemn commitment to settle their disputes through peaceful means and their decision to develop mechanisms to settle disputes between participating States;

RECALLING that full implementation of all CSCE principles and commitments constitutes in itself an essential element in preventing disputes between the CSCE participating States;

CONCERNED to further and strengthen the commitments stated, in particular, in the Report of the Meeting of Experts on Peaceful Settlement of Disputes adopted at Valletta and endorsed by the CSCE Council of Ministers of Foreign Affairs at its meeting in Berlin on 19 and 20 June 1991;

HAVE AGREED as follows:

CHAPTER I

GENERAL PROVISIONS

Article 1

Establishment of the Court

A Court of Conciliation and Arbitration shall be established to settle, by means of conciliation and, where appropriate, arbitration, disputes which are submitted to it in accordance with the provisions of this Convention.

Article 2

Conciliation Commission and Arbitral Tribunals

1. Conciliation shall be undertaken by a Conciliation Commission constituted for each dispute. The Commission shall be made up of conciliators drawn from a list established in accordance with the provisions of Article 3.

2. Arbitration shall be undertaken by an Arbitral Tribunal constituted for each dispute. The Tribunal shall be made up of arbitrators drawn from a list established in accordance with the provisions of Article 4.

3. Together, the conciliators and arbitrators shall constitute the Court of Conciliation and Arbitration within the CSCE, hereinafter referred to as the "the Court".

Article 3

Appointment of Conciliators

1. Each State party to this Convention shall appoint, within two months following its entry into force, two conciliators of whom at least one is a national of that State. The other may be a national of another CSCE participating State. A State which becomes party to this Convention after its entry into force shall appoint its conciliators within two months following the entry into force of this Convention for the State concerned.

2. The conciliators must be persons holding or having held senior national or international positions and possessing recognized qualifications in international law, international relations, or the settlement of disputes.

3. Conciliators shall be appointed for a renewable period of six years. Their functions may not be terminated by the appointing State during their term of office. In the event of death, resignation or inability to attend recognized by the Bureau, the State concerned shall appoint a new conciliator; the term of office of the new conciliator shall be the remainder of the term of office of the predecessor.

4. Upon termination of their period of office, conciliators shall continue to hear any cases that they are already dealing with.

251 der Beilagen

17

5. The names of the conciliators shall be notified to the Registrar, who shall enter them into a list, which shall be communicated to the CSCE Secretariat for transmission to the CSCE participating States.

Article 4**Appointment of Arbitrators**

1. Each State party to this Convention shall appoint, within two months following its entry into force, one arbitrator and one alternate, who may be its nationals or nationals of any other CSCE participating State. A State which becomes Party to this Convention after its entry into force shall appoint its arbitrator and the alternate within two months of the entry into force of this Convention for that State.

2. Arbitrators and their alternates must possess the qualifications required in their respective countries for appointment to the highest judicial offices or must be jurisconsults of recognized competence in international law.

3. Arbitrators and their alternates are appointed for a period of six years, which may be renewed once. Their functions may not be terminated by the appointing State party during their term of office. In the event of death, resignation or inability to attend, recognized by the Bureau, the arbitrator shall be replaced by his or her alternate.

4. If an arbitrator and his or her alternate die, resign or are both unable to attend, the fact being recognized by the Bureau, new appointments will be made in accordance with paragraph 1. The new arbitrator and his or her alternate shall complete the term of office of their predecessors.

5. The Rules of the Court may provide for a partial renewal of the arbitrators and their alternates.

6. Upon expiry of their term of office, arbitrators shall continue to hear any cases that they are already dealing with.

7. The names of the arbitrators shall be notified to the Registrar, who shall enter them into a list, which shall be communicated to the CSCE Secretariat for transmission to the CSCE participating States.

Article 5**Independence of the Members of the Court and of the Registrar**

The conciliators, the arbitrators and the Registrar shall perform their functions in full independence. Before taking up their duties, they shall make a declaration that they will exercise their powers impartially and conscientiously.

Article 6**Privileges and Immunities**

The conciliators, the arbitrators, the Registrar and the agents and counsel of the parties to a dispute shall enjoy, while performing their functions in the territory of the States parties to this Convention, the privileges and immunities accorded to persons connected with the International Court of Justice.

Article 7**Bureau of the Court**

1. The Bureau of the Court shall consist of a President, a Vice-President and three other members.

2. The President of the Court shall be elected by the members of the Court from among their number. The President presides over the Bureau.

3. The conciliators and the arbitrators shall each elect from among their number two members of the Bureau and their alternates.

4. The Bureau shall elect its Vice-President from among its members. The Vice-President shall be a conciliator if the President is an arbitrator, and an arbitrator if the President is a conciliator.

5. The Rules of the Court shall establish the procedures for the election of the President as well as of the other members of the Bureau and their alternates.

Article 8**Decision-Making Procedure**

1. The decisions of the Court shall be taken by a majority of the members participating in the vote. Those abstaining shall not be considered participating in the vote.

18

251 der Beilagen

2. The decisions of the Bureau shall be taken by a majority of its members.
3. The decisions of the Conciliation Commissions and the Arbitral Tribunals shall be taken by a majority of their members, who may not abstain from voting.
4. In the event of a tied vote, the vote of the presiding officer shall prevail.

Article 9

Registrar

The Court shall appoint its Registrar and may provide for the appointment of such other officers as may be necessary. The staff regulations of the Registry shall be drawn up by the Bureau and adopted by the States parties to this Convention.

Article 10

Seat

1. The seat of the Court shall be established at Geneva.
2. At the request of the parties to the dispute and in agreement with the Bureau, a Conciliation Commission or an Arbitral Tribunal may meet at another location.

Article 11

Rules of the Court

1. The Court shall adopt its own Rules, which shall be subject to approval by States parties to this Convention.
2. The Rules of the Court shall establish, in particular, the rules of procedure to be followed by the Conciliation Commissions and Arbitral Tribunals constituted pursuant to this Convention. They shall state which of these rules may not be waived by agreement between the parties to the dispute.

Article 12

Working Languages

The Rules of the Court shall establish rules on the use of languages.

Article 13

Financial Protocol

Subject to the provisions of Article 17, all the costs of the Court shall be met by the States parties to this Convention. The provisions for the calculation of the costs; for the drawing up and approval of the annual budget of the Court; for the distribution of the costs among the States parties to this Convention; for the audit of the accounts of the Court; and for related matters, shall be contained in a Financial Protocol to be adopted by the Committee of Senior Officials. A State becomes bound by the Protocol on becoming a party to this Convention.

Article 14

Periodic Report

The Bureau shall annually present to the CSCE Council through the Committee of Senior Officials a report on the activities under this Convention.

Article 15

Notice of Requests for Conciliation or Arbitration

The Registrar of the Court shall give notice to the CSCE Secretariat of all requests for conciliation or arbitration, for immediate transmission to the CSCE participating States.

Article 16

Conduct of Parties — Interim Measures

1. During the proceedings, the parties to the dispute shall refrain from any action which may aggravate the situation or further impede or prevent the settlement of the dispute.

2. The Conciliation Commission may draw the attention of the parties to the dispute submitted to it to the measures the parties could take in order to prevent the dispute from being aggravated or its settlement made more difficult.

3. The Arbitral Tribunal constituted for a dispute may indicate the interim measures that ought to be taken by the parties to the dispute in accordance with the provisions of Article 26, paragraph 4.

Article 17

Procedural Costs

The parties to a dispute and any intervening party shall each bear their own costs.

CHAPTER II

COMPETENCE

Article 18

Competence of the Commission and of the Tribunal

1. Any State party to this Convention may submit to a Conciliation Commission any dispute with another State party which has not been settled within a reasonable period of time through negotiation.

2. Disputes may be submitted to an Arbitral Tribunal under the conditions stipulated in Article 26.

Article 19

Safeguarding the Existing Means of Settlement

1. A Conciliation Commission or an Arbitral Tribunal constituted for a dispute shall take no further action in the case:

- (a) If, prior to being submitted to the Commission or the Tribunal, the dispute has been submitted to a court or tribunal whose jurisdiction in respect of the dispute the parties thereto are under a legal obligation to accept, or if such a body has already given a decision on the merits of the dispute;
- (b) If the parties to the dispute have accepted in advance the exclusive jurisdiction of a jurisdictional body other than a Tribunal in accordance with this Convention which has jurisdiction to decide, with binding force, on the dispute submitted to it, or if the parties thereto have agreed to seek to settle the dispute exclusively by other means.

2. A Conciliation Commission constituted for a dispute shall take no further action if, even after the dispute has been submitted to it, one or all of the parties refer the dispute to a court or tribunal whose jurisdiction in respect of the dispute the parties thereto are under a legal obligation to accept.

3. A Conciliation Commission shall postpone examining a dispute if this dispute has been submitted to another body which has competence to formulate proposals with respect to this dispute. If those prior efforts do not lead to a settlement of the dispute, the Commission shall resume its work at the request of the parties or one of the parties to the dispute, subject to the provisions of Article 26, paragraph 1.

4. A State may, at the time of signing, ratifying or acceding to this Convention, make a reservation in order to ensure the compatibility of the mechanism of dispute settlement that this Convention establishes with other means of dispute settlement resulting from international undertakings applicable to that State.

5. If, at any time, the parties arrive at a settlement of their dispute, the Commission or Tribunal shall remove the dispute from its list, on receiving written confirmation from all the parties thereto that they have reached a settlement of the dispute.

6. In the event of disagreement between the parties to the dispute with regard to the competence of the Commission or the Tribunal, the decision in the matter shall rest with the Commission or the Tribunal.

**CHAPTER III
CONCILIATION**

Article 20

Request for the Constitution of a Conciliation Commission

1. Any State party to this Convention may lodge an application with the Registrar requesting the constitution of a Conciliation Commission for a dispute between it and one or more other States parties. Two or more States parties may also jointly lodge an application with the Registrar.
2. The constitution of a Conciliation Commission may also be requested by agreement between two or more States parties or between one or more States parties and one or more other CSCE participating States. The agreement shall be notified to the Registrar.

Article 21

Constitution of the Conciliation Commission

1. Each party to the dispute shall appoint, from the list of conciliators established in accordance with Article 3, one conciliator to sit on the Commission.
2. When more than two States are parties to the same dispute, the States asserting the same interest may agree to appoint one single conciliator. If they do not so agree, each of the two sides to the dispute shall appoint the same number of conciliators up to a maximum decided by the Bureau.
3. Any State which is a party to a dispute submitted to a Conciliation Commission and which is not a party to this Convention, may appoint a person to sit on the Commission, either from the list of conciliators established in accordance with Article 3, or from among other persons who are nationals of a CSCE participating State. In this event, for the purpose of examining the dispute, such persons shall have the same rights and the same obligations as the other members of the Commission. They shall perform their functions in full independence and shall make the declaration required by Article 5 before taking their seats on the Commission.
4. As soon as the application or the agreement whereby the parties to a dispute have requested the constitution of a Conciliation Commission is received, the President of the Court shall consult the parties to the dispute as to the composition of the rest of the Commission.
5. The Bureau shall appoint three further conciliators to sit on the Commission. This number can be increased or decreased by the Bureau, provided it is uneven. Members of the Bureau and their alternates, who are on the list of conciliators, shall be eligible for appointment to the Commission.
6. The Commission shall elect its Chairman from among the members appointed by the Bureau.
7. The Rules of the Court shall stipulate the procedures applicable if an objection is raised to one of the members appointed to sit on the Commission or if that member is unable to or refuses to sit at the commencement or in the course of the proceedings.
8. Any question as to the application of this article shall be decided by the Bureau as a preliminary matter.

Article 22

Procedure for the Constitution of a Conciliation Commission

1. If the constitution of a Conciliation Commission is requested by means of an application, the application shall state the subject of the dispute, the name of the party or parties against which the application is directed, and the name of the conciliator or conciliators appointed by the requesting party or parties to the dispute. The application shall also briefly indicate the means of settlement previously resorted to.
2. As soon as an application has been received, the Registrar shall notify the other party or parties to the dispute mentioned in the application. Within a period of fifteen days from the notification, the other party or parties to the dispute shall appoint the conciliator or conciliators of their choice to sit on the Commission. If, within this period, one or more parties to the dispute have not appointed the member or members of the Commission whom they are entitled to appoint, the Bureau shall appoint the appropriate number of conciliators. Such appointment shall be made from among the conciliators appointed in accordance with Article 3 by the party or each of the parties involved or, if those parties have not yet appointed conciliators, from among the other conciliators not appointed by the other party or parties to the dispute.

3. If the constitution of a Conciliation Commission is requested by means of an agreement, the agreement shall state the subject of the dispute. If there is no agreement, in whole or in part, concerning the subject of the dispute, each party thereto may formulate its own position in respect of such subject.

4. At the same time as the parties request the constitution of a Conciliation Commission by agreement, each party shall notify the Registrar of the name of the conciliator or conciliators whom it has appointed to sit on the Commission.

Article 23

Conciliation Procedure

1. The conciliation proceedings shall be confidential and all parties to the dispute shall have the right to be heard. Subject to the provisions of Articles 10 and 11 and the Rules of the Court, the Conciliation Commission shall, after consultation with the parties to the dispute, determine the procedure.

2. If the parties to the dispute agree thereon, the Conciliation Commission may invite any State party to this Convention which has an interest in the settlement of the dispute to participate in the proceedings.

Article 24

Objective of Conciliation

The Conciliation Commission shall assist the parties to the dispute in finding a settlement in accordance with international law and their CSCE commitments.

Article 25

Result of the Conciliation

1. If, during the proceedings, the parties to the dispute, with the help of the Conciliation Commission, reach a mutually acceptable settlement, they shall record the terms of this settlement in a summary of conclusions signed by their representatives and by the members of the Commission. The signing of the document shall conclude the proceedings. The CSCE Council shall be informed through the Committee of Senior officials of the success of the conciliation.

2. When the Conciliation Commission considers that all the aspects of the dispute and all the possibilities of finding a solution have been explored, it shall draw up a final report. The report shall contain the proposals of the Commission for the peaceful settlement of the dispute.

3. The report of the Conciliation Commission shall be notified to the parties to the dispute, which shall have a period of thirty days in which to examine it and inform the Chairman of the Commission whether they are willing to accept the proposed settlement.

4. If a party to the dispute does not accept the proposed settlement, the other party or parties are no longer bound by their own acceptance thereof.

5. If, within the period prescribed in paragraph 3, the parties to the dispute have not accepted the proposed settlement, the report shall be forwarded to the CSCE Council through the Committee of Senior Officials.

6. A report shall also be drawn up which provides immediate notification to the CSCE Council through the Committee of Senior Officials of circumstances where a party fails to appear for conciliation or leaves a procedure after it has begun.

CHAPTER IV

ARBITRATION

Article 26

Request for the Constitution of an Arbitral Tribunal

1. A request for arbitration may be made at any time by agreement between two or more States parties to this Convention or between one or more States parties to this Convention and one or more other CSCE participating States.

2. The States parties to this Convention may at any time by a notice addressed to the Depositary declare that they recognize as compulsory, *ipso facto* and without special agreement, the jurisdiction of an Arbitral Tribunal, subject to reciprocity. Such a declaration may be made for an unlimited period or/

for a specified time. It may cover all disputes or exclude disputes concerning a State's territorial integrity, national defence, title to sovereignty over land territory, or competing claims with regard to jurisdiction over other areas.

3. A request for arbitration against a State party to this Convention which has made the declaration specified in paragraph 2 may be made by means of an application to the Registrar only after a period of thirty days after the report of the Conciliation Commission which has dealt with the dispute has been transmitted to the CSCE Council in accordance with the provisions of Article 25, paragraph 5.

4. When a dispute is submitted to an Arbitral Tribunal in accordance with this article, the Tribunal may, on its own authority or at the request of one or all of the parties to the dispute, indicate interim measures that ought to be taken by the parties to the dispute to avoid an aggravation of the dispute, greater difficulty in reaching a solution, or the possibility of a future award of the Tribunal becoming unenforceable owing to the conduct of one or more of the parties to the dispute.

Article 27

Cases Brought before an Arbitral Tribunal

1. If a request for arbitration is made by means of an agreement, it shall indicate the subject of the dispute. If there is no agreement, in whole or in part, concerning the subject of the dispute, each party thereto may formulate its own position in respect of such subject.

2. If a request for arbitration is made by means of an application, it shall indicate the subject of the dispute, the States party or parties to this Convention against which it is directed, and the main elements of fact and law on which it is grounded. As soon as the application is received, the Registrar shall notify the other States party or parties mentioned in the application.

Article 28

Constitution of the Arbitral Tribunal

1. When a request for arbitration is submitted, an Arbitral Tribunal shall be constituted.

2. The arbitrators appointed by the parties to the dispute in accordance with Article 4 are *ex officio* members of the Tribunal. When more than two States are parties to the same dispute, the States asserting the same interest may agree to appoint one single arbitrator.

3. The Bureau shall appoint, from among the arbitrators, a number of members to sit on the Tribunal so that the members appointed by the Bureau total at least one more than the *ex officio* members. Members of the Bureau and their alternates, who are on the list of arbitrators, shall be eligible for appointment to the Tribunal.

4. If an *ex officio* member is unable to attend or has previously taken part in any capacity in the hearings of the case arising from the dispute submitted to the Tribunal, that member shall be replaced by his or her alternate. If the alternate is in the same situation, the State involved shall appoint a member to examine the dispute pursuant to the terms and conditions specified in paragraph 5. In the event of a question arising as to the capacity of a member or of his or her alternate to sit on the Tribunal, the matter shall be decided by the Bureau.

5. Any State, which is a party to a dispute submitted to an Arbitral Tribunal and which is not party to this Convention, may appoint a person of its choice to sit on the Tribunal, either from the list of arbitrators established in accordance with Article 4 or from among other persons who are nationals of a CSCE participating State. Any person thus appointed must meet the conditions specified in Article 4, paragraph 2, and for the purpose of examining the dispute, shall have the same rights and obligations as the other members of the Tribunal. The person shall perform his or her functions in full independence and shall make the declaration required by Article 5 before sitting on the Tribunal.

6. The Tribunal shall appoint its Chairman from among the members appointed by the Bureau.

7. In the event that one of the members of the Tribunal appointed by the Bureau is unable to attend the proceedings, that member shall not be replaced unless the number of members appointed by the Bureau falls below the number of *ex officio* members, or members appointed by the parties to the dispute in accordance with paragraph 5. In this event, one or more new members shall be appointed by the Bureau pursuant to paragraphs 3 and 4 of this article. A new Chairman will not be elected if one or more new members are appointed, unless the member unable to attend is the Chairman of the Tribunal.

Article 29**Arbitration Procedure**

1. All the parties to the dispute shall have the right to be heard during the arbitration proceedings, which shall conform to the principles of a fair trial. The proceedings shall consist of a written part and an oral part.

2. The Arbitral Tribunal shall have, in relation to the parties to the dispute, the necessary fact-finding and investigative powers to carry out its tasks.

3. Any CSCE participating State which considers that it has a particular interest of a legal nature likely to be affected by the ruling of the Tribunal may, within fifteen days of the transmission of the notification by the CSCE Secretariat as specified in Article 15, address to the Registrar a request to intervene. This request shall be immediately transmitted to the parties to the dispute and to the Tribunal constituted for the dispute.

4. If the intervening State establishes that it has such an interest, it shall be authorized to participate in the proceedings in so far as may be required for the protection of this interest. The relevant part of the ruling of the Tribunal is binding upon the intervening State.

5. The parties to the dispute have a period of thirty days in which to address their observations regarding the request for intervention to the Tribunal. The Tribunal shall render its decision on the admissibility of the request.

6. The hearings in the Tribunal shall be held *in camera*, unless the Tribunal decides otherwise at the request of the parties to the dispute.

7. In the event that one or more parties to the dispute fail to appear, the other party or parties thereto may request the Tribunal to decide in favour of its or their claims. Before doing so, the Tribunal must satisfy itself that it is competent and that the claims of the party or parties taking part in the proceedings are well-founded.

Article 30**Function of the Arbitral Tribunal**

The function of the Arbitral Tribunal shall be to decide, in accordance with international law, such disputes as are submitted to it. This provision shall not prejudice the power of the Tribunal to decide a case *ex aequo et bono*, if the parties to the dispute so agree.

Article 31**Arbitral Award**

1. The award of the Arbitral Tribunal shall state the reasons on which it is based. If it does not represent in whole or in part the unanimous opinion of the members of the Arbitral Tribunal, any member shall be entitled to deliver a separate or dissenting opinion.

2. Subject to Article 29, paragraph 4, the award of the Tribunal shall have binding force only between the parties to the dispute and in respect of the case to which it relates.

3. The award shall be final and not subject to appeal. However, the parties to the dispute or one of them may request that the Tribunal interpret its award as to the meaning or scope. Unless the parties to the dispute agree otherwise, such request shall be made at the latest within six months after the communication of the award. After receiving the observations of the parties to the dispute, the Tribunal shall render its interpretation as soon as possible.

4. An application for revision of the award may be made only when it is based upon the discovery of some fact which is of such a nature as to be a decisive factor and which, when the award was rendered, was unknown to the Tribunal and to the party or parties to the dispute claiming revision. The application for revision must be made at the latest within six months of the discovery of the new fact. No application for revision may be made after the lapse of ten years from the date of the award.

5. As far as possible, the examination of a request for interpretation or an application for revision should be carried out by the Tribunal which made the award in question. If the Bureau should find this to be impossible, another Tribunal shall be constituted in accordance with the provisions of Article 28.

Article 32**Publication of the Arbitral Award**

The award shall be published by the Registrar. A certified copy shall be communicated to the parties to the dispute and to the CSCE Council through the Committee of Senior Officials.

CHAPTER V

FINAL PROVISIONS**Article 33****Signature and Entry into Force**

1. This Convention shall be open for signature with the Government of Sweden by the CSCE participating States until 31 March 1993. It shall be subject to ratification.
2. The CSCE participating States which have not signed this Convention may subsequently accede thereto.
3. This Convention shall enter into force two months after the date of deposit of the twelfth instrument of ratification or accession.
4. For every State which ratifies or accedes to this Convention after the deposit of the twelfth instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force two months after its instrument of ratification or accession has been deposited.
5. The Government of Sweden shall serve as depositary of this Convention.

Article 34**Reservations**

This Convention may not be the subject of any reservation that it does not expressly authorize.

Article 35**Amendments**

1. Amendments to this Convention must be adopted in accordance with the following paragraphs.
2. Amendments to this Convention may be proposed by any State party thereto, and shall be communicated by the Depositary to the CSCE Secretariat for transmission to the CSCE participating States.
3. If the CSCE Council adopts the proposed text of the amendment, the text shall be forwarded by the Depositary to States parties to this Convention for acceptance in accordance with their respective constitutional requirements.
4. Any such amendment shall come into force on the thirtieth day after all States parties to this Convention have informed the Depositary of their acceptance thereof.

Article 36**Denunciation**

1. Any State party to this Convention may, at any time, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Depositary.
2. Such denunciation shall become effective one year after the date of receipt of the notification by the Depositary.
3. This Convention shall, however, continue to apply for the denouncing party with respect to proceedings which are under way at the time the denunciation enters into force. Such proceedings shall be pursued to their conclusion.

Article 37**Notifications and Communications**

The notifications and communications to be made by the Depositary shall be transmitted to the Registrar and to the CSCE Secretariat for further transmission to the CSCE participating States.

Article 38**Non-Parties**

In conformity with international law, it is confirmed that nothing in this Convention shall be interpreted to establish any obligations or commitments for CSCE participating States that are not parties to this Convention if not expressly provided for and expressly accepted by such States in writing.

Article 39**Transitional Provisions**

1. The Court shall proceed, within four months of the entry into force of this Convention, to elect the Bureau, to adopt its rules and to appoint the Registrar in accordance with the provisions of Articles 7, 9 and 11. The host Government of the Court shall, in co-operation with the Depositary, make the arrangements required.

2. Until a Registrar is appointed, the duties of the Registrar under Article 3, paragraph 5, and Article 4, paragraph 7 shall be performed by the Depositary.

DONE at Stockholm, in the English, French, German, Italian, Russian and Spanish languages, all six language versions being equally authentic, on 15th December 1992.

FINANCIAL PROTOCOL ESTABLISHED IN ACCORDANCE WITH ARTICLE 13 OF THE CONVENTION ON CONCILIATION AND ARBITRATION WITHIN THE CSCE**Article 1****Costs of the Court**

1. All the costs of the Court established by the Convention on Conciliation and Arbitration within the CSCE (hereinafter referred to as "the Convention") shall be met by the States parties to the Convention. Costs of conciliators and arbitrators shall be costs of the Court.

2. The obligations of the host State with respect to expenditures in connection with the premises and furniture for use by the Court, their maintenance, insurance and security, as well as utilities, shall be set out in a exchange of letters between the Court acting with the consent of and on behalf of the States parties to the Convention, and the host State.

Article 2**Contribution to the Budget of the Court**

1. Contributions to the budget of the Court shall be divided among the States parties to the Convention according to the scale of distribution applicable within the CSCE, adjusted to take into account the difference in number between the CSCE participating States and the States parties to the Convention.

2. If a State ratifies or accedes to the Convention after its entry into force, its contribution shall be equal, for the current financial year, to one-twelfth of its portion of the adjusted scale, as established according to paragraph 1 of this Article, for each full month of that financial year which remains after the date on which the Convention enters into force in respect of it.

3. If a State which is not a party to the Convention submits a dispute to the Court pursuant to the provisions of Article 20, paragraph 2, or Article 26, paragraph 1 of the Convention, it shall contribute to the financing of the budget of the Court, for the duration of the proceedings, as if it were a party to the Convention.

For the application of this paragraph, the conciliation shall be presumed to commence on the day the Registrar receives notice of the agreement of the parties to set up a Commission and to end on the day the Commission notifies its report to the parties. If a party withdraws from the proceedings, these proceedings shall be considered as ended on the day of notice of the report specified in Article 25, paragraph 6 of the Convention. The arbitration proceedings shall be presumed to start on the day the Registrar receives notice of the agreement of the parties to establish a Tribunal and to end on the day the Tribunal renders its award.

Article 3**Financial Year and Budget**

1. The financial year shall be from 1 January to 31 December.

2. The Registrar, acting with the concurrence of the Bureau of the Court, shall establish each year a budget proposal for the Court. The budget proposal for the ensuing financial year shall be submitted to the States parties to the Convention before 15 September.

3. The budget shall be approved by the representatives of the States parties to the Convention. Consideration and approval of the budget shall take place in Vienna unless the States parties to the Convention otherwise agree. On approval of the budget for the financial year the Registrar shall request the States parties to the Convention to remit their contributions.

If the budget is not approved by 31 December the Court will operate on the basis of the preceding budget and, without prejudice to later adjustments, the Registrar shall request the States parties to the Convention to remit their contributions in accordance with this budget.

The Registrar shall request States parties to the Convention to make fifty per cent of their contributions available on 1 January and the remaining fifty per cent on 1 April.

4. Barring a decision to the contrary by the representatives of the States parties to the Convention, the budget shall be established in Swiss francs and the contributions of the States shall be paid in this currency.

5. A State which ratifies or accedes to the Convention after its entry into force shall pay its first contribution to the budget within two months after the request by the Registrar.

6. States which, without being parties to the Convention, have submitted a dispute to the Court, shall pay their contribution within two months after the request by the Registrar.

7. The year the Convention enters into force, the States parties to the Convention shall pay their contribution to the budget within two months following the date of deposit of the twelfth instrument of ratification of the Convention. This budget is preliminarily fixed at 250,000 Swiss francs.

Article 4

Obligations, Payments and Revised Budget

1. The approved budget shall constitute authorization to the Registrar, acting under the responsibility of the Bureau of the Court, to incur obligations and make payments up to the amounts and for the purposes approved.

2. The Registrar, acting under the responsibility of the Bureau of the Court, is authorized to make transfers between items and sub-items of up to 15 per cent of items/sub-items. All such transfers must be reported by the Registrar in connection with the financial statement mentioned in Article 9 of this Protocol.

3. Obligations remaining undischarged at the end of the financial year shall be carried over to the next financial year.

4. If so obliged by circumstances and following careful examination of available resources with a view to identifying savings, the Registrar is authorized to submit a revised budget, which may entail requests for supplementary appropriations, for the approval of the representatives of the States parties to the Convention.

5. Any surplus for a given financial year shall be deducted from the assessed contributions for the financial year following the one in which the accounts have been approved by the representatives of the States parties to the Convention. Any deficit shall be charged to the ensuing financial year unless the representatives of the States parties to the Convention decide on supplementary contributions.

Article 5

Working Capital Fund

A working capital fund may be established in case the States parties to the Convention deem it necessary. It will be funded by the States parties to the Convention.

Article 6

Allowances and Nominal Retainers

1. Members of the Bureau of the Court, of the Conciliation Commissions and of the Arbitral Tribunals shall receive, for each day on which they exercise their functions, a daily allowance.

2. Members of the Bureau of the Court shall additionally receive a nominal annual retainer.

3. The daily allowance and the nominal annual retainer shall be determined by the representatives of the States parties to the Convention.

Article 7

Salaries, Social Security and Pensions

1. The Registrar and any other registry staff appointed in accordance with Article 9 of the Convention shall receive a salary to be determined by the representatives of the States parties to the Convention.

2. The registry staff shall be limited to the strict minimum needed to ensure the operation of the Court.

3. The representatives of the States parties to the Convention shall ensure that the Registrar and the registry staff are afforded an adequate social security scheme and retirement pension.

Article 8

Travel Expenses

1. Travel expenses which are absolutely necessary for exercising their functions shall be paid to the members of the Bureau of the Court, of the Conciliation Commissions and of the Arbitral Tribunals and to the Registrar and the registry staff.

2. Travel expenses shall comprise actual transportation costs, including expenses normally incidental to transportation, and a daily subsistence allowance to cover all charges of meals, lodging, fees and gratuities and other personal expenses. The daily subsistence allowance shall be determined by the representatives of the States parties to the Convention.

Article 9

Records and Accounts

1. The Registrar, acting under the authority of the Bureau of the Court, shall ensure that appropriate records and accounts are kept of the transactions and that all payments are properly authorized.

2. The Registrar, acting under the authority of the Bureau of the Court, shall submit to the States parties to the Convention, not later than 1 March, an annual financial statement showing, for the preceding financial year:

- (a) the income and expenditures relating to all accounts;
- (b) the situation with regard to budget provisions;
- (c) the financial assets and liabilities at the end of the financial year.

Article 10

Audit

1. The accounts of the Court shall be audited by two auditors, of different nationalities, appointed for renewable periods of three years by the representatives of the States parties to the Convention.

Persons appearing or having appeared on the lists of conciliators or arbitrators or having received payment by the Court pursuant to Article 7 of this Protocol may not be auditors.

2. Auditors shall annually conduct audits. They shall, in particular, check the accuracy of the books, the statement of assets and liabilities, and the accounts. The accounts shall be available for the annual auditing and inspection not later than 1 March.

3. Auditors shall perform such audits as they deem necessary to certify:

- (a) that the annual financial statement submitted to them is correct and in accordance with the books and records of the Court.
- (b) that the financial transactions recorded in this statement have been effected in accordance with the relevant rules, the budgetary provisions and other directives which may be applicable, and
- (c) that the funds on deposit and on hand have been verified by certificates received directly from the depositories or by actual count.

4. The Registrar shall give auditors such assistance and facilities as may be needed for the proper discharge of their duties. Auditors shall, in particular, have free access to the books of account, records and documents which, in their opinion, are necessary for the audit.

5. Auditors shall annually draw up a report certifying the accounts and setting forth the comments warranted by the audit. They may, in this context, also make such observations as they deem necessary

regarding the efficiency of financial procedures, the accounting system and the internal financial control.

6. The report shall be submitted to the representatives of the States parties to the Convention not later than four months after the end of the financial year to which the accounts refer. The report shall be transmitted to the Registrar beforehand, so that he will have at least 15 days in which to furnish such explanations and justifications as he may consider necessary.

7. In addition to the annual auditing, auditors will at any time have free access to check the books, the statement of assets and liabilities, and accounts.

8. On the basis of the audit report, the representatives of the States parties to the Convention shall signify their acceptance of the annual financial statement or take such other action as may be considered appropriate.

Article 11

Special Disbursement Account

1. A special disbursement account may be established by the States parties to the Convention aimed at lowering the procedural costs for the States parties to disputes submitted to the Court which have difficulties paying these costs. It will be funded by voluntary contributions from States parties to the Convention.

2. A State party to a dispute submitted to the Court that wishes to receive funds from the special disbursement account shall file a request to the Registrar, with a detailed statement estimating procedural costs.

The Bureau of the Court shall examine the request and forward its recommendation to the representatives of the States parties to the Convention which shall decide whether to grant this request and to what extent.

After the case has been heard, the State having received funds from the special disbursement account shall address to the Registrar, for study by the Bureau, a detailed statement of procedural costs actually expended and shall proceed, if need be, with reimbursing the sums in excess of the actual costs.

Article 12

Decision Making

All decisions by the States parties to the Convention or their representatives under this Protocol shall be taken by consensus.

Article 13

Amendments

Amendments to this Protocol shall be adopted in accordance with the provisions of Article 35 of the Convention. "The Bureau of the Court may address its opinion on the proposed amendments to the CSCE Secretariat for transmission to the CSCE participating States.

This Protocol, established in the English, French, German, Italian, Russian and Spanish languages, all six language versions being equally authentic, having been adopted by the Committee of Senior Officials at Prague, on 28 April 1993 in accordance with Article 13 of the Convention on Conciliation and Arbitration within the CSCE is deposited with the Government of Sweden.

CONVENTION RELATIVE À LA CONCILIATION ET À L'ARBITRAGE AU SEIN DE LA CSCE

Les Etats parties à la présente Convention, participant à la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe,

CONSCIENTS de leur obligation, conformément au paragraphe 3 de l'article 2 et à l'article 33 de la Charte des Nations Unies, de régler pacifiquement leurs différends;

SOULIGNANT qu'ils n'entendent en aucune manière porter atteinte à la compétence d'autres institutions ou mécanismes existants, notamment la Cour internationale de Justice, la Cour européenne des droits de l'homme, la Cour de Justice des Communautés européennes et la Cour permanente d'Arbitrage;

RÉAFFIRMANT leur engagement solennel de régler leurs différends par des moyens pacifiques et leur décision de mettre au point des mécanismes pour le règlement des différends entre Etats participants;

RAPPELANT que l'application intégrale de tous les principes et engagements de la CSCE constitue en soi un élément essentiel de la prévention des différends entre les Etats participant à la CSCE;

SOUCIEUX de consolider et de renforcer les engagements figurant notamment dans le Rapport de la Réunion d'experts sur le règlement pacifique des différends adopté à La Valette et approuvé par le Conseil des ministres des affaires étrangères de la CSCE, réuni à Berlin les 19 et 20 juin 1991,

SONT CONVENU de ce qui suit:

CHAPITRE PREMIER

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article premier

Etablissement de la Cour

Il est établi une Cour de conciliation et d'arbitrage aux fins de régler, par la voie de la conciliation et, le cas échéant, par celle de l'arbitrage, les différends qui lui sont soumis conformément aux dispositions de la présente Convention.

Article 2

Commissions de conciliation et tribunaux arbitraux

1. La conciliation est assurée par une commission de conciliation constituée pour chaque différend. Cette commission est composée de conciliateurs désignés sur une liste établie conformément aux dispositions de l'article 3.

2. L'arbitrage est assuré par un tribunal arbitral constitué pour l'examen de chaque différend. Ce tribunal est composé d'arbitres désignés sur une liste établie conformément aux dispositions de l'article 4.

3. L'ensemble des conciliateurs et des arbitres constituent la Cour de conciliation et d'arbitrage au sein de la CSCE, ci-après dénommée « la Cour ».

Article 3

Désignation des conciliateurs

1. Chaque Etat partie à la présente Convention désigne, dans les deux mois qui suivent l'entrée en vigueur de celle-ci, deux conciliateurs, dont l'un au moins a la nationalité de l'Etat qui le désigne et dont l'autre peut avoir la nationalité d'un autre Etat participant à la CSCE. Un Etat qui devient partie à la Convention après l'entrée en vigueur de celle-ci désigne ses conciliateurs dans les deux mois qui suivent l'entrée en vigueur de la Convention à son égard.

2. Les conciliateurs doivent être des personnes exerçant ou ayant exercé de hautes fonctions sur le plan international ou national et avoir des compétences reconnues en matière de droit international, de relations internationales ou de règlement des différends.

3. Les conciliateurs sont désignés pour une période de six ans renouvelable. L'Etat qui les a désignés ne peut mettre fin à leurs fonctions en cours de mandat. En cas de décès, de démission ou d'empêchement constaté par le Bureau de la Cour, l'Etat concerné procède à la désignation d'un nouveau conciliateur; celui-ci achève le mandat de son prédécesseur.

4. A l'expiration de leur mandat, les conciliateurs continuent de connaître des affaires dont ils sont déjà saisis.

5. Les noms des conciliateurs sont notifiés au Greffier, qui les inscrit sur une liste qui est communiquée ensuite au Secrétariat de la CSCE pour transmission aux Etats participant à la CSCE.

Article 4

Désignation des arbitres

1. Chaque Etat partie à la présente Convention désigne, dans les deux mois qui suivent l'entrée en vigueur de celle-ci, un arbitre et un suppléant qui peuvent avoir la nationalité de cet Etat ou celle de tout autre Etat participant à la CSCE. Un Etat qui devient partie à la Convention après l'entrée en vigueur de celle-ci désigne un arbitre et un suppléant dans les deux mois qui suivent l'entrée en vigueur de la Convention à son égard.

2. Les arbitres et leurs suppléants doivent réunir les conditions requises pour l'exercice, dans leur pays respectif, des plus hautes fonctions judiciaires ou être des jurisconsultes possédant une compétence notoire en matière de droit international.

3. Les arbitres et leurs suppléants sont désignés pour un mandat de six ans renouvelable une fois. L'Etat partie qui les a désignés ne peut mettre fin à leurs fonctions en cours de mandat. En cas de décès, de démission ou d'empêchement constaté par le Bureau, l'arbitre est remplacé par son suppléant.

4. Si un arbitre et son suppléant décèdent, démissionnent ou sont tous deux empêchés, l'empêchement étant constaté par le Bureau, il est procédé à de nouvelles désignations conformément au paragraphe 1. Le nouvel arbitre et son suppléant achèvent le mandat de leurs prédécesseurs.

5. Le Règlement de la Cour peut prévoir un renouvellement partiel des arbitres et de leurs suppléants.

6. A l'expiration de leur mandat, les arbitres continuent de connaître des affaires dont ils sont déjà saisis.

7. Les noms des arbitres sont notifiés au Greffier, qui les inscrit sur une liste qui est communiquée ensuite au Secrétariat de la CSCE pour transmission aux Etats participant à la CSCE.

Article 5

Indépendance des membres de la Cour et du Greffier

Les conciliateurs, les arbitres et le Greffier exercent leurs fonctions en toute indépendance. Avant de prendre leurs fonctions, ils font une déclaration par laquelle ils s'engagent à exercer leurs pouvoirs en toute impartialité et conscience.

Article 6

Privilèges et immunités

Les conciliateurs, les arbitres et le Greffier ainsi que les agents et les conseils des parties à un différend jouissent, dans l'exercice de leurs fonctions sur le territoire des Etats parties à la présente Convention, des privilèges et immunités accordés aux personnes liées à la Cour internationale de Justice.

Article 7

Bureau de la Cour

1. Le Bureau de la Cour est composé d'un Président, d'un Vice-Président et de trois autres membres.

2. Le Président de la Cour est élu par les membres de la Cour réunis en collège. Il préside le Bureau.

3. Les conciliateurs et les arbitres élisent, dans leur collège respectif, deux membres du Bureau et leurs suppléants.

4. Le Bureau élit son Vice-Président parmi ses membres. Le Vice-Président est élu parmi les conciliateurs si le Président est un arbitre, parmi les arbitres si le Président est un conciliateur.

5. Le Règlement de la Cour fixe les modalités de l'élection du Président, des autres membres du Bureau et de leurs suppléants.

Article 8**Modalités de prise de décision**

1. Les décisions de la Cour sont prises à la majorité des membres prenant part au vote. Les membres qui s'abstiennent ne sont pas considérés comme prenant part au vote.
2. Les décisions du Bureau sont prises à la majorité de ses membres.
3. Les décisions des commissions de conciliation et des tribunaux arbitraux sont prises à la majorité des voix de leurs membres, lesquels ne peuvent s'abstenir.
4. En cas de partage égal des voix, la voix du Président est prépondérante.

Article 9**Le Greffier**

La Cour désigne son Greffier et peut procéder à la désignation d'autres fonctionnaires dans la mesure de ses besoins. Le Statut du personnel du Greffe est élaboré par le Bureau et adopté par les Etats parties à la présente Convention.

Article 10**Siège**

1. Le siège de la Cour est fixé à Genève.
2. À la demande des parties au différend et avec l'accord du Bureau de la Cour, une commission de conciliation ou un tribunal arbitral peut se réunir en dehors du siège.

Article 11**Règlement de la Cour**

1. La Cour adopte son Règlement, qui doit être soumis à l'approbation des Etats parties à la présente Convention.
2. Le Règlement de la Cour fixe notamment les règles de procédure qui doivent être appliquées par les commissions de conciliation et les tribunaux arbitraux constitués conformément à la Convention. Il précise quelles sont, parmi ces règles, celles auxquelles les parties au différend ne peuvent déroger par voie d'accord.

Article 12**Langues de travail**

Le Règlement de la Cour établit les règles applicables à l'usage des langues.

Article 13**Protocole financier**

Sous réserve des dispositions de l'article 17, tous les frais encourus par la Cour sont supportés par les Etats parties à la présente Convention. Les dispositions concernant le calcul des frais, la préparation et l'approbation du budget annuel de la Cour, la répartition des frais entre les Etats parties à la Convention, la vérification des comptes de la Cour et les questions connexes sont contenues dans un Protocole financier adopté par le Comité des hauts fonctionnaires. Un Etat est lié par le Protocole dès qu'il devient partie à la Convention.

Article 14**Rapport périodique**

Le Bureau présente chaque année au Conseil de la CSCE, par l'intermédiaire du Comité des hauts fonctionnaires, un rapport sur les activités relevant de la présente Convention.

Article 15**Notification des demandes de conciliation ou d'arbitrage**

Le Greffier de la Cour informe le Secrétariat de la CSCE de toute demande de conciliation ou d'arbitrage, pour transmission immédiate aux Etats participant à la CSCE.

Article 16**Attitude à observer par les parties; mesures conservatoires**

1. Durant la procédure, les parties au différend s'abstiennent de toute action susceptible soit d'aggraver la situation, soit de rendre plus difficile ou d'empêcher le règlement du différend.

2. La commission de conciliation peut attirer l'attention des parties au différend qui lui est soumis sur les mesures qu'elles pourraient prendre afin d'empêcher que le différend ne s'aggrave ou que sa solution ne soit rendue plus difficile.

3. Le tribunal arbitral constitué pour examiner un différend peut indiquer les mesures conservatoires qui devraient être prises par les parties au différend conformément aux dispositions du paragraphe 4 de l'article 26.

Article 17**Frais de procédure**

Les parties à un différend et toute partie intervenante assument chacune leurs propres frais de procédure.

CHAPITRE II**COMPÉTENCE****Article 18****Compétence de la commission et du tribunal**

1. Tout Etat partie à la présente Convention peut soumettre à une commission de conciliation tout différend l'opposant à un autre Etat partie, qui n'aurait pu être réglé dans un délai raisonnable par voie de négociation.

2. Un différend peut être soumis à un tribunal arbitral dans les conditions énoncées à l'article 26.

Article 19**Sauvegarde des modes de règlement existants**

1. La commission de conciliation ou le tribunal arbitral constitué en vue du règlement d'un différend cesse de connaître de ce dernier:

- a) si, préalablement à la saisine de la commission ou du tribunal, une cour ou un tribunal dont les parties sont juridiquement tenues d'accepter la compétence en ce qui concerne ce différend a été saisi ou si une telle instance a déjà rendu une décision sur le fond de ce différend;
- b) si les parties au différend ont accepté par avance la compétence exclusive d'un organe juridictionnel autre que le tribunal prévu par la présente Convention et si cet organe est compétent pour trancher, avec force obligatoire, le différend qui lui est soumis, ou si les parties au différend sont convenues de rechercher le règlement de celui-ci exclusivement par d'autres moyens.

2. La commission de conciliation constituée en vue du règlement d'un différend cesse de connaître de ce différend si, même après sa saisine, une cour ou un tribunal dont les parties sont juridiquement tenues d'accepter la compétence est saisi par l'une des parties ou toutes les parties à ce différend.

3. La commission de conciliation surseoit à l'examen d'un différend si un autre organe ayant compétence pour formuler des propositions sur ce même différend en a été saisi antérieurement. Si cette démarche antérieure n'aboutit pas au règlement du différend, la commission reprend ses travaux à la demande des parties au différend ou de l'une d'elles, sous réserve des dispositions du paragraphe 1 de l'article 26.

4. Un Etat peut, au moment de la signature ou de la ratification de la Convention, ou de l'adhésion à celle-ci, formuler une réserve en vue d'assurer la compatibilité du mécanisme de règlement des différends qu'elle institue avec d'autres modes de règlement des différends résultant d'engagements internationaux applicables à cet Etat.

5. Si, à un moment quelconque, les parties parviennent à régler leur différend, la commission ou le tribunal procède à la radiation de celui-ci après avoir reçu l'assurance écrite de toutes les parties qu'elles ont réglé le différend.

6. Tout désaccord entre les parties au différend quant à la compétence de la commission ou du tribunal est tranché par la commission ou le tribunal.

CHAPITRE III CONCILIATION

Article 20

Demande de constitution d'une commission de conciliation

1. Tout Etat partie à la présente Convention peut, lorsqu'un différend l'oppose à un ou plusieurs autres Etats parties, adresser au Greffier une requête en vue de la constitution d'une commission de conciliation. Deux ou plusieurs Etats parties peuvent également adresser une requête conjointe au Greffier.

2. La constitution d'une commission de conciliation peut également être demandée par voie d'accord entre deux ou plusieurs Etats parties ou entre un ou plusieurs Etats parties et un ou plusieurs autres Etats participant à la CSCE. Cet accord est notifié au Greffier.

Article 21

Constitution de la commission de conciliation

1. Chaque partie au différend nomme, sur la liste des conciliateurs établie conformément à l'article 3, un conciliateur pour siéger au sein de la commission.

2. Si plus de deux Etats sont parties au même différend, les Etats ayant les mêmes intérêts peuvent convenir de nommer un seul conciliateur. S'ils ne le font pas, le même nombre de conciliateurs est nommé de chaque côté, à concurrence d'un maximum fixé par le Bureau.

3. Tout Etat qui est partie à un différend soumis à une commission de conciliation sans être partie à la présente Convention peut nommer, pour siéger au sein de la commission, une personne choisie soit sur la liste des conciliateurs établie conformément à l'article 3, soit parmi des ressortissants d'un Etat participant à la CSCE. Dans ce cas, ces derniers ont, aux fins de l'examen du différend, les mêmes droits et obligations que les autres membres de la commission. Ils exercent leurs fonctions en toute indépendance et font la déclaration prescrite à l'article 5 avant de siéger au sein de la commission.

4. Dès réception de la requête ou de l'accord par lequel les Etats parties à un différend demandent la constitution d'une commission de conciliation, le Président de la Cour consulte les parties au différend sur la composition du reste de la commission.

5. Le Bureau nomme trois autres conciliateurs pour siéger au sein de la commission. Ce nombre peut être augmenté ou réduit par le Bureau, pourvu qu'il reste impair. Les membres du Bureau et leurs suppléants figurant sur la liste des conciliateurs peuvent être nommés pour siéger au sein de la commission.

6. La commission élit son président parmi les membres nommés par le Bureau.

7. Le Règlement de la Cour établit les règles applicables si, au début ou en cours de procédure, l'un des membres nommés pour siéger au sein de la commission est récusé, ou s'il n'est pas en mesure de siéger ou refuse de la faire.

8. Toute question relative à l'application du présent article est tranchée par le Bureau à titre préliminaire.

Article 22

Procédure de constitution d'une commission de conciliation

1. Si la constitution d'une commission de conciliation est demandée par voie de requête, cette dernière précise l'objet du différend, la partie ou les parties contre laquelle ou lesquelles elle est dirigée et le nom du conciliateur ou des conciliateurs nommés par la partie ou les parties requérantes. De même, la requête indique sommairement les modes de règlement utilisés antérieurement.

2. Dès réception d'une requête, le Greffier notifie celle-ci à l'autre partie ou aux autres parties au différend visées par la requête. Cette autre partie ou ces autres parties disposent d'un délai de quinze jours à compter de la notification afin de nommer le conciliateur ou les conciliateurs de leur choix pour siéger au sein de la commission. Si, dans ce délai, une ou plusieurs parties au différend n'ont pas choisi le membre ou les membres de la commission qu'il leur revient de nommer, le Bureau nomme des conciliateurs en nombre approprié. Une telle nomination se fait parmi les conciliateurs désignés conformément à l'article 3 par la partie ou par chacune des parties en cause ou, si ces parties n'ont pas encore désigné de conciliateurs, parmi les conciliateurs qui n'ont pas été désignés par l'autre partie ou les autres parties au différend.

3. Si la constitution d'une commission de conciliation est demandée par voie d'accord, ce dernier précise l'objet du différend. S'il n'y a pas accord, en tout ou en partie, quant à l'objet du différend, chaque partie peut énoncer sa propre position à cet égard.

4. Lorsque la constitution d'une commission de conciliation est demandée par voie d'accord, chaque partie notifie au Greffier le nom du conciliateur ou des conciliateurs nommés par elle pour siéger au sein de la commission.

Article 23

Procédure de conciliation

1. La procédure de conciliation est confidentielle et contradictoire. Sous réserve des dispositions des articles 10 et 11 ainsi que du Règlement de la Cour, la commission de conciliation fixe sa procédure après consultation des parties au différend.

2. Avec l'accord des parties au différend, la commission de conciliation peut inviter tout Etat partie à la présente Convention ayant un intérêt à la solution du différend à participer à la procédure.

Article 24

Objectif de la conciliation

La commission de conciliation aide les parties au différend à régler celui-ci conformément au droit international et aux engagements auxquels ils ont souscrit dans le cadre de la CSCE.

Article 25

Résultat de la procédure de conciliation

1. Si, en cours de procédure, les parties au différend parviennent, avec l'aide de la commission de conciliation, à une solution mutuellement acceptable, elles consignent les termes de cette solution dans un relevé de conclusions signé par leurs représentants et par les membres de la commission. La signature de ce document met fin à la procédure. Le Conseil de la CSCE est informé du succès de la conciliation par l'intermédiaire du Comité des hauts fonctionnaires.

2. Lorsque la commission de conciliation estime que tous les aspects du différend et toutes les possibilités de règlement ont été examinés, elle élabore un rapport final. Ce rapport comporte les propositions de la commission en vue d'un règlement pacifique du différend.

3. Le rapport de la commission de conciliation est notifié aux parties au différend, qui disposent d'un délai de trente jours pour l'examiner et faire savoir au président de la commission si elles sont prêtes à accepter la solution proposée.

4. Si une partie au différend n'accepte pas le règlement proposé, l'autre partie ou les autres parties ne sont plus liées par leur acceptation.

5. Si les parties au différend n'ont pas accepté la solution proposée dans le délai fixé au paragraphe 3, le rapport est transmis au Conseil de la CSCE par l'intermédiaire du Comité des hauts fonctionnaires.

6. Lorsqu'une partie fait défaut lors de la conciliation ou abandonne une procédure après qu'elle a été ouverte, un rapport est également établi afin de notifier immédiatement cette situation au Conseil de la CSCE par l'intermédiaire du Comité des hauts fonctionnaires.

CHAPITRE IV

L'ARBITRAGE

Article 26

Demande de constitution d'un tribunal arbitral

1. Une demande d'arbitrage peut être formée à tout moment par voie d'accord entre deux ou plusieurs Etats parties à la présente Convention ou entre un ou plusieurs Etats parties à la Convention et un ou plusieurs autres Etats participant à la CSCE.

2. Les Etats parties à la Convention peuvent à tout moment, par notification adressée au Dépositaire, déclarer reconnaître comme obligatoire de plein droit et sans accord spécial la compétence d'un tribunal arbitral sous réserve de réciprocité. Cette déclaration peut être faite sans limitation de durée ou pour un délai déterminé; elle peut être faite pour tous les différends ou exclure les différends soulevant

des questions concernant l'intégrité territoriale, la défense nationale, un titre de souveraineté sur le territoire national ou des revendications concurrentes en ce qui concerne la juridiction sur d'autres zones.

3. Une demande d'arbitrage ne peut être formée par voie de requête adressée au Greffier de la Cour contre un Etat partie à la Convention ayant fait la déclaration prévue au paragraphe 2 qu'une fois qu'un délai de trente jours se sera écoulé après que le rapport de la commission de conciliation chargée d'examiner le différend aura été transmis au Conseil de la CSCE conformément aux dispositions du paragraphe 5 de l'article 25.

4. Lorsqu'un différend est soumis à un tribunal arbitral conformément au présent article, le tribunal peut, de sa propre autorité ou à la demande des parties au différend ou de l'une d'elles, indiquer les mesures conservatoires qui devraient être prises par les parties au différend afin d'empêcher que le différend ne s'aggrave, que sa solution ne soit rendue plus difficile ou qu'une sentence ultérieure du tribunal ne risque d'être inapplicable du fait de l'attitude des parties ou de l'une des parties au différend.

Article 27

Saisine d'un tribunal arbitral

1. Si une demande d'arbitrage est formulée par voie d'accord, ce dernier précise l'objet du différend. S'il n'y a pas d'accord, en tout ou en partie, sur l'objet du différend, chaque partie peut énoncer sa propre position à cet égard.

2. Si une demande d'arbitrage est formulée par voie de requête, cette dernière précise l'objet du différend, l'Etat ou les Etats parties à la présente Convention contre lequel ou lesquels elle est dirigée et les principaux éléments de fait et de droit sur lesquels elle est fondée. Dès réception de la requête, le Greffier notifie celle-ci à l'autre Etat ou aux autres Etats visés par la requête.

Article 28

Constitution du tribunal arbitral

1. Lorsqu'une demande d'arbitrage est formulée, un tribunal arbitral est constitué.

2. Les arbitres désignés par les parties au différend conformément aux dispositions de l'article 4 sont membres de droit du tribunal. Lorsque plus de deux Etats sont parties au même différend, les Etats ayant les mêmes intérêts peuvent convenir de nommer un seul arbitre.

3. Le Bureau nomme parmi les arbitres, pour siéger au tribunal, un nombre de membres supérieur d'au moins une unité à celui des membres de droit. Les membres du Bureau et leurs suppléants figurant sur la liste des arbitres peuvent être nommés pour siéger au tribunal.

4. Si un membre de droit du tribunal est empêché ou s'il a eu à connaître antérieurement, à quelque titre que ce soit, de l'affaire faisant l'objet du différend soumis au tribunal, ce membre est remplacé par son suppléant. Si ce dernier se trouve dans la même situation, l'Etat concerné procède à la nomination d'un membre aux fins de l'examen du différend selon les modalités prévues au paragraphe 5. En cas de doute sur la capacité d'un membre ou de son suppléant de siéger au sein du tribunal, le Bureau décide.

5. Tout Etat qui est partie à un différend soumis à un tribunal arbitral sans être partie à la présente Convention peut nommer pour siéger au sein du tribunal une personne choisie soit sur la liste des arbitres établie conformément aux dispositions de l'article 4, soit parmi des ressortissants d'un Etat participant à la CSCE. Toute personne ainsi désignée doit remplir les conditions énoncées au paragraphe 2 de l'article 4; elle a, aux fins de l'examen du différend, les mêmes droits et obligations que les autres membres du tribunal. Elle exerce ses fonctions en toute indépendance et fait la déclaration prescrite à l'article 5 avant de siéger au sein du tribunal.

6. Le tribunal élit son président parmi les membres nommés par le Bureau.

7. En cas d'empêchement d'un membre du tribunal nommé par le Bureau, il n'est pas procédé à son remplacement, sauf si le nombre des membres nommés par le Bureau devient inférieur à celui des membres de droit ou des membres nommés par les parties au différend conformément au paragraphe 5. Dans ce cas, un ou plusieurs nouveaux membres sont nommés par le Bureau en application des paragraphes 3 et 4 du présent article. A moins que le membre défaillant ne soit le président du tribunal, il n'est pas procédé à l'élection d'un nouveau président dans le cas de la nomination d'un ou de plusieurs nouveaux membres.

Article 29**Procédure d'arbitrage**

1. La procédure d'arbitrage est contradictoire et conforme aux principes du procès équitable. Elle comporte une phase écrite et une phase orale.

2. Le tribunal arbitral dispose, vis-à-vis des parties au différend, des pouvoirs d'instruction et d'investigation nécessaires à l'accomplissement de sa tâche.

3. Tout Etat participant à la CSCE qui estime avoir un intérêt juridique particulier susceptible d'être affecté par la décision du tribunal peut, dans les quinze jours suivant la transmission de la notification effectuée par le Secrétariat de la CSCE conformément à l'article 15, adresser au Greffier de la Cour une requête aux fins d'intervention. Cette requête est immédiatement transmise aux parties au différend et au tribunal constitué pour examiner le différend.

4. Si l'Etat intervenant établit l'existence d'un tel intérêt, il est autorisé à participer à la procédure dans la mesure nécessaire à la protection de cet intérêt. La partie pertinente de la décision du tribunal lie l'Etat intervenant.

5. Les parties au différend disposent d'un délai de trente jours pour faire parvenir au tribunal leurs observations sur la requête aux fins d'intervention. Le tribunal se prononce sur la recevabilité de cette demande.

6. Les débats devant le tribunal se déroulent à huis clos, à moins que le tribunal n'en décide autrement à la demande des parties au différend.

7. En cas de défaut d'une partie ou de plusieurs parties au différend, l'autre partie ou les autres parties peuvent demander au tribunal de lui ou de leur adjuger ses ou leurs conclusions. Dans ce cas, le tribunal rend sa sentence après s'être assuré de sa compétence et du bien-fondé des arguments de la partie ou des parties participant à la procédure.

Article 30**Rôle du tribunal arbitral**

Le rôle du tribunal arbitral est de trancher, conformément au droit international, les différends qui lui sont soumis. La présente disposition ne porte pas atteinte à la faculté pour le tribunal, si les parties au différend sont d'accord, de statuer *ex aequo et bono*.

Article 31**Sentence du tribunal arbitral**

1. La sentence du tribunal arbitral est motivée. Si elle n'exprime pas, en tout ou en partie, l'opinion unanime des membres du tribunal, ceux-ci peuvent y joindre l'exposé de leur opinion individuelle ou dissidente.

2. Sous réserve du paragraphe 4 de l'article 29, la sentence du tribunal n'est obligatoire que pour les parties au différend et dans le cas qui a été décidé.

3. La sentence est définitive et n'est susceptible d'aucun appel. Toutefois, les parties au différend ou l'une d'elles peuvent demander au tribunal de procéder à l'interprétation de la sentence en cas de contestation sur son sens ou sa portée. A moins que les parties au différend n'en décident autrement, cette demande doit être formulée au plus tard dans les six mois suivant la communication de la sentence. Après avoir reçu les observations des parties au différend, le tribunal procède à l'interprétation de la sentence aussitôt que possible.

4. Une demande en révision de la sentence ne peut être présentée qu'en raison de la découverte d'un fait de nature à exercer une influence décisive et qui, avant le prononcé de la sentence, était inconnu du tribunal et de la partie ou des parties au différend demandant la révision. La demande en révision doit être formulée au plus tard dans les six mois suivant la découverte du fait nouveau. Aucune demande de révision ne peut être faite après une période de dix ans suivant la date de la sentence.

5. Dans la mesure du possible, l'examen d'une demande d'interprétation ou d'une demande en révision incombe au tribunal qui a rendu la sentence; si le Bureau constate que cela est impossible, il est procédé à la constitution d'un nouveau tribunal conformément aux dispositions de l'article 28.

Article 32**Publication de la sentence arbitrale**

La sentence arbitrale est publiée par les soins du Greffier. Une copie certifiée conforme est communiquée aux parties au différend et au Conseil de la CSCE par l'intermédiaire du Comité des hauts fonctionnaires.

CHAPITRE V

DISPOSITIONS FINALES**Article 33****Signature et entrée en vigueur**

1. La présente Convention est ouverte, auprès du Gouvernement de la Suède, à la signature des Etats participant à la CSCE jusqu'au 31 mars 1993. Elle est soumise à ratification.
2. Les Etats participant à la CSCE qui n'ont pas signé la Convention peuvent y adhérer ultérieurement.
3. La Convention entre en vigueur deux mois après la date de dépôt du douzième instrument de ratification ou d'adhésion.
4. Pour tout Etat qui la ratifie ou y adhère après le dépôt du douzième instrument de ratification ou d'adhésion, la Convention entre en vigueur deux mois après le dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion.
5. Le Gouvernement de la Suède assure les fonctions de Dépositaire de la Convention.

Article 34**Réserves**

La présente Convention ne peut faire l'objet d'aucune réserve qu'elle n'autorise expressément.

Article 35**Amendements**

1. Les amendements à la présente Convention doivent être adoptés conformément aux paragraphes qui suivent.
2. Tout Etat partie à la Convention peut formuler des propositions d'amendement à celle-ci, lesquelles sont communiquées par le Dépositaire au Secrétariat de la CSCE pour transmission aux Etats participant à la CSCE.
3. Si le Conseil de la CSCE adopte le texte d'amendement proposé, celui-ci est communiqué par le Dépositaire aux Etats parties à la Convention pour acceptation conformément à leurs règles constitutionnelles respectives.
4. Tout amendement ainsi adopté entre en vigueur le trentième jour après que tous les Etats parties à la Convention auront informé le Dépositaire de leur acceptation de cet amendement.

Article 36**Dénonciation**

1. Tout Etat partie à la présente Convention peut, à tout moment, dénoncer celle-ci par une notification adressée au Dépositaire.
2. Une telle dénonciation prend effet un an après la date de réception de la notification par le Dépositaire.
3. Toutefois, la Convention continue de s'appliquer à l'Etat auteur de la dénonciation pour les procédures en cours au moment de l'entrée en vigueur de la dénonciation. Ces procédures se poursuivent jusqu'à leur terme.

Article 37**Notifications et communications**

Les notifications et les communications incombant au Dépositaire sont adressées au Greffier et au Secrétariat de la CSCE et communiquées ensuite aux Etats participant à la CSCE.

Article 38**Etats qui ne sont pas parties à la présente Convention**

Il est confirmé que, conformément au droit international, aucune disposition de la présente Convention ne doit être interprétée comme créant des obligations ou des engagements quelconques pour des Etats participant à la CSCE qui ne sont pas parties à la Convention, à moins qu'ils ne soient expressément prévus et expressément acceptés par écrit par ces Etats.

Article 39**Dispositions transitoires**

1. Dans les quatre mois suivant l'entrée en vigueur de la présente Convention, la Cour procède à l'élection de son Bureau, à l'adoption de son Règlement et à la désignation du Greffier conformément aux dispositions des articles 7, 9 et 11. Le Gouvernement hôte de la Cour prend les dispositions nécessaires en coopération avec le Dépositaire.

2. Tant que le Greffier n'est pas nommé, les fonctions prévues au paragraphe 5 de l'article 3 et au paragraphe 7 de l'article 4 sont exercées par le Dépositaire.

Fait à Stockholm en allemand, anglais, espagnol, français, italien et russe, les six langues faisant également foi, le 15 décembre 1992.

PROTOCOLE FINANCIER ÉTABLI CONFORMÉMENT À L'ARTICLE 13 DE LA CONVENTION RELATIVE À LA CONCILIATION ET À L'ARBITRAGE AU SEIN DE LA CSCE**Article premier****Frais de la Cour**

1. Tous les frais de la Cour établie par la Convention relative à la conciliation et à l'arbitrage au sein de la CSCE (ci-après dénommée « la Convention ») sont supportés par les Etats parties à la Convention. Les frais relatifs aux conciliateurs et aux arbitres sont supportés par la Cour.

2. Les obligations de l'Etat du siège en matière de dépenses relatives aux locaux et au mobilier mis à la disposition de la Cour, à leur entretien, leur assurance et leur protection, ainsi qu'aux charges courantes, font l'objet d'un échange de lettres entre la Cour, agissant avec le consentement des Etats parties à la Convention et en leur nom, et l'Etat du siège.

Article 2**Contributions au budget de la Cour**

1. Les contributions au budget de la Cour sont réparties entre les Etats parties à la Convention conformément au barème de répartition applicable au sein de la CSCE, adapté en fonction de la différence numérique entre les Etats participant à la CSCE et les Etats parties à la Convention.

2. Si un Etat ratifie la Convention ou y adhère après son entrée en vigueur, sa contribution est égale, pour l'exercice en cours, à un douzième de sa quote-part du barème adapté, tel qu'établi conformément au paragraphe 1 du présent article, pour chaque mois entier de l'exercice restant à courir à la date à laquelle la Convention entre en vigueur pour cet Etat.

3. Lorsqu'un Etat qui n'est pas partie à la Convention soumet un différend à la Cour en application des dispositions de l'article 20, paragraphe 2, ou de l'article 26, paragraphe 1, de la Convention, il contribue au budget de la Cour, pendant la durée de la procédure, comme s'il était partie à la Convention.

Aux fins de l'application du présent paragraphe, la procédure de conciliation est réputée commencer le jour où le Greffier reçoit la notification de l'accord des parties sur la constitution d'une commission et prendre fin le jour où la commission notifie son rapport aux parties. Si une partie abandonne la procédure, celle-ci est réputée prendre fin le jour de la notification du rapport prévu à l'article 25, paragraphe 6, de la Convention. La procédure d'arbitrage est réputée commencer le jour où le Greffier

reçoit la notification de l'accord des parties sur la constitution d'un tribunal et prend fin le jour où le tribunal rend sa sentence.

Article 3

Année budgétaire et budget

1. L'année budgétaire commence le 1^{er} janvier et se termine le 31 décembre.

2. Le Greffier, agissant de concert avec le Bureau de la Cour, établit chaque année un projet de budget pour la Cour. Le projet de budget pour l'exercice à venir est soumis aux Etats parties à la Convention avant le 15 septembre.

3. Le budget est adopté par les représentants des Etats parties à la Convention. L'examen et l'adoption du budget se font à Vienne, sauf si les Etats parties à la Convention en décident autrement. Dès l'adoption du budget pour l'année budgétaire considérée, le Greffier demande aux Etats parties à la Convention de verser leur contribution.

Si le budget n'a pas été adopté au 31 décembre, la Cour fonctionne sur la base du budget précédent et, sans préjudice d'adaptations ultérieures, le Greffier demande aux Etats parties à la Convention de verser leur contribution conformément à ce budget.

Le Greffier demande aux Etats parties à la Convention de mettre à disposition cinquante pour cent de leur contribution au 1^{er} janvier et les cinquante pour cent restants au 1^{er} avril.

4. Sauf décision contraire des représentants des Etats parties à la Convention, le budget est établi en francs suisses et les contributions des Etats sont versées en cette monnaie.

5. Un Etat qui ratifie la Convention ou y adhère après son entrée en vigueur verse sa première contribution au budget dans les deux mois qui suivent la demande faite par le Greffier.

6. Les Etats qui, sans être parties à la Convention, soumettent un différend à la Cour versent leur contribution dans les deux mois qui suivent la demande faite par le Greffier.

7. L'année de l'entrée en vigueur de la Convention, les Etats parties à la Convention versent leur contribution au budget dans les deux mois qui suivent la date du dépôt du douzième instrument de ratification de la Convention. A titre préliminaire, ce budget est fixé à 250 000 francs suisses.

Article 4

Dépenses, paiements et budget révisé

1. Le budget adopté autorise le Greffier, sous la responsabilité du Bureau de la Cour, à engager les dépenses et à effectuer les paiements, à concurrence des montants adoptés et aux fins approuvées.

2. Le Greffier est habilité, sous la responsabilité du Bureau de la Cour, à procéder à des transferts entre chapitres et articles du budget, à concurrence de 15% du montant de ceux-ci. Tous ces transferts doivent être signalés par le Greffier dans l'état financier mentionné à l'article 9 du présent Protocole.

3. Les obligations non exécutées à la fin d'un exercice sont reportées sur l'exercice suivant.

4. Si les circonstances l'y obligent, et après un examen attentif des ressources disponibles en vue de dégager des économies, le Greffier est autorisé à soumettre à l'adoption des représentants des Etats parties à la Convention un budget révisé, lequel peut comporter des demandes de dotations supplémentaires.

5. Tout excédent au titre d'un exercice donné est déduit des contributions fixées pour l'exercice suivant celui au cours duquel les comptes ont été approuvés par les représentants des Etats parties à la Convention. Tout déficit est imputé sur l'exercice suivant, sauf si les représentants des Etats parties à la Convention décident d'exiger des contributions supplémentaires.

Article 5

Fonds de roulement

Un fonds de roulement peut être créé si les Etats parties à la Convention l'estiment nécessaire. Il est alimenté par les Etats parties à la Convention.

Article 6

Indemnités et allocations forfaitaires

1. Les membres du Bureau de la Cour, des commissions de conciliation et des tribunaux arbitraux reçoivent une indemnité journalière pour chaque jour où ils exercent leurs fonctions.

2. Les membres du Bureau de la Cour reçoivent en outre une allocation annuelle forfaitaire.

3. L'indemnité journalière et l'allocation annuelle forfaitaire sont arrêtées par les représentants des Etats parties à la Convention.

Article 7

Traitements, sécurité sociale et pensions

1. Le Greffier et tout autre membre du personnel du Greffe désigné conformément à l'article 9 de la Convention perçoivent un traitement arrêté par les représentants des Etats parties à la Convention.

2. Le personnel du Greffe demeure limité au strict minimum nécessaire pour assurer le fonctionnement de la Cour.

3. Les représentants des Etats parties à la Convention veillent à ce que le Greffier et le personnel du Greffe bénéficient d'un régime de sécurité sociale et d'une pension de retraite appropriés.

Article 8

Frais de mission

1. Les frais occasionnés par des missions strictement indispensables à l'exercice de leurs fonctions sont remboursés aux membres du Bureau de la Cour des commissions de conciliation et des tribunaux arbitraux ainsi qu'au Greffier et au personnel du Greffe.

2. Les frais occasionnés par des missions comprennent les frais effectifs de transport, y compris les faux frais normalement liés au transport, ainsi qu'une indemnité journalière de mission pour couvrir toutes les dépenses relatives aux repas, au logement, aux gratifications et pourboires, ainsi que les autres frais personnels. L'indemnité journalière de mission est arrêtée par les représentants des Etats parties à la Convention.

Article 9

Comptabilité

1. Sous l'autorité du Bureau de la Cour, le Greffier s'assure qu'une comptabilité appropriée de toutes les transactions est tenue et que tous les paiements sont dûment autorisés.

2. Sous l'autorité du Bureau de la Cour, le Greffier soumet aux Etats parties à la Convention, au plus tard le 1^{er} mars, un état financier annuel faisant apparaître, pour l'exercice précédent:

- a) les recettes et les dépenses afférentes à tous les comptes;
- b) la situation en matière de crédits budgétaires;
- c) l'actif et le passif financiers en fin d'exercice.

Article 10

Vérification des comptes

1. Les comptes de la Cour sont vérifiés par deux commissaires aux comptes, de nationalité différente, désignés pour des périodes de trois ans renouvelables par les représentants des Etats parties à la Convention.

Les personnes qui figurent ou ont figuré sur les listes de conciliateurs ou d'arbitres ou qui ont perçu de la Cour une rémunération au titre de l'article 7 du présent Protocole ne peuvent être commissaires aux comptes.

2. Les commissaires aux comptes procèdent annuellement à la vérification des comptes. Ils vérifient notamment la bonne tenue des livres, l'état de l'actif et du passif, ainsi que les comptes. Les comptes sont disponibles, au plus tard le 1^{er} mars, aux fins de vérification annuelle et d'inspection.

3. Les commissaires aux comptes procèdent à toute vérification qu'ils estiment nécessaire afin de certifier:

- a) que l'état financier annuel qui leur est soumis est véridique et conforme aux livres et registres de la Cour;
- b) que les transactions financières figurant à cet état ont été effectuées conformément aux règles pertinentes, aux dispositions budgétaires et aux autres directives applicables; et
- c) que les fonds en dépôt et en liquide ont été contrôlés d'après les certificats émanant directement des dépositaires ou par décompte effectif.

4. Le Greffier accorde aux commissaires aux comptes l'assistance et les moyens nécessaires à l'exercice de leurs fonctions. Les commissaires ont notamment accès aux livres de comptes, registres et documents qui, à leur avis, sont nécessaires à la vérification.

5. Les commissaires aux comptes établissent un rapport annuel certifiant les comptes et exposant les commentaires auxquels la vérification donne lieu. Ils peuvent également, à cette occasion, émettre les observations qu'ils jugent nécessaires sur l'efficacité des procédures financières, le système comptable et le contrôle financier interne.

6. Le rapport est soumis aux représentants des Etats parties à la Convention dans un délai maximal de quatre mois après la fin de l'exercice budgétaire auquel les comptes se rapportent. Il est transmis préalablement au Greffier afin que celui-ci dispose d'au moins quinze jours pour fournir les explications et justifications qu'il peut estimer nécessaires.

7. Outre la vérification annuelle des comptes, les commissaires ont accès à tout moment, pour les vérifier, aux livres, à l'état de l'actif et du passif et aux comptes.

8. Sur la base du rapport de vérification, les représentants des Etats parties à la Convention approuvent l'état financier annuel ou adoptent toute autre mesure appropriée.

Article 11

Compte de versement spécial

1. Un compte de versement spécial peut être créé par les Etats parties à la Convention, dans le but d'alléger les frais de procédure des Etats parties aux différends soumis à la Cour qui éprouvent des difficultés à s'en acquitter. Il est alimenté par les contributions volontaires des Etats parties à la Convention.

2. Un Etat partie à un différend soumis à la Cour qui souhaite bénéficier d'une allocation du compte de versement spécial soumet une demande en ce sens au Greffier, en l'accompagnant d'un état prévisionnel détaillé de ses frais de procédure.

Le Bureau de la Cour examine cette demande et adresse une recommandation aux représentants des Etats parties à la Convention, lesquels décident s'il convient d'accéder à la demande et dans quelle mesure.

A l'issue de l'examen de l'affaire, l'Etat qui a bénéficié d'une allocation du compte de versement spécial adresse au Greffier, pour examen par le Bureau, un état détaillé des frais de procédure qu'il a effectivement engagés et procède, le cas échéant, au remboursement des sommes excédant les frais effectifs.

Article 12

Mode de décision

Toutes les décisions des Etats parties à la Convention ou de leurs représentants dans le cadre du présent Protocole sont prises par consensus.

Article 13

Amendements

Les amendements au présent Protocole sont adoptés conformément aux dispositions de l'article 35 de la Convention. Le Bureau de la Cour peut donner son avis sur les amendements proposés au Secrétariat de la CSCE, aux fins de transmission aux Etats participant à la CSCE.

Le présent Protocole, établi en langues allemande, anglaise, espagnole, française, italienne et russe, les textes dans les six langues faisant également foi, et adopté par le Comité des hauts fonctionnaires à Prague, le 28 avril 1992 conformément à l'article 13 de la Convention relative à la conciliation et à l'arbitrage au sein de la CSCE, est déposé auprès du Gouvernement de la Suède.

CONVENZIONE RELATIVA ALLA CONCILIAZIONE E ALL'ARBITRATO NEL QUADRO DELLA CSCE

Gli Stati parte della presente Convenzione, essendo Stati partecipanti alla Conferenza sulla Sicurezza e la Cooperazione in Europa,

CONSAPEVOLI del loro obbligo di risolvere pacificamente le controversie fra loro, conformemente agli Articoli 2, paragrafo 3, e 33 della Carta delle Nazioni Unite;

SOTTOLINEANDO che non intendono in alcun modo portare pregiudizio alla competenza di altre istituzioni o altri meccanismi esistenti, ivi incluse la Corte Internazionale di Giustizia, la Corte Europea dei Diritti dell'Uomo, la Corte di Giustizia delle Comunità Europee e la Corte Permanente di Arbitrato;

RIAFFERMANDO il proprio solenne impegno di risolvere le controversie fra loro con mezzi pacifici e la decisione di perfezionare meccanismi di soluzione delle controversie fra Stati partecipanti;

RICORDANDO che l'applicazione integrale di tutti i principi e impegni della CSCE costituisce di per sé un elemento essenziale della prevenzione delle controversie fra gli Stati partecipanti alla CSCE;

PREOCCUPANDOSI di promuovere e rafforzare gli impegni assunti in particolare nel Rapporto della Riunione di Esperti sulla Soluzione Pacifica delle Controversie adottato a La Valletta e approvato dal Consiglio dei Ministri degli Affari Esteri della CSCE riunitosi a Berlino il 19 e il 20 giugno 1991,

HANNO CONVENUTO quanto segue:

CAPITOLO PRIMO DISPOSIZIONI GENERALI

Articolo 1

Istituzione della Corte

E' istituita una Corte di Conciliazione e di Arbitrato per risolvere, mediante conciliazione e, se del caso, arbitrato, le controversie che siano state ad essa sottoposte conformemente alle disposizioni della presente Convenzione.

Articolo 2

Commissioni di Conciliazione e Tribunali Arbitrali

1. La conciliazione è realizzata attraverso una Commissione di Conciliazione istituita per ciascuna controversia. La Commissione è composta da conciliatori tratti da un elenco costituito conformemente alle disposizioni dell'Articolo 3.

2. L'arbitrato è realizzato attraverso un Tribunale Arbitrale istituito per ciascuna controversia. Il Tribunale è composto da arbitri tratti da un elenco costituito conformemente alle disposizioni dell'Articolo 4.

3. L'insieme dei conciliatori e degli arbitri costituisce la Corte di Conciliazione e Arbitrato nel quadro della CSCE, d'ora in poi denominata « la Corte ».

Articolo 3

Designazione dei Conciliatori

1. Ciascuno Stato parte della presente Convenzione nomina, entro i due mesi successivi alla sua entrata in vigore, due conciliatori almeno uno dei quali avente la cittadinanza dello Stato che lo designa, mentre l'altro può avere la cittadinanza di un altro Stato partecipante alla CSCE. Uno Stato che aderisce alla presente Convenzione dopo la sua entrata in vigore nomina i propri conciliatori entro i due mesi successivi all'entrata in vigore, nei suoi confronti, della presente Convenzione.

2. I conciliatori devono essere personalità esercitanti o che abbiano esercitato alte funzioni internazionali o nazionali e dotate di notoria competenza in materia di diritto internazionale, di relazioni internazionali o di soluzione delle controversie.

3. I conciliatori sono nominati per un periodo di sei anni rinnovabile. Lo Stato che li ha designati non può porre fine alle loro funzioni in corso di mandato. In caso di decesso, di dimissioni, o di impedimento constatato dal *Bureau*, lo Stato interessato procede alla nomina di un nuovo conciliatore; la durata del mandato del nuovo conciliatore corrisponde a quella residua del mandato del predecessore.

4. Alla fine del loro mandato i conciliatori continuano ad occuparsi delle controversie loro sottoposte.

5. I nomi dei conciliatori sono notificati al Cancelliere, il quale li inserisce in un elenco che viene comunicato al Segretariato CSCE per essere trasmesso agli Stati partecipanti alla CSCE.

Articolo 4

Nomina degli Arbitri

1. Ciascuno Stato parte della presente Convenzione nomina, entro i due mesi successivi alla sua entrata in vigore, un arbitro e un supplente che possono avere la cittadinanza dello Stato che effettua la nomina o quella di un qualsiasi altro Stato partecipante alla CSCE. Uno Stato che aderisce alla presente Convenzione dopo la sua entrata in vigore nomina il proprio arbitro e il supplente entro i due mesi successivi all'entrata in vigore, nei suoi confronti, della presente Convenzione.

2. Gli arbitri e i loro supplenti devono avere i requisiti necessari per l'esercizio, nei loro rispettivi paesi, delle più alte funzioni giurisdizionali o essere giureconsulti in possesso di competenza notoria nel campo del diritto internazionale.

3. Gli arbitri e i loro supplenti sono nominati per un periodo di sei anni rinnovabile una volta. Lo Stato parte che effettua la nomina non può porre termine alle funzioni degli arbitri o dei supplenti in corso di mandato. In caso di decesso, di dimissioni o d'impedimento, constatato dal *Bureau*, l'arbitro è sostituito dal suo supplente.

4. In caso di decesso o di dimissioni di un arbitro e del suo supplente, o di altro impedimento riguardante entrambi, dopo che l'impedimento sia stato accertato dal *Bureau*, si procede a nuove nomine conformemente al paragrafo 1. Il nuovo arbitro e il suo supplente completano il mandato dei loro predecessori.

5. Il Regolamento della Corte può prevedere un rinnovo parziale degli arbitri e dei loro supplenti.

6. Alla scadenza del loro mandato gli arbitri continuano a occuparsi dei procedimenti di cui sono stati investiti.

7. I nomi degli arbitri sono notificati al Cancelliere, il quale li inserisce in un elenco che viene comunicato al Segretariato CSCE per essere trasmesso agli Stati partecipanti alla CSCE.

Articolo 5

Indipendenza dei Membri della Corte e del Cancelliere

I conciliatori, gli arbitri e il Cancelliere esercitano le loro funzioni in piena indipendenza. Prima di assumere il loro incarico, essi si impegnano con una dichiarazione ad esercitare le loro attribuzioni con imparzialità e secondo coscienza.

Articolo 6

Privilegi e Immunità

I conciliatori, gli arbitri, il Cancelliere, gli agenti e i consiglieri delle parti di una controversia godono, nell'esercizio delle loro funzioni sul territorio degli Stati parte della presente Convenzione, dei privilegi e delle immunità concessi alle persone collegate con la Corte Internazionale di Giustizia.

Articolo 7

Bureau della Corte

1. Il Bureau della Corte è composto da un Presidente, un Vice Presidente e tre altri membri.

2. Il Presidente della Corte è eletto dai membri della Corte fra i membri stessi. Il Presidente presiede il *Bureau*.

3. All'interno dei rispettivi collegi, i conciliatori e gli arbitri eleggono, per ciascun collegio, due membri del *Bureau* e i rispettivi supplenti.

4. Il *Bureau* elegge, fra i propri membri, il proprio Vice Presidente. Il Vice Presidente è un conciliatore se il Presidente è un arbitro; è un arbitro se il Presidente è un conciliatore.

5. Il Regolamento della Corte stabilisce le modalità di elezione del Presidente nonché degli altri membri del Bureau e dei loro supplenti.

Articolo 8**Procedimento per la presa di decisioni**

1. Le decisioni della Corte sono adottate a maggioranza dei membri che partecipano alla votazione. Coloro che si astengono non sono considerati partecipanti alla votazione.
2. Le decisioni del *Bureau* sono adottate a maggioranza dei voti dei membri che lo compongono.
3. Le decisioni delle Commissioni di Conciliazione e dei Tribunali Arbitrali sono adottate a maggioranza dei voti dei membri che li compongono, i quali non possono astenersi dal voto.
4. In caso di parità di voti, prevale il voto del funzionario che presiede.

Articolo 9**Cancelliere**

La Corte nomina il proprio Cancelliere e può provvedere alla nomina dei funzionari che possano rendersi necessari. Lo Statuto del personale della Cancelleria è elaborato dal *Bureau* e adottato dagli Stati parte della presente Convenzione.

Articolo 10**Sede**

1. La sede della Corte è a Ginevra.
2. Su richiesta delle parti della controversia e con l'accordo del *Bureau*, una Commissione di Conciliazione o un Tribunale Arbitrale possono riunirsi in un luogo diverso dalla sede.

Articolo 11**Regolamento della Corte**

1. La Corte adotta il proprio Regolamento che è soggetto all'approvazione degli Stati parte della presente Convenzione.
2. Il Regolamento della Corte stabilisce, in particolare, le regole di procedura applicabili dalle Commissioni di Conciliazione e dai Tribunali Arbitrali costituiti in applicazione della presente Convenzione. Il Regolamento precisa quali fra tali regole non sono derogabili dalle parti della controversia mediante accordo.

Articolo 12**Lingue di Lavoro**

Il Regolamento della Corte stabilisce le regole applicabili all'uso delle lingue.

Articolo 13**Protocollo Finanziario**

Senza pregiudizio per le disposizioni dell'Articolo 17, tutte le spese della Corte sono sostenute dagli Stati parte della presente Convenzione. Le disposizioni per il calcolo delle spese, per l'elaborazione e l'approvazione del bilancio annuale della Corte, per la ripartizione delle spese fra gli Stati parte della presente Convenzione, per la revisione delle spese della Corte e per le questioni relative, sono contenute in un Protocollo Finanziario che dovrà essere adottato dal Comitato degli Alti Funzionari. Dal momento in cui aderisce alla presente Convenzione, uno Stato è vincolato a tale Protocollo.

Articolo 14**Rapporto periodico**

Il *Bureau* presenta annualmente al Consiglio della CSCE tramite il Comitato degli Alti Funzionari un rapporto sulle attività svolte conformemente alla presente Convenzione.

Articolo 15**Comunicazioni delle Domande di Conciliazione o di Arbitrato**

Il Cancelliere della Corte informa il Segretariato della CSCE di tutte le domande di conciliazione o di arbitrato affinché siano immediatamente trasmesse agli Stati partecipanti alla CSCE.

Articolo 16**Atteggiamento delle parti — Misure cautelari**

1. Durante il procedimento le parti della controversia si astengono da qualsiasi azione che rischi di aggravare la situazione o di rendere più difficile o di impedire la soluzione della controversia.

2. La Commissione di Conciliazione può attirare l'attenzione delle parti della controversia che le viene sottoposta sulle misure che queste potrebbero adottare per impedire che la controversia si aggravi o che la sua soluzione sia resa più difficile.

3. Il Tribunale Arbitrale istituito per esaminare una controversia può indicare le misure cautelari che le parti della controversia dovrebbero adottare conformemente alle disposizioni contenute nell'Articolo 26, paragrafo 4.

Articolo 17**Spese del procedimento**

Le parti di una controversia e qualsiasi parte intervenienti sostengono, ciascuna per la propria parte, le proprie spese.

CAPITOLO II**COMPETENZA****Articolo 18****Competenza della Commissione e del Tribunale**

1. Ciascuno Stato parte della presente Convenzione può sottoporre a una Commissione di Conciliazione qualsiasi controversia con un altro Stato parte, che non sia stata risolta in un tempo ragionevole mediante negoziato.

2. Una controversia può essere sottoposta a un Tribunale Arbitrale secondo le condizioni previste all'Articolo 26.

Articolo 19**Salvaguardia dei procedimenti di soluzione preesistenti**

1. La Commissione di Conciliazione o il Tribunale Arbitrale istituiti per una controversia non intraprendono ulteriori azioni nei casi in cui:

- a) Prima di essere sottoposta alla Commissione o al Tribunale, la controversia sia stata sottoposta ad una corte o a un tribunale di cui le parti in causa hanno l'obbligo giuridico di accettare la competenza per quanto riguarda la controversia, o se tale organo si sia già pronunciato nel merito della controversia;
- b) Le parti in lite abbiano in precedenza accettato la competenza esclusiva di un organo giurisdizionale, diverso da un Tribunale quale previsto dalla presente Convenzione, che abbia competenza per decidere, con effetti vincolanti, sulla controversia ad esso sottoposta o se le parti in lite hanno deciso di ricercare la soluzione della controversia esclusivamente mediante altri mezzi.

2. La Commissione di Conciliazione istituita per una controversia non intraprende ulteriori azioni qualora, anche dopo essere stata attivata, una delle parti o tutte le parti sottopongano la controversia ad una corte o a un tribunale di cui le parti in lite hanno l'obbligo giuridico di accettare la competenza per quanto riguarda la controversia.

3. La Commissione di Conciliazione evita di intervenire qualora sia stato adito un altro organo avente competenza per formulare proposte sulla medesima controversia. Se gli sforzi precedenti non conducono a una soluzione della controversia, la Commissione riprende i propri lavori su richiesta delle parti o di una delle parti in lite, senza pregiudizio per le disposizioni dell'Articolo 26, paragrafo 1.

4. Uno Stato, al momento della firma, della ratifica o dell'adesione alla presente Convenzione, può avanzare una riserva per assicurare la compatibilità del meccanismo di soluzione delle controversie istituito dalla presente Convenzione con altri procedimenti di soluzione delle controversie risultanti da impegni internazionali applicabili a tale Stato.

5. Se, in qualsiasi momento, le parti pervengono a una soluzione della loro controversia, la Commissione o il Tribunale stralciano la controversia dal ruolo, al ricevimento di una conferma scritta da tutte le parti in causa di aver conseguito una soluzione della controversia.

6. In Caso di disaccordo fra le parti della controversia circa la competenza della Commissione o del Tribunale, la questione viene decisa dalla Commissione o dal Tribunale.

CAPITOLO III CONCILIAZIONE

Articolo 20

Domanda di Costituzione di una Commissione di Conciliazione

1. Qualsiasi Stato parte della presente Convenzione può presentare al Cancelliere una domanda di costituzione di una Commissione di Conciliazione per una controversia fra esso e uno o più altri Stati parte. Due o più Stati parte possono altresì presentare congiuntamente una domanda al Cancelliere.

2. La costituzione di una Commissione di Conciliazione può anche essere richiesta mediante accordo tra due o più Stati parte ovvero fra uno o più Stati parte e uno o più altri Stati partecipanti alla CSCE. L'accordo sarà notificato al Cancelliere.

Articolo 21

Costituzione della Commissione di Conciliazione

1. Ciascuna parte della controversia designa, dall'elenco dei conciliatori istituito conformemente all'Articolo 3, un conciliatore perché faccia parte della Commissione.

2. Qualora più di due Stati siano parte della stessa controversia, gli Stati che dichiarano gli stessi interessi possono concordare di designare un unico conciliatore. Qualora non concordino in tal senso, ciascuno dei due gruppi di contendenti designa un pari numero di conciliatori fino a un numero massimo deciso dal *Bureau*.

3. Ciascuno Stato parte di una controversia sottoposta a una Commissione di Conciliazione e che non abbia aderito alla presente Convenzione può designare, o dall'elenco dei conciliatori istituito conformemente all'Articolo 3, o fra persone che abbiano la cittadinanza di uno Stato partecipante alla CSCE, una persona perché questa faccia parte della Commissione. In questo caso, tale persona, ai fini dell'esame della controversia, gode dei medesimi diritti e ha i medesimi doveri degli altri membri della Commissione. Essa esercita le proprie funzioni in piena indipendenza e, prima di insediarsi nella Commissione, rende la dichiarazione prevista all'Articolo 5.

4. Al ricevimento della domanda o dell'accordo mediante il quale le parti di una controversia richiedono la costituzione di una Commissione di Conciliazione, il Presidente della Corte consulta le parti della controversia in merito alla composizione del resto della Commissione.

5. Il *Bureau* nomina tre ulteriori conciliatori perché facciano parte della Commissione. Tale numero può essere aumentato o ridotto dal *Bureau*, purché rimanga dispari. I membri del *Bureau* e i loro supplenti, che figurano nell'elenco dei conciliatori, possono essere designati per fare parte della Commissione.

6. La Commissione elegge il proprio Presidente fra i membri designati dal *Bureau*.

7. Il Regolamento della Corte stabilisce le regole applicabili nei casi di ricasazione, di impedimento o di rifiuto di uno dei membri di far parte della Commissione verificatisi all'inizio o nel corso della procedura.

8. Qualsiasi questione relativa all'applicazione del presente articolo sarà decisa dal *Bureau* quale questione preliminare.

Articolo 22

Procedura per la Costituzione di una Commissione di Conciliazione

1. Se la costituzione di una Commissione di Conciliazione è richiesta mediante domanda, nella domanda sono indicati l'oggetto della controversia, la parte o le parti contro cui essa è diretta, il nome o i nomi dei conciliatori che lo Stato richiedente o gli Stati richiedenti designano per far parte della Commissione. La domanda indica anche sommariamente i procedimenti di soluzione ai quali si è fatto precedentemente ricorso.

2. Al ricevimento di una domanda, il Cancelliere la notifica all'altra o alle altre parti della controversia indicate nella domanda. Entro un periodo di quindici giorni dalla notifica, l'altra o le altre parti della controversia designano il conciliatore o i conciliatori di loro scelta in seno alla Commissione. Qualora entro tale periodo una o più parti della controversia non abbiano designato il membro o i

membri della Commissione che spetta loro di designare, il *Bureau* nomina l'appropriato numero di conciliatori. Tale nomina è effettuata fra i conciliatori designati conformemente all'Articolo 3 dalla parte o da ciascuna delle parti coinvolte o, qualora tali parti non abbiano ancora designato i conciliatori, fra gli altri conciliatori non designati dall'altra o dalle altre parti della controversia.

3. Se la costituzione di una Commissione di Conciliazione è richiesta mediante accordo nell'accordo è indicato l'oggetto della controversia. Se non vi è accordo, in tutto o in parte, per quanto riguarda l'oggetto della controversia, ciascuna parte in causa può definire la propria posizione rispetto a tale oggetto.

4. Contemporaneamente alla domanda di costituzione di una Commissione di Conciliazione mediante accordo, ciascuna parte notifica al Cancelliere il nome del conciliatore o dei conciliatori che essa ha designato per fare parte della Commissione.

Articolo 23

Procedura di Conciliazione

1. La procedura di conciliazione è confidenziale e si svolge in contraddittorio. Senza pregiudizio per le disposizioni contenute negli Articoli 10 e 11 e per il Regolamento della Corte, la Commissione di Conciliazione determina la procedura dopo consultazione con le parti della controversia.

2. Se le parti della controversia convengono in tal senso, la Commissione di Conciliazione può invitare qualsiasi Stato parte della presente Convenzione avente interesse alla soluzione della controversia a partecipare alla procedura.

Articolo 24

Obiettivo della Conciliazione

La Commissione di Conciliazione aiuta le parti della controversia a trovare una soluzione, conformemente al diritto internazionale e ai loro impegni CSCE.

Articolo 25

Esito della Conciliazione

1. Se, nel corso della procedura, le parti della controversia pervengono, con l'aiuto della Commissione di Conciliazione, a una soluzione accettabile da entrambe, esse ne consegnano i termini in un verbale di conclusione firmato dai loro rappresentanti e dai membri della Commissione. La firma di tale documento pone termine alla procedura. Il Consiglio della CSCE è informato dell'esito positivo della conciliazione tramite il Comitato degli Alti Funzionari.

2. Qualora la Commissione di Conciliazione ritenga che tutti gli aspetti della controversia e tutte le possibilità di soluzione siano stati esaminati, essa elabora un rapporto finale. Tale rapporto contiene le proposte della Commissione per facilitare un regolamento amichevole della controversia.

3. Il rapporto dalla Commissione di Conciliazione è notificato alle parti della controversia, le quali dispongono di un termine di trenta giorni per esaminarlo e comunicare al Presidente della Commissione se esse sono in grado di accettare la soluzione proposta.

4. Se una parte della controversia non accetta la soluzione proposta, l'altra o le altre parti non sono più vincolate dalla loro accettazione.

5. Se nel termine fissato al paragrafo 3 le parti della controversia non hanno accettato la soluzione proposta, il rapporto è trasmesso al Consiglio della CSCE tramite il Comitato degli Alti Funzionari.

6. Viene inoltre elaborato un rapporto che prevede l'immediata notifica al Consiglio della CSCE, tramite il Comitato degli Alti Funzionari, di casi in cui una parte si renda contumace o abbandoni una procedura di conciliazione dopo il suo inizio.

CAPITOLO IV

ARBITRATO

Articolo 26

Domanda di Costituzione di un Tribunale Arbitrale

1. Una domanda di arbitrato può essere formulata in qualsiasi momento mediante accordo fra due o più Stati parte della presente Convenzione o fra uno o più Stati parte della presente Convenzione e uno o più altri Stati partecipanti alla CSCE.

2. Gli Stati parte della presente Convenzione possono in ogni momento, mediante notifica indirizzata al Depositario, dichiarare di riconoscere come obbligatoria *ipso facto* e senza speciale convenzione la giurisdizione di un Tribunale Arbitrale a condizione di reciprocità. La dichiarazione di cui sopra può essere fatta senza limiti di durata o per un periodo determinato; essa può riguardare tutte le controversie o escludere le controversie riguardanti questioni concernenti l'integrità territoriale, la difesa nazionale, titoli di sovranità sul territorio nazionale o pretese confliggenti riguardo la giurisdizione su altre aree.

3. Una domanda d'arbitrato contro uno Stato parte della presente Convenzione che abbia reso la dichiarazione prevista al paragrafo 2 può essere formulata mediante ricorso inviato al Cancelliere soltanto dopo un periodo di trenta giorni dalla trasmissione al Consiglio della CSCE del rapporto della Commissione di Conciliazione che si è occupata della controversia, conformemente alle disposizioni dell'Articolo 25, paragrafo 5.

4. Dopo che una controversia è stata sottoposta a un Tribunale Arbitrale conformemente al presente Articolo, questo può indicare, autonomamente o a richiesta di una o di tutte le parti della controversia, le misure cautelari che dovrebbero essere adottate dalle parti della controversia per impedire che la controversia si aggravi, che la sua soluzione sia resa più difficile o, ancora, che la sentenza a venire del Tribunale rischi di essere inapplicabile in ragione dell'atteggiamento delle parti o di una delle parti della controversia.

Articolo 27

Attivazione del Tribunale Arbitrale

1. Se una domanda d'arbitrato è formulata mediante accordo, tale accordo precisa l'oggetto della controversia. Se non vi è accordo, in tutto o in parte, riguardante l'oggetto della controversia, ciascuna parte in causa può definire la propria posizione rispetto a tale oggetto.

2. Se una domanda d'arbitrato è formulata mediante ricorso, il ricorso precisa l'oggetto della controversia, lo Stato o gli Stati parte della presente Convenzione contro cui il ricorso è diretto, e i principali elementi di fatto e di diritto sui quali esso è fondato. Al momento del ricevimento del ricorso, il Cancelliere lo notifica all'altro o agli altri Stati parte cui fa menzione il ricorso.

Articolo 28

Costituzione del Tribunale Arbitrale

1. Quando è presentata una domanda di arbitrato, viene costituito un Tribunale Arbitrale.

2. Gli arbitri nominati dalle partie della controversia conformemente all'Articolo 4 sono membri di diritto del Tribunale. Qualora più di due Stati siano parte della medesima controversia, gli Stati che dichiarano gli stessi interessi possono concordare di designare un unico arbitro.

3. Il *Bureau* designa, fra gli arbitri, un numero di membri in seno al Tribunale superiore di almeno un'unità a quello dei membri di diritto. I componenti del *Bureau* e i loro supplenti che figurano nell'elenco degli arbitri possono essere nominati membri del Tribunale.

4. In caso d'impedimento di un membro di diritto o se questi si è anteriormente occupato, a qualsiasi titolo, della questione formante oggetto della controversia sottoposta al Tribunale, tale membro viene sostituito dal suo supplente. Se il supplente si trova nella medesima situazione, lo Stato interessato procede alla nomina di un membro del Tribunale ai fini dell'esame della controversia, conformemente alle modalità previste al paragrafo 5. In caso di dubbi sulla capacità di un membro o del suo supplente di far parte del Tribunale, il *Bureau* decide.

5. Qualsiasi Stato che sia parte di una controversia sottoposta a un Tribunale Arbitrale e che non sia parte della presente Convenzione può scegliere, dall'elenco degli arbitri redatto secondo l'Articolo 4 o fra altre personalità che abbiano la cittadinanza di uno Stato partecipante alla CSCE, una personalità perché questa faccia parte del Tribunale. In tal caso questa persona, che deve soddisfare le condizioni previste all'Articolo 4, paragrafo 2, gode, ai fini dell'esame della controversia, dei medesimi diritti e ha i medesimi obblighi degli altri membri del Tribunale. Essa esercita le proprie funzioni in piena indipendenza e, prima di insediarsi nel Tribunale, rende la dichiarazione prevista all'Articolo 5.

6. Il Tribunale nomina il proprio Presidente fra i membri designati dal *Bureau*.

7. In caso d'impedimento, nel corso della procedura, di uno dei membri del Tribunale nominati dal *Bureau*, non si procede alla sua sostituzione salvo nell'ipotesi in cui il numero dei membri designati dal *Bureau* diventi inferiore a quello dei membri di diritto o designati dalle partie della controversia, conformemente al paragrafo 5. In tal caso, uno o più nuovi membri sono designati dal *Bureau* in

251 der Beilagen

49

applicazione dei paragrafi 3 e 4 del presente Articolo. Nel caso di nomina di uno o più nuovi membri, non si procede all'elezione di un nuovo Presidente a meno che il membro impossibilitato non sia il Presidente del Tribunale.

Articolo 29**Procedura di Arbitrato**

1. La procedura di arbitrato si svolge in contraddittorio e deve essere conforme ai principi di un processo equo. La procedura comporta una fase scritta e una fase orale.

2. Il Tribunale Arbitrale dispone, nei confronti delle parti della controversia, dei poteri istruttori e d'inchiesta che gli sono necessari per svolgere la propria missione.

3. Ciascuno Stato partecipante alla CSCE che ritenga di avere un particolare interesse giuridico suscettibile di essere chiamato in causa dalla decisione del Tribunale può inviare al Cancelliere una domanda d'intervento entro quindici giorni dalla trasmissione della notifica da parte del Segretariato CSCE, come previsto all'Articolo 15. Tale domanda è trasmessa immediatamente alle parti della controversia ed al Tribunale costituito per esaminare la controversia.

4. Se lo Stato interveniente dimostra l'esistenza di un tale interesse, il Tribunale autorizza lo Stato a partecipare alla procedura nei limiti necessari alla protezione di tale interesse. La parte pertinente della decisione del Tribunale vincola lo Stato interveniente.

5. Le parti della controversia dispongono di un periodo di trenta giorni per far pervenire al Tribunale le loro osservazioni sulla domanda d'intervento. Il Tribunale si pronuncia sull'ammissibilità di tale domanda.

6. I dibattiti dinanzi al Tribunale si svolgono a porte chiuse, salvo decisione contraria del Tribunale resa a domanda delle parti della controversia.

7. In caso di contumacia di una o più parti della controversia, l'altra o le altre parti della controversia possono domandare al Tribunale di accogliere le sue o le loro conclusioni. In tal caso il Tribunale decide dopo avere accertato la propria competenza e la fondatezza della domanda della o delle parti che partecipano al processo.

Articolo 30**Funzione del Tribunale Arbitrale**

Compito del Tribunale Arbitrale è di decidere, conformemente al diritto internazionale, le controversie ad esso sottoposte. La presente disposizione non pregiudica la facoltà del Tribunale di decidere, se le parti della controversia sono d'accordo, *ex aequo et bono*.

Articolo 31**Sentenza Arbitrale**

1. La sentenza del Tribunale Arbitrale è motivata. Se essa non rispecchia, in tutto o in parte, l'opinione unanime dei membri del Tribunale Arbitrale, questi possono allegarvi un esposto con la loro opinione individuale o dissidente.

2. Senza pregiudizio per l'Articolo 29, paragrafo 4, la sentenza del Tribunale è obbligatoria soltanto per le parti della controversia e nel caso che è stato deciso.

3. La sentenza è definitiva e senza appello. Tuttavia, le parti della controversia o una di esse possono domandare al Tribunale di procedere all'interpretazione della sentenza relativamente al suo significato o alla sua portata. Se non altrimenti concordato dalle parti della controversia, tale richiesta dovrà essere avanzata al più tardi entro sei mesi dalla pubblicazione della sentenza. Il Tribunale procederà a tale interpretazione nel più breve tempo possibile dopo avere preso conoscenza delle osservazioni delle parti della controversia.

4. La domanda di revisione della sentenza non può essere presentata che a causa della scoperta di un fatto tale da esercitare un'influenza decisiva e che, prima dell'emissione della sentenza, fosse ignoto al Tribunale e alla parte o alle parti della controversia che domandano la revisione. La domanda di revisione deve essere presentata al più tardi entro sei mesi della scoperta del nuovo fatto. Nessuna domanda di revisione potrà essere presentata dopo un periodo di dieci anni della data della sentenza.

5. Nella misura del possibile l'esame della domanda di interpretazione o di revisione è effettuato dal Tribunale che ha reso la sentenza. Se il *Bureau* constata che ciò è impossibile, esso provvede alla costituzione di un nuovo Tribunale conformemente alle disposizioni dell'Articolo 28.

4

Articolo 32**Pubblicazione della Sentenza Arbitrale**

La sentenza è resa pubblica a cura del Cancelliere. Copia certificata conforme della sentenza viene trasmessa alle parti della controversia e al Consiglio della CSCE mediante il Comitato degli Alti Funzionari.

CAPITOLO V

DISPOSIZIONI FINALI**Articolo 33****Firma ed entrata in vigore**

1. La presente Convenzione è aperta alla firma degli Stati partecipanti alla CSCE, presso il Governo della Svezia, fino al 31 marzo 1993. Essa sarà sottoposta a ratifica.

2. Gli Stati partecipanti alla CSCE che non abbiano firmato la presente Convenzione vi possono aderire successivamente.

3. La presente Convenzione entrerà in vigore due mesi dopo il deposito del dodicesimo strumento di ratifica o di adesione.

4. Per gli Stati che ratificheranno o aderiranno alla presente Convenzione dopo il deposito del dodicesimo strumento di ratifica o di adesione, la Convenzione entrerà in vigore due mesi dopo il deposito di tale strumento di ratifica o di adesione.

5. Il Governo della Svezia assicurerà le funzioni di depositario della presente Convenzione.

Articolo 34**Riserve**

La presente Convenzione non può essere oggetto di alcuna riserva che essa non autorizzi espressamente.

Articolo 35**Emendamenti**

1. Gli emendamenti alla presente Convenzione devono essere adottati conformemente ai seguenti paragrafi.

2. Gli emendamenti alla presente Convenzione possono essere proposti da qualsiasi Stato parte di essa e sono comunicati dal Depositario al Segretariato CSCE per la trasmissione agli Stati partecipanti alla CSCE.

3. Se il Consiglio della CSCE adotta il testo dell'emendamento proposto, il testo è inoltrato dal Depositario agli Stati parte della presente Convenzione per l'accettazione conformemente ai loro rispettivi procedimenti costituzionali.

4. Qualsiasi emendamento entra in vigore il trentesimo giorno dopo che tutti gli Stati parte della presente Convenzione hanno comunicato al Depositario di accettare tale emendamento.

Articolo 36**Denuncia**

1. Qualsiasi Stato parte della presente Convenzione può, in qualsiasi momento, denunciare la presente Convenzione mediante notifica indirizzata al Depositario.

2. Tale denuncia ha effetto un anno dopo la data del ricevimento della notifica da parte del Depositario.

3. La presente Convenzione, tuttavia, continua ad applicarsi alla parte denunciante per quanto riguarda i procedimenti in corso al momento dell'entrata in vigore della denuncia. Tali procedimenti proseguono fino alla loro conclusione.

Articolo 37**Notifiche e comunicazioni**

Le notifiche e le comunicazioni che devono essere effettuate dal Depositario sono trasmesse al Cancelliere e al Segretariato CSCE per il successivo inoltro agli Stati partecipanti alla CSCE.

Articolo 38**Stati non parte**

Conformemente al diritto internazionale, si conferma che nulla nella presente Convenzione dovrà essere interpretato per imporre qualsiasi obbligo o impegno agli Stati partecipanti alla CSCE che non sono parte della presente Convenzione, se non espressamente previsto ed espressamente accettato da tali Stati per iscritto.

Articolo 39**Disposizioni transitorie**

1. La Corte procede, entro quattro mesi dall'entrata in vigore della presente Convenzione, all'elezione del *Bureau*, all'adozione del suo regolamento e alla nomina del Cancelliere conformemente alle disposizioni degli Articoli 7, 9 e 11. Il Governo che ospita la Corte, in collaborazione con il Depositario, provvederà ai necessari adempimenti.

2. Sino alla nomina del Cancelliere, le sue funzioni ai sensi dell'Articolo 3, paragrafo 5, e dell'Articolo 4, paragrafo 7, saranno esercitate dal Depositario.

FATTO a Stoccolma il 15 dicembre 1992 nelle lingue francese, inglese, italiana, russa, spagnola, tedesca, i sei testi facenti ugualmente fede.

PROTOCOLLO FINANZIARIO DEFINITO CONFORMEMENTE ALL'ARTICOLO 13 DELLA CONVENZIONE RELATIVA ALLA CONCILIAZIONE E ALL'ARBITRATO NEL QUADRO DELLA CSCE**Articolo 1****Spese della Corte**

1. Tutte le spese della Corte istituita dalla Convenzione relativa alla Conciliazione e all'Arbitrato nel quadro della CSCE (d'ora in poi denominata « la Convenzione ») saranno sostenute dagli Stati parte della Convenzione. Le spese dei conciliatori e degli arbitri saranno considerate spese della Corte.

2. Gli obblighi dello Stato ospitante per quanto riguarda le spese relative ai locali e al mobilio utilizzati dalla Corte, la loro manutenzione, assicurazione e sicurezza, nonché ai servizi, saranno precisati in uno scambio di lettere fra la Corte, agente con il consenso e per conto degli Stati parte della Convenzione, e lo Stato ospitante.

Articolo 2**Contributi al bilancio della Corte**

1. I contributi al bilancio della Corte saranno suddivisi fra gli Stati parte della Convenzione secondo la scala di ripartizione applicabile nell'ambito della CSCE, adattata al fine di tener conto della differenza numerica fra gli Stati partecipanti alla CSCE e gli Stati parte della Convenzione.

2. Qualora uno Stato ratifichi la Convenzione o vi aderisca dopo la sua entrata in vigore, il suo contributo relativo all'anno finanziario in corso sarà pari ad un dodicesimo della sua quota della scala di ripartizione adattata, come determinata conformemente al paragrafo 1 del presente Articolo, per ciascun mese intero di tale anno finanziario a partire dalla data dell'entrata in vigore della Convenzione nei confronti di detto Stato.

3. Qualora uno Stato non parte della Convenzione sottoponga una controversia alla Corte conformemente alle disposizioni dell'Articolo 20, paragrafo 2, o dell'Articolo 26, paragrafo 1 della Convenzione, esso contribuirà al finanziamento del bilancio della Corte, per la durata della procedura, come se fosse parte della Convenzione.

Per l'applicazione del presente paragrafo, la conciliazione ha inizio il giorno in cui il Cancelliere riceve comunicazione dell'accordo delle parti di costituire una Commissione e ha termine il giorno in cui la Commissione notifica il proprio rapporto alle parti. Qualora una parte abbandoni la procedura, tale procedura si conclude il giorno della notifica del rapporto di cui all'Articolo 25, paragrafo 6 della Convenzione. La procedura di arbitrato ha inizio il giorno in cui il Cancelliere riceve comunicazione dell'accordo delle parti di costituire un Tribunale e ha termine il giorno in cui il Tribunale emette la propria sentenza.

Articolo 3

Anno finanziario e bilancio

1. L'anno finanziario ha inizio il 1° gennaio e termina il 31 dicembre.
2. Il Cancelliere, agendo d'intesa con il *Bureau* della Corte, elaborerà ogni anno un progetto di bilancio per la Corte. Il progetto di bilancio per il successivo anno finanziario sarà sottoposto agli Stati parte della Convenzione entro il 15 settembre.
3. Il bilancio sarà approvato dai rappresentanti degli Stati parte della Convenzione. L'esame e l'approvazione del bilancio avranno luogo a Vienna a meno che gli Stati parte della Convenzione non concordino altrimenti. Dopo l'approvazione del bilancio per l'anno finanziario, il Cancelliere chiederà agli Stati parte della Convenzione di versare i loro contributi.
Qualora il bilancio non sia approvato entro il 31 dicembre, la Corte opererà sulla base del bilancio precedente e, senza pregiudizio per successive modifiche, il Cancelliere chiederà agli Stati parte della Convenzione di versare i loro contributi conformemente a tale bilancio.
Il Cancelliere chiederà agli Stati parte della Convenzione di rendere disponibile il cinquanta per cento dei loro contributi il 1° gennaio e il rimanente cinquanta per cento il 1° aprile.
4. Salvo decisione contraria dei rappresentanti degli Stati parte della Convenzione, il bilancio sarà espresso in franchi svizzeri e i contributi degli Stati saranno versati in tale valuta.
5. Uno Stato che ratifichi la Convenzione o vi aderisca dopo la sua entrata in vigore verserà il suo primo contributo al bilancio entro due mesi dalla richiesta del Cancelliere.
6. Gli Stati che, senza essere parte della Convenzione, abbiano sottoposto una controversia alla Corte, verseranno il loro contributo entro due mesi dalla richiesta del Cancelliere.
7. L'anno in cui la Convenzione entra in vigore, gli Stati parte della Convenzione verseranno il proprio contributo al bilancio entro due mesi dalla data di deposito del dodicesimo strumento di ratifica della Convenzione. Tale bilancio è fissato in via preliminare in 250.000 franchi svizzeri.

Articolo 4

Obblighi, pagamenti e bilancio riveduto

1. Il bilancio approvato costituirà per il Cancelliere, sotto la responsabilità del *Bureau* della Corte, autorizzazione a contrarre impegni e a procedere ai pagamenti fino agli importi e per i fini approvati.
2. Il Cancelliere, sotto la responsabilità del *Bureau* della Corte, è autorizzato a effettuare storni tra voci e sotto-voci sino al 15 per cento delle voci/sotto-voci. Tutti questi storni devono essere resi noti dal Cancelliere in coincidenza con il rapporto finanziario di cui all'Articolo 9 del presente Protocollo.
3. Gli impegni cui non si sia fatto fronte entro la fine di un anno finanziario saranno riportati al successivo anno finanziario.
4. Se lo richiedono le circostanze e a seguito di attento esame delle risorse disponibili al fine di individuare possibili economie, il Cancelliere è autorizzato a presentare un bilancio riveduto, che potrà comportare richieste di stanziamenti supplementari, da sottoporre all'approvazione dei rappresentanti degli Stati parte della Convenzione.
5. Eventuali residui di bilancio per un determinato anno finanziario saranno dedotti dai contributi fissati per l'anno finanziario successivo a quello in cui i conti sono stati approvati dai rappresentanti degli Stati parte della Convenzione. Eventuali disavanzi saranno imputati all'anno finanziario successivo, a meno che i rappresentanti degli Stati parte della Convenzione non decidano il versamento di contributi supplementari.

Articolo 5

Fondo capitale d'esercizio

Un fondo capitale d'esercizio potrà essere stabilito qualora gli Stati parte della Convenzione lo ritengano necessario. Tale fondo sarà finanziato dagli Stati parte della Convenzione.

Articolo 6

Indennità e onorari simbolici anticipati

1. I membri del *Bureau* della Corte, delle Commissioni di Conciliazione e dei Tribunali Arbitrali percepiranno un'indennità giornaliera, per ciascun giorno di esercizio delle loro funzioni.

2. I membri del *Bureau* della Corte percepiranno inoltre un onorario simbolico anticipato annuo.
3. L'indennità giornaliera e l'onorario simbolico anticipato annuo saranno stabiliti dai rappresentanti degli stati parte della Convenzione.

Articolo 7

Stipendi, previdenza sociale e pensioni

1. Il Cancelliere e tutti gli altri membri della Cancelleria nominati conformemente all'Articolo 9 della Convenzione percepiranno uno stipendio che sarà stabilito dai rappresentanti degli Stati parte della Convenzione.
2. Il personale della Cancelleria sarà limitato allo stretto necessario per assicurare il funzionamento della Corte.
3. I rappresentanti degli Stati parte della Convenzione garantiranno che il Cancelliere e il personale della Cancelleria godano di un sistema di previdenza sociale e di un trattamento di quiescenza adeguati.

Articolo 8

Spese di viaggio

1. Ai membri del *Bureau* della Corte, delle Commissioni di Conciliazione e dei Tribunali Arbitrali nonché al Cancelliere e al personale della Cancelleria saranno rimborsate le spese di viaggio assolutamente necessarie per l'esercizio delle loro funzioni.
2. Le spese di viaggio comprenderanno le effettive spese di trasporto, ivi comprese le spese normalmente connesse con il trasporto, e un'indennità di trasferta giornaliera che coprirà tutte le spese di vitto, alloggio, mance e altre spese personali. L'indennità di trasferta giornaliera sarà stabilita dai rappresentanti degli Stati parte della Convenzione.

Articolo 9

Registrazioni e contabilità

1. Il Cancelliere, sotto l'autorità del *Bureau* della Corte, assicurerà che siano tenute appropriate registrazioni e conti delle operazioni e che tutti i pagamenti siano debitamente autorizzati.
2. Il Cancelliere, sotto l'autorità del *Bureau* della Corte, presenterà agli Stati parte della Convenzione, non oltre il 1° marzo un rapporto finanziario annuale che indichi, per l'anno finanziario precedente:
 - a) le entrate e le uscite relative a tutti i conti;
 - b) la situazione riguardo agli stanziamenti di bilancio;
 - c) le attività e le passività finanziarie alla fine dell'anno finanziario.

Articolo 10

Revisione dei conti

1. I conti della Corte saranno controllati da due revisori, di diversa cittadinanza, nominati per periodi rinnovabili di tre anni dai rappresentanti degli Stati parte della Convenzione.

Le persone che figurano o hanno figurato negli elenchi di conciliatori o di arbitri ovvero che hanno percepito un pagamento dalla Corte conformemente all'Articolo 7 del presente Protocollo non potranno essere revisori.
2. Le revisioni saranno effettuate su base annuale. I revisori controlleranno, in particolare, l'accuratezza dei libri contabili, lo stato patrimoniale e la contabilità. La contabilità sarà disponibile per la revisione e l'ispezione annuali non più tardi del 1° marzo.
3. Saranno effettuate le revisioni che i revisori considerino necessarie per attestare:
 - a) che il rapporto finanziario annuale loro sottoposto sia esatto e conforme ai libri contabili e alle registrazioni della Corte,
 - b) che le operazioni finanziarie registrate in tale rapporto siano state effettuate conformemente alle norme pertinenti, alle disposizioni di bilancio e ad altre direttive applicabili, e
 - c) che i fondi in deposito e quelli in cassa siano rispettivamente verificati mediante documentazione pervenuta direttamente dai depositari o tramite riscontro diretto.
4. Il Cancelliere fornirà ai revisori l'assistenza e le facilitazioni necessarie per assolvere adeguatamente alle loro funzioni. I revisori avranno, in particolare, libero accesso ai libri contabili, alle registrazioni e ai documenti che, a loro avviso, siano necessari per la revisione.

5. I revisori elaboreranno annualmente una relazione che attesti i conti e presenti i commenti giustificati dalla revisione. Essi possono, in tale contesto, fare anche le osservazioni che ritengono necessarie riguardo l'efficienza delle procedure finanziarie, il sistema di contabilità e il controllo finanziario interno.

6. La relazione sarà presentata ai rappresentanti degli Stati parte della Convenzione entro quattro mesi dalla fine dell'anno finanziario cui si riferisce la contabilità. La relazione sarà prima trasmessa al Cancelliere, in modo che questi abbia almeno 15 giorni a disposizione per fornire le spiegazioni e le giustificazioni che possa ritenere necessarie.

7. Oltre alla revisione annuale, i revisori avranno libero accesso in qualsiasi momento per controllare i libri contabili, lo stato patrimoniale e la contabilità.

8. Sulla base della relazione dei revisori, i rappresentanti degli Stati parte della Convenzione manifesteranno la loro accettazione del rapporto finanziario annuale o intraprenderanno qualsiasi altra azione che possano ritenere appropriata.

Articolo 11

Conto speciale esborsi

1. Potrà essere istituito dagli Stati parte della Convenzione un conto speciale esborsi mirante a ridurre le spese di procedura per gli Stati parte di una controversia sottoposta alla Corte che abbiano difficoltà nel sostenere tali spese. Tale conto sarà finanziato da contributi volontari degli Stati parte della Convenzione.

2. Uno Stato parte di una controversia sottoposta alla Corte che desideri ricevere fondi dal conto speciale esborsi presenterà al Cancelliere una richiesta con preventivo dettagliato delle spese di procedura.

Il *Bureau* della Corte esaminerà la richiesta ed inoltrerà la propria raccomandazione ai rappresentanti degli Stati parte della Convenzione, i quali decideranno se accogliere tale richiesta e in quale misura.

Dopo l'esame della controversia, lo Stato che ha ricevuto fondi dal conto speciale esborsi invierà al Cancelliere, per l'esame da parte del *Bureau*, un rendiconto dettagliato delle spese di procedura effettivamente sostenute e procederà, qualora necessario, al rimborso delle somme in eccesso rispetto alle spese effettive.

Articolo 12

Processo decisionale

Tutte le decisioni degli Stati parte della Convenzione o dei loro rappresentanti ai sensi del presente Protocollo saranno adottate per consensus.

Articolo 13

Emendamenti

Gli emendamenti al presente Protocollo saranno adottati conformemente alle disposizioni dell'Articolo 35 della Convenzione. Il *Bureau* della Corte potrà inviare la propria opinione sugli emendamenti proposti al Segretariato CSCE affinché sia trasmessa agli Stati partecipanti alla CSCE.

Il presente Protocollo, redatto nelle lingue francese, inglese, italiana, russa, spagnola, tedesca, i sei testi facenti ugualmente fede, adottato dal Comitato degli Alti Funzionari a Praga, il 28 aprile 1993, conformemente all'Articolo 13 della Convenzione relativa alla Conciliazione e all'Arbitrato nel quadro della CSCE, è depositato presso il Governo della Svezia.

КОНВЕНЦИЯ ПО ПРИМИРЕНИЮ И АРБИТРАЖУ В РАМКАХ СБСЕ

Государства-участники настоящей Конвенции, будучи государствами - участниками Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе,

сознавая свою обязанность, предусмотренную в пункте 3 Статьи 2 и в Статье 33 Устава Организации Объединенных Наций, разрешать свои споры мирными средствами;

подчеркивая, что они никоим образом не намерены ущемлять другие существующие институты или механизмы, в том числе, Международный Суд, Европейский суд по правам человека, Суд Европейских сообществ и Постоянную палату третейского суда;

вновь подтверждая свое торжественное обязательство урегулировать свои споры мирными средствами и свое решение развивать механизмы для урегулирования споров между государствами-участниками СБСЕ;

напоминая, что соблюдение в полном объеме всех принципов и обязательств в рамках СБСЕ представляет собой существенно важный элемент предотвращения споров между государствами -участниками СБСЕ;

стремясь далее развивать и укреплять обязательства, зафиксированные, в частности, в докладе Совещания экспертов по мирному урегулированию споров, принятом в Валлетте и

одобренном Советом министров иностранных дел СБСЕ на встрече в Берлине
19 и 20 июня 1991 года,

Договорились о нижеследующем:

ГЛАВА I - ОБЩИЕ ПОЛОЖЕНИЯ

Статья 1

Создание Суда

Учреждается суд по примирению и арбитражу создается для урегулирования путем примирения и, в соответствующих случаях, арбитража споров, переданных ему на рассмотрение в соответствии с положениями настоящей Конвенции.

Статья 2

Примирительные комиссии и Арбитражные трибуналы

1. Примирение осуществляется Примирительной комиссией, создаваемой для каждого спора. В состав Комиссии входят мировые посредники, выбираемые из списка, который составляется согласно положениям Статьи 3.
2. Арбитраж осуществляется Арбитражным трибуналом, создаваемым для каждого спора. В состав Арбитражного трибунала входят арбитры, выбираемые из списка, который составляется согласно положениям Статьи 4.
3. Мировые посредники и арбитры образуют в совокупности Суд по примирению и арбитражу в рамках СБСЕ, далее именуемый "Суд".

Статья 3

Назначение мировых посредников

1. Каждое государство - участник настоящей Конвенции назначает в течение двух месяцев с момента вступления ее в силу двух мировых посредников, из которых по крайней мере один является гражданином этого государства. Другой посредник может быть гражданином иного государства - участника СБСЕ. Государство, которое становится участником настоящей Конвенции после вступления ее в силу, назначает своих мировых посредников в течение двух месяцев после того, как настоящая Конвенция вступит в силу для этого государства.
2. Мировые посредники должны быть лицами, которые занимают или занимали высокие государственные или международные посты и обладают признанной компетентностью в области международного права, международных отношений или урегулирования споров.
3. Мировые посредники назначаются на шестилетний срок с возможностью назначения на новый срок. Они не могут быть отстранены от своих обязанностей назначившим их государством в течение срока их полномочий. В случае кончины мирового посредника, его отставки или невозможности, признанной Президиумом, выполнять свои функции, соответствующее государство назначает нового мирового посредника; срок полномочий нового мирового посредника равен оставшемуся сроку полномочий его предшественника.
4. По истечении срока своих полномочий мировые посредники продолжают разбирательства по делам, которые уже находятся на их рассмотрении.

5. Фамилии мировых посредников сообщаются Секретарю, который включает их в список, передаваемый Секретариату СБСЕ для препровождения государствам - участникам СБСЕ.

Статья 4

Назначение арбитров

1. Каждое государство - участник настоящей Конвенции назначает в течение двух месяцев после вступления ее в силу одного арбитра и одного заместителя арбитра, которые могут быть ее гражданами или гражданами любого другого государства - участника СБСЕ. Государство, которое становится участником настоящей Конвенции после ее вступления в силу, назначает своего арбитра и его заместителя в течение двух месяцев после вступления настоящей Конвенции в силу для этого государства.

2. Арбитры и их заместители должны обладать квалификацией, необходимой для назначения в своих странах на самые высокие должности в судебных органах, или быть юристами, обладающими признанной компетентностью в области международного права.

3. Арбитры и их заместители назначаются на срок в шесть лет, с возможностью назначения на еще один срок. Они не могут быть отстранены от своих обязанностей назначившим их государством-участником до истечения срока их полномочий. В случае кончины арбитра, его отставки или невозможности выполнять свои обязанности, признанном Президиумом, арбитра заменяет его или ее заместитель.

4. В случае кончины арбитра и его или ее заместителя, их отставки или невозможности ими выполнять свои функции, и этот факт признан Президиумом, производятся новые назначения в соответствии с пунктом 1. Новый арбитр и его или ее заместитель назначаются на оставшийся срок полномочий своих предшественников.
5. Регламент Суда может предусматривать частичное обновление состава арбитров и их заместителей.
6. По истечении срока своих полномочий арбитры продолжают заниматься разбирательством по делам, которые уже находятся на их рассмотрении.
7. Фамилии арбитров сообщаются Секретарю, который включает их в список, передаваемый Секретариату СБСЕ для препровождения государствам - участникам СБСЕ.

Статья 5

Независимость членов Суда и Секретаря

Мировые посредники, арбитры и Секретарь выполняют свои функции абсолютно независимо. Перед вступлением в должность они делают заявление о том, что будут выполнять свои функции беспристрастно и добросовестно.

60

251 der Beilagen

- 6 -

Статья 6

Привилегии и иммунитеты

Мировые посредники, арбитры, Секретарь, а также представители и поверенные сторон в споре пользуются при исполнении своих обязанностей на территории государств-участников настоящей Конвенции привилегиями и иммунитетами, предоставляемыми лицам, связанным с Международным Судом.

Статья 7

Президиум Суда

1. Президиум Суда состоит из Председателя, Заместителя председателя и трех других членов.
2. Председатель Суда избирается членами Суда из их числа. Председатель председательствует в Президиуме.
3. Мировые посредники и арбитры избирают из своего состава по два члена Президиума и по два их заместителя.
4. Президиум избирает Заместителя председателя из числа своих членов. Заместителем председателя является мировой посредник, если Председателем является арбитр, и арбитр, если Председателем является мировой посредник.
5. Порядок выбора Председателя, а также других членов Президиума и их заместителей устанавливается Регламентом Суда.

251 der Beilagen

61

- 7 -

Статья 8

Процедура принятия решений

1. Решения Суда принимаются большинством голосов членов, участвующих в голосовании. Воздержавшиеся не считаются участвующими в голосовании.
2. Решения Президиума принимаются большинством голосов его членов.
3. Решения Примириительных комиссий и Арбитражных трибуналов принимаются большинством голосов их членов, которые не могут воздерживаться при голосовании.
4. Если голоса разделяются поровну, голос председательствующего является решающим.

Статья 9

Секретарь

Суд назначает своего Секретаря и может принять меры для назначения других должностных лиц, которые могут оказаться необходимыми. Положение о персонале Канцелярии разрабатывается Президиумом и принимается государствами-участниками, являющимися сторонами в настоящей Конвенции.

Статья 10

Местопребывание Суда

1. Местопребыванием Суда является город Женева.

2. По просьбе сторон в споре и с согласия Президиума Суда Примирительная комиссия или Арбитражный трибунал могут проводить заседания в другом месте.

Статья 11

Регламент Суда

1. Суд принимает свой Регламент, подлежащий утверждению государствами-участниками, являющимися сторонами в настоящей Конвенции.
2. В Регламенте Суда устанавливаются, в частности, правила процедуры, которым должны следовать Примирительные комиссии и Арбитражные трибуналы, создаваемые во исполнение настоящей Конвенции. Регламент определяет, от каких из этих правил стороны в споре не могут отступать по договоренности.

Статья 12

Рабочие языки

В Регламенте Суда устанавливаются правила использования языков.

Статья 13

Финансовый протокол

С учетом положений Статьи 17 все расходы суда покрываются государствами - участниками настоящей Конвенции. Положения об исчислении расходов; составлении и утверждении годового бюджета Суда; распределении расходов между государствами - участниками настоящей Конвенции; ревизии счетов Суда; и о связанных вопросах содержатся в Финансовом протоколе,

251 der Beilagen

63

- 9 -

который будет принят Комитетом старших должностных лиц. Государство, ставшее участником настоящей Конвенции, обязано выполнять этот Протокол.

Статья 14

Периодический доклад

Президиум ежегодно представляет Совету СБСЕ через Комитет старших должностных лиц доклад о деятельности в соответствии с настоящей Конвенцией.

Статья 15

Уведомление о просьбах о примирении или арбитраже

Секретарь Суда направляет Секретариату СБСЕ уведомления о всех просьбах о примирении или арбитраже для немедленной передачи государствам - участникам СБСЕ.

Статья 16

Поведение сторон - Временные меры

1. В ходе разбирательства стороны в споре воздерживаются от любых действий, которые могут обострить положение или затруднить урегулирование спора или помешать его урегулированию.
2. Примирительная комиссия может обратить внимание сторон в споре, переданном на ее рассмотрение, на меры, которые эти стороны могли бы предпринять, с тем чтобы не допустить обострения спора или осложнения его урегулирования.

3. Арбитражный трибунал, созданный для какого-либо спора, может указать временные меры, которые надлежит принять сторонам в споре согласно положениям пункта 4 Статьи 26.

Статья 17

Судебные издержки

Стороны в споре и любая вступившая в дело сторона несут свои собственные судебные издержки.

ГЛАВА II - КОМПЕТЕНЦИЯ

Статья 18

Компетенция Комиссии и Трибунала

1. Любое государство - участник настоящей Конвенции может передать на рассмотрение Примирительной комиссии любой спор с другим государством-участником, который не был урегулирован в разумный период времени путем переговоров.
2. Споры могут передаваться в Арбитражный трибунал согласно условиям, предусмотренным в Статье 26.

Статья 19

Сохранение существующих средств урегулирования

1. Примирительная комиссия или Арбитражный трибунал, создаваемые для какого-либо спора, не предпринимают никаких дальнейших действий в случае:

а) если до передачи в Комиссию или в Трибунал спор уже был передан в какой-либо суд или трибунал, юрисдикцию которого в отношении данного спора стороны в нем юридически обязаны признать, или если такой орган уже вынес решение по существу данного спора;

б) если стороны в споре заранее признали исключительную юрисдикцию судебного органа, иного, чем Трибунал в соответствии с настоящей Конвенцией, который обладает юрисдикцией для принятия имеющего обязательную силу решения в отношении переданного ему спора, либо если стороны в нем договорились стремиться к урегулированию спора исключительно иными средствами.

2. Примирительная комиссия, созданная для спора, не предпринимает никаких дальнейших действий, даже если после передачи ей данного спора одна или все стороны направляют этот спор в какой-либо суд или трибунал, юрисдикцию которого в отношении данного спора стороны в нем юридически обязаны признать.

3. Примирительная комиссия откладывает рассмотрение спора, если этот спор был передан другому органу, который обладает компетенцией формулировать предложения в отношении данного спора. Если такие ранее предпринятые усилия не привели к урегулированию спора, Комиссия возобновляет свою работу по просьбе сторон или одной из сторон в споре при условии соблюдения положений пункта 1 Статьи 26.

4. Государство может в момент подписания, ратификации настоящей Конвенции или присоединения к ней сделать оговорку для обеспечения совместимости создаваемого настоящей Конвенцией механизма урегулирования споров с другими средствами урегулирования споров, вытекающими из применимых к данному государству международных обязательств.

5. Если в какой-либо момент стороны достигают урегулирования своего спора, Комиссия или Трибунал снимают этот спор с рассмотрения по получении от всех сторон в нем письменного подтверждения того, что они достигли урегулирования данного спора.

6. В случае разногласия между сторонами в споре в отношении компетенции Комиссии или Трибунала вопрос разрешается Комиссией или Трибуналом.

ГЛАВА III - ПРИМИРЕНИЕ

Статья 20

Просьба о создании Примирительной комиссии

1. Любое государство - участник настоящей Конвенции может подать Секретарю заявление с просьбой о создании Примирительной комиссии для спора между ним и другим государством - участником или несколькими государствами-участниками. Заявление Секретарю может быть также подано совместно двумя или несколькими государствами-участниками.

2. Просьба о создании Примирительной комиссии может быть также представлена по соглашению между двумя или несколькими государствами - участниками, либо между одним или несколькими государствами - участниками и одним или несколькими другими государствами - участниками СБСЕ. Такое соглашение доводится до сведения Секретаря.

251 der Beilagen

67

- 13 -

Статья 21

Создание Примирительной комиссии

1. Каждая сторона в споре назначает из списка мировых посредников, составленного в соответствии со Статьей 3, одного мирового посредника в состав Комиссии.
2. Когда сторонами в одном и том же споре являются более двух государств, государства, отстаивающие одни и те же интересы могут договориться о назначении одного общего мирового посредника. При отсутствии такой договоренности каждая из двух сторон в споре назначает одинаковое число мировых посредников, которое не превышает максимального их числа, устанавливаемого Президиумом.
3. Каждое государство, являющееся стороной в споре, переданном Примирительной комиссии, и не являющееся участником в настоящей Конвенции, может назначить какое-либо лицо в состав Комиссии либо из списка мировых посредников, составленного в соответствии с положениями Статьи 3, либо из числа других лиц, которые являются гражданами какого-либо из государств - участников СБСЕ. В этом случае, для целей рассмотрения спора, такие лица имеют те же права и обязанности, что и другие члены Комиссии. Они выполняют свои функции абсолютно независимо и прежде чем приступить к работе в Комиссии делают заявление, предусмотренное в Статье 5.
4. По получении заявления или соглашения, посредством которых государства, являющиеся сторонами в споре, просят создать Примирительную комиссию, Председатель Суда проводит консультации со сторонами в споре относительно остальных членов Комиссии.

5. Президиум назначает еще трех мировых посредников в состав Комиссии. Президиум может увеличить или сократить их число при условии, что оно остается нечетным. Члены Президиума и их заместители, которые значатся в списке мировых посредников, могут быть назначены в состав Комиссии.
6. Комиссия избирает своего Председателя из числа членов, назначенных Президиумом.
7. В Регламенте Суда устанавливаются процедуры, применяемые в том случае, если в начале или в ходе разбирательства одному из членов, назначенных в состав Комиссии, заявлен отвод, либо если он не может или отказывается работать в Комиссии.
8. Любой вопрос относительно применения настоящей статьи решается Президиумом в качестве предварительного вопроса.

Статья 22

Процедура создания Примирительной комиссии

1. Если просьба о создании Примирительной комиссии представлена в виде заявления, то в заявлении указывается предмет спора, сторона или стороны, против которой или которых оно направлено, и фамилия мирового посредника или мировых посредников, назначенных обратившейся таким заявлением стороной или сторонами в споре. В заявлении также кратко указываются средства урегулирования, которые использовались ранее.

2. По получении заявления Секретарь уведомляет другую сторону или стороны в споре, которые упомянуты в заявлении. В течение пятнадцати дней после получения такого уведомления другая сторона или стороны в споре назначают по своему усмотрению мирового посредника или мировых посредников в состав Комиссии. Если в течение этого периода одна или несколько сторон в споре не назначили члена или членов Комиссии, которых они имеют право назначить, Президиум назначает необходимое число мировых посредников. Такие назначения производятся из числа мировых посредников, назначенных в соответствии со Статьей 3 стороной или каждой из участвующих в споре сторон, либо, если эти стороны еще не назначили мировых посредников, - из числа других мировых посредников, не назначенных другой стороной или сторонами в споре.

3. Если просьба о создании Примирительной комиссии представлена по соглашению, то в соглашению указывается предмет спора. При отсутствии согласия, полностью или частично, в отношении предмета спора каждая из сторон в нем может изложить свою позицию относительно предмета спора.

4. Одновременно с представлением сторонами просьбы о создании Примирительной комиссии по соглашению, каждая из сторон доводит до сведения Секретаря фамилию мирового посредника или мировых посредников, которых она назначила в состав Комиссии.

Статья 23

Процедура примирения

1. Примирительное разбирательство осуществляется конфиденциально, и все стороны в споре имеют право быть заслушанными. С учетом положений Статей

10 и 11 и Регламента Суда Примириительная комиссия после проведения консультаций со сторонами в споре определяет процедуру.

2. С согласия сторон в споре Примириительная комиссия может предложить любому государству-участнику настоящей Конвенции, заинтересованному в урегулировании спора, участвовать в разбирательстве.

Статья 24

Цель примирения

Примириительная комиссия оказывает помощь сторонам в споре в поисках урегулирования в соответствии с международным правом и их обязательствами в рамках СБСЕ.

Статья 25

Результат примирения

1. Если в ходе разбирательства стороны в споре придут с помощью Примириительной комиссии к взаимоприемлемому урегулированию, то они включают условия этого урегулирования в резюме выводов, подписываемое их представителями и членами Комиссии. С подписанием этого документа разбирательство завершается. Совет СБСЕ через Комитет старших должностных лиц ставится в известность об успешном исходе примирения.

2. Если Примириительная комиссия сочтет, что изучены все аспекты спора и все возможности поиска решения, она составляет заключительный доклад. В докладе излагаются предложения Комиссии по мирному урегулированию спора.

3. Доклад Примирительной комиссии доводится до сведения сторон в споре, которые располагают тридцатидневным сроком для его изучения и для сообщения Председателю Комиссии о том, готовы ли они согласиться с предлагаемым урегулированием.
4. Если одна из сторон в споре не соглашается с предлагаемым урегулированием, то другая сторона или стороны более не связаны своим согласием на него.
5. Если по истечении срока, установленного в пункте 3, стороны в споре не согласились с предлагаемым урегулированием, доклад направляется Совету СБСЕ через Комитет старших должностных лиц.
6. Кроме того, составляется доклад, который предусматривает незамедлительное уведомление Совета СБСЕ через Комитет старших должностных лиц об обстоятельствах, при которых какая-либо сторона не является на процедуру примирения или отказывается от такой процедуры после того, как она началась.

ГЛАВА IV - АРБИТРАЖ

Статья 26

Просьба о создании Арбитражного трибунала

1. Просьба об арбитраже может быть представлена в любой момент по соглашению между двумя или несколькими государствами - участниками настоящей Конвенции или между одним или несколькими государствами - участниками настоящей Конвенции и одним или несколькими другими государствами - участниками СБСЕ.

2. Государства - участники настоящей Конвенции могут в любое время посредством уведомления, направляемого Депозитарию, заявить, что они, *ipso facto*, и без специального соглашения признают обязательной юрисдикцию Арбитражного трибунала при условии взаимности. Такое заявление может быть сделано без ограничения срока или на определенный срок. Оно может распространяться на все споры или исключать споры, касающиеся территориальной целостности государства, его национальной обороны, права на суверенитет над территорией суши или одновременных притязаний на юрисдикцию над другими районами.

3. Просьба об арбитраже против государства - участника настоящей Конвенции, сделавшего заявление, предусмотренное в пункте 2, может быть представлена в виде заявления на имя Секретаря только по истечении тридцати дней после того, как доклад Примирительной комиссии, которая рассматривала данный спор, был передан Совету СБСЕ в соответствии с положениями пункта 5 Статьи 25.

4. При передаче спора на рассмотрение Арбитражного трибунала в соответствии с настоящей Статьей Трибунал может на основе своих полномочий или по просьбе одной из сторон или всех сторон в споре указать временные меры, которые надлежит принять сторонам в споре во избежание обострения спора, осложнения поиска решения или возможности того, что из-за поведения одной или нескольких сторон в споре окажется невозможным обеспечить исполнение решения, которое может быть вынесено Трибуналом.

Статья 27

Возбуждение дела в Арбитражном трибунале

1. Если просьба об арбитраже представлена по соглашению, то в нем указывается предмет спора. При отсутствии согласия, полностью или

частично, в отношении предмета спора каждая из сторон в нем может изложить свою позицию в отношении предмета спора.

2. Если просьба об арбитраже представлена в виде заявления, то в нем указывается предмет спора, государство-участник или участники в настоящей Конвенции, против которых оно направлено, а также основные факты и правовые нормы, лежащие в его основе. По получении заявления Секретарь незамедлительно уведомляет о нем другие государства-участники или стороны, которые упомянуты в заявлении.

Статья 28

Создание Арбитражного трибунала

1. По пришествии просьбы об арбитраже создается Арбитражный трибунал.
2. Арбитры, назначаемые сторонами в споре в соответствии со Статьей 4, являются *ex officio* членами Трибунала. Когда более двух государств являются сторонами в одном и том же споре, государства, отстаивающие одни и те же интересы, могут договориться о назначении одного общего арбитра.
3. Президиум назначает из арбитров в состав Трибунала определенное число членов таким образом, чтобы число членов, назначенных Президиумом, по крайней мере на одного человека превышало число членов *ex officio*. Члены Президиума и их заместители, фамилии которых значатся в списке арбитров, могут быть назначены в состав Трибунала.
4. Если член *ex officio* не может участвовать или ранее в каком-либо качестве участвовал в слушаниях по делу, вытекающему из вытекающему из спора,

переданного в Трибунал, то место этого члена занимает его или ее заместитель. Если заместитель находится в таком же положении, то заинтересованное государство назначает другого члена для рассмотрения данного спора в соответствии с порядком и условиями, предусмотренными в пункте 5. При возникновении сомнения относительно способности одного из членов или его или ее заместителя участвовать в работе Трибунала, решение по этому вопросу принимает Президиум.

5. Любое государство, являющееся стороной в споре, переданном в Арбитражный трибунал, и не являющееся участником настоящей Конвенции, может назначить по своему усмотрению в состав Трибунала какое-либо лицо либо из списка арбитров, составленного в соответствии с положениями Статьи 4, либо из числа других лиц, являющихся гражданами какого-либо государства - участника СБСЕ. Любое назначенное таким образом лицо должно удовлетворять условиям, предусмотренным в пункте 2 Статьи 4, и для целей рассмотрения данного спора оно имеет те же права и обязанности, что и другие члены Трибунала. Это лицо выполняет свои функции абсолютно независимо, и прежде чем приступить к работе в Трибунале делает заявление, предусмотренное в Статье 5.

6. Трибунал назначает своего Председателя из числа членов, назначенных Президиумом.

7. В случае, если один из членов Трибунала, назначенный Президиумом, не может участвовать в разбирательстве, этого члена заменяют другим членом только в том случае, если число членов, назначенных Президиумом, стало меньше числа членов *ex officio* или числа членов, назначенных сторонами в споре в соответствии с пунктом 5. В этом случае Президиум назначает одного или нескольких новых членов в соответствии с пунктами 3 и 4 настоящей Статьи.

251 der Beilagen

75

- 21 -

При назначении одного или нескольких новых членов новый Председатель не избирается, если только член Трибунала, не способный исполнять свои обязанности, сам не является Председателем.

Статья 29

Процедура арбитража

1. Все стороны в споре имеют право быть заслушанными в ходе арбитражного разбирательства, которое должно отвечать принципам справедливого судебного процесса. Разбирательство состоит из письменного и устного производства.
2. Арбитражный трибунал обладает по отношению к сторонам в споре полномочиями по установлению фактов и проведению расследований, необходимыми ему для выполнения своих задач.
3. Любое государство - участник СБСЕ, которое считает, что решение Трибунала может затронуть его особый интерес правового характера, может в течение пятнадцати дней после передачи уведомления Секретариатом СБСЕ согласно Статье 15 направить Секретарю просьбу о вступлении в дело. Эта просьба незамедлительно препровождается сторонам в споре и в Трибунал, созданный для данного спора.
4. Если вступающее в дело государство установит наличие у себя такого интереса, оно получает разрешение участвовать в разбирательстве в той мере, в какой это может быть необходимо для защиты такого интереса. Соответствующая часть решения Трибунала имеет обязательную силу для данного вступившего в дело государства.

76

251 der Beilagen

- 22 -

5. Сторонам в споре предоставляется тридцатидневный срок для того, чтобы направить в Трибунал свои замечания относительно просьбы о вступлении в дело. Трибунал выносит решение о приемлемости такой просьбы.

6. Слушания в Трибунале проходят *in camera*, если Трибунал не принимает иное решение по просьбе сторон в споре.

7. В случае, если одна или несколько сторон в споре не являются в Трибунал, то другая или другие стороны в нем могут обратиться в Трибунал с просьбой решить вопрос в ее или их пользу. В этом случае Трибунал выносит решение, предварительно убедившись в наличии у него соответствующей компетенции и в обоснованности претензий стороны или сторон, участвующих в разбирательстве.

Статья 30

Функция Арбитражного трибунала

Функция Арбитражного трибунала состоит в том, чтобы решать переданные ему споры в соответствии с международным правом. Данное положение не ограничивает права Трибунала разрешать дело *ex aequo et bono* при согласии на это сторон в споре.

Статья 31

Арбитражное решение

1. В решении Арбитражного трибунала должны быть приведены соображения, на которых оно основано. Если решение, в целом или в части не выражает единогласного мнения членов

Трибунала, то любой член Арбитражного трибунала имеет право представить свое особое мнение или заявить о несогласии.

2. С учетом пункта 4 Статьи 29 решение Трибунала обязательно только для сторон в споре и в отношении дела, которого оно касается.

3. Решение является окончательным и обжалованию не подлежит. Вместе с тем стороны в споре или одна из сторон могут обратиться в Трибунал с просьбой дать толкование своего решения в том, что касается его смысла или сферы применения. Если стороны в споре не договорятся об ином, такая просьба представляется не позднее, чем через шесть месяцев после сообщения решения. По получении замечаний сторон в споре Трибунал в кратчайшие возможные сроки дает свое толкование.

4. Просьба о пересмотре решения может быть подана лишь на основании вновь открывшихся обстоятельств, которые по своему характеру могут оказать решающее влияние на исход дела и, которые при вынесении решения не были известны ни Трибуналу, ни стороне или сторонам в споре, требующим пересмотра. Просьба о пересмотре должна быть представлена не позднее, чем через шесть месяцев после выяснения новых обстоятельств. По истечении десяти лет с даты принятия решения никакие просьбы о пересмотре подаваться не могут.

5. По мере возможности рассмотрение просьбы о толковании или о пересмотре решения должны осуществляться тем Трибуналом, который вынес данное решение. Если Президиум сочтет это невозможным, то создается новый Трибунал в соответствии с положениями Статьи 28.

Статья 32

Публикация арбитражного решения

Решение публикуется Секретарем. Его заверенная копия направляется сторонам в споре и Совету СБСЕ через Комитет старших должностных лиц.

ГЛАВА V - ЗАКЛЮЧИТЕЛЬНЫЕ ПОЛОЖЕНИЯ

Статья 33

Подписание и вступление в силу

1. Настоящая Конвенция открыта для подписания государствами - участниками СБСЕ до 31 марта 1993 года в штаб-квартире правительства Швеции. Она подлежит ратификации.
2. Государства - участники СБСЕ, которые не подписали настоящую Конвенцию, могут впоследствии присоединиться к ней.
3. Настоящая Конвенция вступает в силу через два месяца после даты сдачи на хранение двенадцатой ратификационной грамоты или документа о присоединении.
4. Для каждого государства, которое ратифицирует настоящую Конвенцию или присоединяется к ней после сдачи на хранение двенадцатой ратификационной грамоты или документа о присоединении, Конвенция вступает в силу через два месяца после сдачи на хранение его ратификационной грамоты или документа о присоединении.
5. Депозитарием настоящей Конвенции является правительство Швеции.

251 der Beilagen

79

- 25 -

Статья 34

Оговорки

В отношении настоящей Конвенции не может быть сделано никаких оговорок, помимо тех, которые в ней прямо разрешаются.

Статья 35

Поправки

1. Поправки к настоящей Конвенции должны приниматься в соответствии со следующими пунктами.
2. Поправки к настоящей Конвенции могут предлагаться любым государством, являющимся ее участником, и направляются Депозитарием в Секретариат СБСЕ для передачи государствам - участникам СБСЕ.
3. Если Совет СБСЕ принимает предлагаемый текст поправки, то этот текст направляется Депозитарием государствам - участникам настоящей Конвенции для получения их согласия в рамках их соответствующих конституционных требований.
4. Любая такая поправка вступает в силу на тридцатый день после того, как все государства - участники настоящей Конвенции уведомят Депозитария о своем согласии с ней.

80

251 der Beilagen

- 26 -

Статья 36

Денонсация

1. Любое государство-участник настоящей Конвенции может в любое время денонсировать настоящую Конвенцию посредством направления Депозитарию уведомления.
2. Такая денонсация вступает в силу через один год с даты получения уведомления Депозитарием.
3. Настоящая Конвенция, тем не менее, продолжает применяться для денонсирующей стороны в отношении разбирательств, которые проходят во время вступления денонсации в силу. Такие разбирательства продолжаются до их завершения.

Статья 37

Уведомления и сообщения

Уведомления и сообщения, направляемые Депозитарием, передаются Секретарю и Секретариату СБСЕ для дальнейшей передачи государствам - участникам СБСЕ.

Статья 38

Государства, не являющиеся участниками Конвенции

В соответствии с международным правом подтверждается, что ничто в настоящей Конвенции не может быть истолковано как создающее какие-либо обязанности или обязательства для государств - участников СБСЕ, которые не

являются участниками в настоящей Конвенции, если только это специально не предусматривается и если такие государства не дают свое ясно выраженное согласие на это в письменной форме.

Статья 39

Переходные положения

1. Суд в течение четырех месяцев после вступления настоящей Конвенции в силу избирает Президиум, принимает свой Регламент и назначает Секретаря в соответствии с положениями Статей 7, 9 и 11. Правительство принимающей Суд страны совместно с Депозитарием принимает необходимые меры.
2. До назначения Секретаря обязанности Секретаря в соответствии с пунктом 5 Статьи 3 и пунктом 7 Статьи 4 исполняет Депозитарий.

Совершено г. Стокгольм,
на английском, испанском, итальянском,
немецком, русском и французском языках,
причем все шесть текстов имеют
одинаковую силу, в 15 декабря 1992 года.

CONVENCION DE CONCILIACION Y ARBITRAJE EN LA CSCE

Los Estados partes en la presente Convención, Estados participantes en la Conferencia sobre la Seguridad y la Cooperación en Europa,

CONSCIENTES de su obligación, conforme a los Artículos 2, párrafo 3, y 33 de la Carta de las Naciones Unidas, de solucionar pacíficamente sus controversias;

RECALCANDO que no es su intención menoscabar en modo alguno la competencia de otras instituciones o mecanismos existentes, incluyendo la Corte Internacional de Justicia, el Tribunal Europeo de Derechos Humanos, el Tribunal de Justicia de las Comunidades Europeas y el Tribunal Permanente de Arbitraje;

REAFIRMANDO su compromiso solemne de solucionar las controversias por medios pacíficos y su decisión de desarrollar mecanismos de solución de controversias entre Estados participantes;

RECORDANDO que la aplicación íntegra de todos los principios y compromisos de la CSCE constituye en sí un elemento esencial de la prevención de controversias entre los Estados participantes en la CSCE;

PREOCUPADOS por mejorar y reforzar los compromisos que figuran especialmente en el Informe de la Reunión de Expertos sobre Arreglo de Controversias por Medios Pacíficos adoptado en La Valetta y aprobado por el Consejo de Ministros de Asuntos Exteriores de la CSCE en su reunión de Berlín el 19 y 20 de Junio de 1991,

HAN CONVENIDO lo siguiente:

CAPITULO I

DISPOSICIONES GENERALES

Artículo 1

Establecimiento de la Corte

Se establecerá una Corte de Conciliación y Arbitraje con la finalidad de solucionar, a través de la conciliación y, cuando proceda, de arbitraje, las controversias que le sean sometidas de conformidad con las disposiciones de la presente Convención.

Article 2

Comisiones de Conciliación y Tribunales de Arbitraje

1. La conciliación se realizará por una Comisión de Conciliación constituida para cada controversia. La Comisión se compondrá de conciliadores designados a partir de una lista establecida de conformidad con las disposiciones del artículo 3.

2. El arbitraje se realizará por un Tribunal arbitral constituido para cada controversia. El Tribunal se compondrá de árbitros designados a partir de una lista establecida de conformidad con las disposiciones del artículo 4.

3. El conjunto de los conciliadores y los árbitros constituye la Corte de Conciliación y Arbitraje en el seno de la CSCE, en adelante llamada «la Corte».

Artículo 3

Nombramiento de los conciliadores

1. Cada Estado parte en la presente Convención nombrará, en el plazo de dos meses a contar desde la entrada en vigor de la Convención, dos conciliadores, uno de los cuales por lo menos tendrá la nacionalidad del Estado que lo designa, pudiendo tener el otro la nacionalidad de otro Estado participante en la CSCE. Un Estado que se adhiera a la presente Convención después de su entrada en vigor nombrará a sus conciliadores en el plazo de dos meses después de la entrada en vigor de la presente Convención para dicho Estado.

2. Los conciliadores deberán ser personas que ejerzan o hayan ejercido altas funciones nacionales o internacionales y posean competencia reconocida en materia de derecho internacional, relaciones internacionales o solución de controversias.

3. Los conciliadores serán nombrados para un período de seis años renovable. El Estado que los haya nombrado no podrá poner término a sus funciones durante su mandato. En caso de fallecimiento, dimisión o impedimento reconocido por la Mesa, el Estado en cuestión procederá al nombramiento de

251 der Beilagen

83

un nuevo conciliador; la duración del mandato del nuevo conciliador será la que quede por transcurrir del mandato de su predecesor.

4. Una vez terminado su mandato, los conciliadores continuarán conociendo de los asuntos que les hubieran sido sometidos.

5. Los nombres de los conciliadores se notificarán al Secretario quien los inscribirá en una lista que comunicará a la Secretaría de la CSCE para su transmisión a los Estados participantes en la CSCE.

Artículo 4**Nombramiento de los árbitros**

1. Cada Estado parte en la presente Convención nombrará, en un plazo de dos meses después de su entrada en vigor, un árbitro y un suplente que pueden tener su nacionalidad o la de otro Estado participante en la CSCE. Un Estado que se convierte en parte en la presente Convención después de su entrada en vigor nombrará a su árbitro y a su suplente en un plazo de dos meses desde la entrada en vigor de la presente Convención para dicho Estado.

2. Los árbitros y sus suplentes deberán reunir las condiciones requeridas para el ejercicio, en su país respectivo, de las más altas funciones judiciales o ser jurisconsultos de reconocida competencia en derecho internacional.

3. Los árbitros y sus suplentes serán nombrados para un período de seis años, renovable una sola vez. El Estado parte que haya efectuado un nombramiento no podrá poner término a sus funciones a lo largo de su mandato. En caso de fallecimiento, de dimisión o impedimento debidamente reconocido por la Mesa, el árbitro será sustituido por su suplente.

4. Si un árbitro y su suplente fallecen, dimiten o se encuentran ambos impedidos, habiendo sido reconocido el impedimento por la Mesa, se procederá a nuevos nombramientos conforme al párrafo 1. El nuevo árbitro y su suplente completarán el mandato de sus predecesores.

5. El Reglamento de la Corte podrá prever una renovación parcial de los árbitros y de sus suplentes.

6. Una vez terminado su mandato, los árbitros contrinuarán conociendo de los asuntos que les hubieran sido confiados.

7. Los nombres de los árbitros se notificarán al Secretario, quien los incluirá en una lista que comunicará a la Secretaría de la CSCE para que se transmita a los Estados participantes en la CSCE.

Artículo 5**Independencia de los miembros de la Corte y del Secretario**

Los conciliadores, los árbitros y el Secretario ejercerán sus funciones con plena independencia. Antes de ocupar su cargo harán una declaración de que ejercerán sus atribuciones con imparcialidad y dedicación.

Artículo 6**Privilegios e inmunidades**

Los conciliadores, los árbitros, el Secretario, los agentes y los consejeros de las partes en una controversia, en el ejercicio de sus funciones en el territorio de los Estados partes de la presente Convención, disfrutarán de los privilegios e inmunidades otorgados a las personas que tienen relación con la Corte Internacional de Justicia.

Artículo 7**Mesa de la Corte**

1. La Mesa de la Corte se compondrá de un Presidente, de un Vicepresidente y de otros tres miembros.

2. El Presidente de la Corte será elegido por los miembros de la Corte de entre ellos mismos. El Presidente presidirá la Mesa.

3. Los conciliadores y los árbitros elegirán de entre ellos mismos dos miembros de la Mesa y sus suplentes.

4. La Mesa elegirá su Vicepresidente de entre sus miembros. El Vicepresidente será un conciliador si el Presidente es un árbitro, y un árbitro si el Presidente es un conciliador.

5. El Reglamento de la Corte fijará las modalidades de elección del Presidente así como de los demás miembros de la Mesa y sus suplentes.

Artículo 8

Procedimiento de toma de decisiones

1. Las decisiones de la Corte se adoptarán por mayoría de los miembros que participen en la votación. Los que se abstengan no serán considerados como participantes en la votación.
2. Las decisiones de la Mesa se adoptarán por mayoría de votos de sus miembros.
3. Las decisiones de las Comisiones de conciliación y de los Tribunales arbitrales se adoptarán por mayoría de votos de sus miembros, los cuales no podrán abstenerse de votar.
4. En caso de empate, prevalecerá el voto del Presidente.

Artículo 9

El Secretario

La Corte nombrará a su Secretario y procederá al nombramiento de otros funcionarios que sean necesarios. El estatuto del personal de la Secretaría será elaborado por la Mesa y aprobado por los Estados partes en esta Convención.

Artículo 10

Sede

1. La Corte tendrá su sede en Ginebra.
2. A petición de las partes en la controversia y con el acuerdo de la Mesa, una Comisión de conciliación o un Tribunal arbitral podrá reunirse en otro lugar.

Artículo 11

Reglamento de la Corte

1. La Corte adoptará su propio Reglamento, que será sometido a la aprobación de los Estados partes en la presente Convención.
2. El Reglamento de la Corte establecerá especialmente las reglas de procedimiento aplicables por las Comisiones de conciliación y los Tribunales arbitrales constituidos en virtud de la presente Convención. El Reglamento precisará las reglas que no podrán ser derogadas por acuerdo entre las partes en la controversia.

Artículo 12

Idiomas de trabajo

El Reglamento de la Corte establecerá las reglas aplicables al empleo de los idiomas.

Artículo 13

Protocolo financiero

Sin perjuicio de las disposiciones del artículo 17, todos los gastos de la Corte serán sufragados por los Estados partes en la presente Convención. Las disposiciones para el cálculo de los gastos; para la preparación y aprobación del presupuesto anual de la Corte; para el reparto de los gastos entre los Estados partes en la presente Convención; para la auditoría de las cuentas de la Corte; y para asuntos conexos, figurarán en un Protocolo Financiero que deberá ser aprobado por el Comité de Altos Funcionarios. Todo Estado quedará obligado por el Protocolo al convertirse en parte de la presente Convención.

Artículo 14

Informe periódico

La Mesa presentará anualmente al Consejo de la CSCE, por conducto del Comité de Altos Funcionarios, un informe sobre las actividades llevadas a cabo en virtud de esta Convención.

Artículo 15

Información sobre las peticiones de conciliación o arbitraje

El Secretario de la Corte informará a la Secretaría de la CSCE de todas las peticiones de conciliación o arbitraje, para su inmediata transmisión a los Estados participantes en la CSCE.

Artículo 16

Comportamiento de las partes — Medidas provisionales

1. Durante el procedimiento, las partes en la controversia se abstendrán de cualquier acción que pueda agravar la situación o hacer más difícil o impedir la solución de la controversia.

2. La Comisión de Conciliación podrá llamar la atención de las partes en la controversia que le ha sido sometida acerca de las medidas que podrían tomar para impedir que se agrave la controversia o que se haga más difícil su solución.

3. El Tribunal Arbitral constituido para una controversia podrá prescribir las medidas provisionales que deban tomar las partes en la controversia de conformidad con las disposiciones del párrafo 4 del artículo 26.

Artículo 17

Costos del procedimiento

Las partes en una controversia y toda parte que intervenga en ella sufragarán sus propios gastos.

CAPITULO II COMPETENCIA

Artículo 18

Competencia de la Comisión y del Tribunal

1. Cualquier Estado parte en la presente Convención podrá someter a una Comisión de conciliación toda diferencia con otro Estado parte que no hubiese podido ser solucionada en un plazo razonable por medio de negociación.

2. Podrán someterse controversias a un Tribunal arbitral en las condiciones previstas en el artículo 26.

Artículo 19

Mantenimiento de los métodos de arreglo existentes

1. Una Comisión de conciliación o un Tribunal arbitral constituidos para la solución de una controversia no seguirán adoptando medidas en los casos siguientes:

- a) Si previamente a su sometimiento a la Comisión o al Tribunal, la controversia ha sido sometida a una corte o tribunal cuya jurisdicción con respecto a la controversia deba ser aceptada obligatoriamente por las partes, o si esa instancia ha dictado ya una decisión sobre la controversia;
- b) Si las partes en la controversia han aceptado de antemano la jurisdicción exclusiva de un órgano jurisdiccional que no sea un Tribunal, de conformidad con la presente Convención, el cual posea jurisdicción para solventar, con fuerza vinculante, la controversia que le ha sido sometida, o si las partes han convenido en buscar la solución de la controversia exclusivamente por otros medios.

2. Una Comisión de conciliación constituida para una controversia no seguirá adoptando medidas si, incluso después de su sometimiento, una de las partes o todas las partes someten la controversia a una corte o tribunal cuya jurisdicción con respecto a la controversia tenga fuerza obligatoria para las partes.

3. Una Comisión de Conciliación postergará su intervención si la controversia se ha sometido previamente a otro órgano que tenga competencia para formular propuestas sobre la misma controversia. Si esos esfuerzos previos no han permitido solucionar la controversia, la Comisión reanudará sus trabajos a petición de las partes en la controversia o de una de ellas, sin perjuicio de la aplicación de las disposiciones del artículo 26, párrafo 1.

4. Un Estado podrá, en el momento de la firma, ratificación o adhesión, hacer una reserva a la presente Convención con la finalidad de asegurar la compatibilidad del mecanismo de solución de controversias que esta Convención establece con otros modos de solución de controversias resultantes de compromisos internacionales aplicables a ese Estado.

5. Si, en cualquier momento, las partes alcanzan una solución a su controversia, la Comisión o el Tribunal retirará la controversia de su lista, al recibir notificación escrita de todas las partes de que han llegado a un arreglo de la controversia.

6. En caso de desacuerdo entre las partes en una controversia sobre la competencia de la Comisión o del Tribunal, la cuestión será decidida por la Comisión o el Tribunal.

CAPITULO III LA CONCILIACION

Artículo 20

Demanda de creación de una Comisión de conciliación

1. Todo Estado parte en la presente Convención podrá dirigir al Secretario una solicitud para que se constituya una Comisión de conciliación para tratar de una controversia entre él y uno o más Estados partes. Igualmente, dos o más Estados partes podrán dirigir de manera conjunta una demanda al Secretario.

2. La creación de una Comisión de conciliación podrá ser pedida también por vía de acuerdo entre dos o más Estados partes o entre uno o más Estados partes y uno o más Estados participantes en la CSCE. El acuerdo se notificará al Secretario.

Artículo 21

Establecimiento de la Comisión de Conciliación

1. Cada parte en la controversia designará, de la lista de conciliadores establecida de conformidad con el artículo 3, un conciliador para que forme parte de la Comisión.

2. Cuando más de dos Estados sean partes en la misma controversia, los Estados que aleguen el mismo interés podrán convenir en nombrar un solo conciliador. Si no se pusieran de acuerdo, cada una de las dos partes en la controversia designará el mismo número de conciliadores hasta un máximo fijado por la Mesa.

3. Todo Estado que es parte en una controversia sometida a una Comisión de Conciliación y que no es parte en esta Convención, podrá nombrar una persona para formar parte de la Comisión, bien de entre la lista de conciliadores establecida conforme a las disposiciones del artículo 3, bien entre otras personas que sean nacionales de un Estado participante en la CSCE. En este caso, a los efectos del examen de la controversia, estas personas tendrán los mismos derechos y las mismas obligaciones que los otros miembros de la Comisión. Ejercerán sus funciones con entera independencia y, antes de entrar a formar parte de la Comisión, harán la declaración prevista en el artículo 5.

4. Tan pronto como se reciba la solicitud o el acuerdo por el que las partes en una controversia piden la creación de una Comisión de Conciliación, el Presidente de la Corte consultará a las partes en la controversia acerca de la composición del resto de la Comisión.

5. La Mesa designará otros tres conciliadores para que formen parte de la Comisión. La Mesa podrá incrementar o reducir ese número a condición de que sea impar. Los miembros de la Mesa y sus suplentes que figuren en la lista de conciliadores, estarán habilitados para formar parte de la Comisión.

6. La Comisión elegirá su Presidente entre los miembros designados por la Mesa.

7. El Reglamento de la Corte establecerá los procedimientos aplicables si se planteara una objeción contra uno de los miembros designados para formar parte de la Comisión o si ese miembro se viere impedido o rehusara formar parte al inicio o en el curso del procedimiento.

8. Cualquier cuestión relativa a la aplicación del presente artículo será decidida por la Mesa como cuestión preliminar.

Artículo 22

Procedimiento para el establecimiento de una Comisión de conciliación

1. Si la creación de una Comisión de conciliación se pide en virtud de una solicitud, ésta deberá exponer el objeto de la controversia, el nombre de la parte o partes contra quienes se dirige la solicitud, y el nombre del conciliador o de los conciliadores designados por la parte o partes solicitante(s) en la controversia. La solicitud deberá indicar también brevemente los medios de arreglo a que se haya recurrido previamente.

2. Tan pronto como se haya recibido la solicitud, el Secretario lo notificará a la otra u otras partes en la controversia mencionadas en la misma. Dentro de un plazo de quince días a partir de la notificación, la otra u otras partes en la controversia designarán al conciliador o conciliadores de su elección para formar parte de la Comisión. Si dentro de ese plazo, una o más partes en la controversia no hubieran designado todavía al miembro o miembros de la Comisión que deban designar, la Mesa designará el número adecuado de conciliadores. Esa designación se hará entre los conciliadores designados de conformidad con el artículo 3 por la parte o cada una de las partes involucradas en la controversia o, si las partes no hubieran designado conciliadores, entre los otros conciliadores no designados por la otra parte o partes en la controversia.

3. Si la creación de una Comisión de conciliación fuera pedida por acuerdo, éste expondrá el objeto de la controversia. Si no hubiera acuerdo, en todo o en parte, con respecto al objeto de la controversia, cada una de las partes en la misma podrá exponer su propia postura con respecto a ella.

4. Al mismo tiempo que las partes piden la creación de una Comisión de conciliación por acuerdo, cada parte notificará al Secretario el nombre del conciliador o conciliadores que haya designado para formar parte de la Comisión.

Artículo 23

Procedimiento de Conciliación

1. Los trámites de conciliación serán confidenciales y todas las partes en la controversia tendrán derecho a ser oídas. Sin perjuicio de las disposiciones de los artículos 10 y 11 y del Reglamento de la Corte, la Comisión de Conciliación determinará el procedimiento tras consultas con las partes en la controversia.

2. Si las partes en la controversia están de acuerdo, la Comisión de Conciliación podrá invitar a participar en el procedimiento a cualquier Estado parte en la presente Convención que tenga interés en la solución de la controversia.

Artículo 24

Objetivo de la Conciliación

La Comisión de Conciliación asistirá a las partes en la controversia en la búsqueda de un arreglo conforme al derecho internacional y a los compromisos de la CSCE.

Artículo 25

Resultado de la Conciliación

1. Si en el curso del procedimiento las partes en la controversia llegaran, con la ayuda de la Comisión de Conciliación, a una solución mutuamente aceptable, consignarán los términos de esta solución en una relación de conclusiones firmada por sus representantes y por los miembros de la Comisión. La firma de este documento pondrá fin al procedimiento. El Comité de Altos Funcionarios informará al Consejo de la CSCE del éxito de la conciliación.

2. Cuando la Comisión de Conciliación estime que se han explorado todos los aspectos de la controversia y todas las posibilidades de solución, elaborará un informe final. Este informe contendrá las propuestas de la Comisión para facilitar una solución de la controversia por medios pacíficos.

3. El informe de la Comisión de Conciliación será notificado a las partes en la controversia, que dispondrán de un plazo de treinta días para examinarlo y dar a conocer al Presidente de la Comisión si aceptan o no la solución propuesta.

4. Si una parte en una controversia no aceptara la solución propuesta, la otra u otras partes dejarán de estar vinculadas por su aceptación.

5. Si en el plazo establecido en el párrafo 3, las partes en la controversia no hubieran aceptado la solución propuesta, se transmitirá el informe al Consejo de la CSCE, por conducto del Comité de Altos Funcionarios.

6. Se redactará asimismo un informe en el que se comunicarán inmediatamente al Consejo de la CSCE por conducto del Comité de Altos Funcionarios las circunstancias en que una parte no haya comparecido para la conciliación o haya renunciado al procedimiento una vez iniciado.

CAPITULO IV

ARBITRAJE

Artículo 26

Petición de establecimiento de un Tribunal Arbitral

1. Se podrá formular una petición de arbitraje en cualquier momento, por vía de acuerdo entre dos o mas Estados partes en la presente Convención, o entre uno o varios Estados partes en la misma y uno o más Estados participantes en la CSCE.

2. Los Estados partes en la presente Convención podrán declarar en cualquier momento, mediante una notificación dirigida al Estado depositario, que reconocen como obligatoria de inmediato y sin necesidad de acuerdo especial, la jurisdicción de un Tribunal Arbitral bajo reserva de reciprocidad. Se podrá hacer esta declaración por un periodo indefinido o por un plazo determinado; podrá abarcar todas las controversias o excluir las que susciten cuestiones relativas a la integridad territorial, la defensa nacional, un título de soberanía sobre el territorio terrestre, o reivindicaciones concurrentes en lo que respecta a la jurisdicción sobre otras zonas.

3. Sólo se podrá formular una petición de arbitraje por vía de solicitud dirigida al Secretario de la Corte contra un Estado parte en la presente Convención que haya hecho la declaración prevista en el párrafo 2 una vez transcurridos treinta días después de que la Comisión de Conciliación encargada de examinar la controversia haya transmitido su informe al Consejo de la CSCE en aplicación de las disposiciones del párrafo 5 del artículo 25.

4. Cuando se someta una controversia a un Tribunal Arbitral en virtud del presente artículo, el Tribunal podrá, por su propia iniciativa o a petición de las partes en la controversia o de una de ellas, prescribir las medidas provisionales que hayan de tomarse por las partes en la controversia para impedir que ésta se agrave, que su solución se haga más difícil o que un laudo arbitral ulterior del Tribunal pueda ser inaplicable a consecuencia de la actitud de una o más de las partes en la controversia.

Artículo 27

Casos sometidos a un Tribunal Arbitral

1. Si se formula una petición de arbitraje por vía de acuerdo, éste precisará el objeto de la controversia. De no haber acuerdo en todo o en parte con el objeto de la controversia, cada parte en ella podrá formular su propia postura al respecto.

2. Si se formula una petición de arbitraje por vía de solicitud, ésta precisará el objeto de la controversia, el Estado parte o los Estados partes en la presente Convención contra los cuales se dirige, y los principales elementos de hecho y de derecho en los que se fundamenta. Tan pronto como se reciba la solicitud, el Secretario la notificará al otro Estado parte u otros Estados partes que la solicitud mencione.

Artículo 28

Establecimiento del Tribunal Arbitral

1. Cuando se presente una solicitud de arbitraje, se constituirá un Tribunal Arbitral.

2. Los árbitros nombrados por las partes en la controversia conforme al artículo 4 serán miembros de derecho del Tribunal. Cuando sean partes en la misma controversia más de dos Estados, los que aleguen los mismos intereses podrán por mutuo acuerdo nombrar a un solo árbitro.

3. La Mesa designará entre los árbitros, para formar parte del Tribunal, un número de miembros superior por lo menos en una unidad al número de miembros de derecho. Los miembros de la Mesa y sus suplentes que figuren en la lista de árbitros estarán habilitados para formar parte del Tribunal.

4. En caso de impedimento de un miembro de derecho o si éste ha tenido que conocer anteriormente por cualquier concepto del asunto objeto de la controversia sometida al Tribunal, se

sustituirá a ese miembro por su suplente. Si el suplente se encuentra en la misma situación, el Estado en cuestión procederá a la designación de un miembro, para que examine la controversia, según los términos y las condiciones especificadas en el párrafo 5. En caso de duda sobre la capacidad de un miembro o de su suplente para formar parte del Tribunal, decidirá la Mesa.

5. Todo Estado que es parte en una controversia sometida a un Tribunal Arbitral y que no es parte en esta Convención, podrá nombrar una persona para formar parte del Tribunal, bien de entre la lista de árbitros establecida conforme a las disposiciones del artículo 4, bien entre otras personas que sean nacionales de un Estado participante en la CSCE. En este caso tal persona, que deberá reunir las condiciones previstas en el párrafo 2 del artículo 4, tendrá, a efectos del examen de la controversia, los mismos derechos y obligaciones que los otros miembros del Tribunal. Ejercerá sus funciones con entera independencia y antes de formar parte del Tribunal hará la declaración prevista en el artículo 5.

6. El Tribunal designará su Presidente entre los miembros designados por la Mesa.

7. Si en el curso del procedimiento se produce el impedimento de uno de los miembros del Tribunal nombrado por la Mesa, no se procederá a su sustitución, salvo en la hipótesis de que el número de miembros designados por la Mesa llegue a ser inferior al de miembros de derecho o designados por las partes en la controversia de conformidad con el párrafo 5. En este caso, la Mesa designará uno o varios miembros en aplicación de los párrafos 3 y 4 del presente artículo. A menos que el miembro que falte sea el Presidente del Tribunal, no se procederá a la elección de un nuevo Presidente en el caso de designación de uno o varios nuevos miembros.

Artículo 29

Procedimiento de Arbitraje

1. Todas las partes en la controversia tendrán derecho a ser oídas durante el procedimiento de arbitraje, el cual se conformará a los principios de un juicio justo. El procedimiento comprenderá una fase escrita y una fase oral.

2. El Tribunal Arbitral dispondrá, con respecto a las partes en la controversia, de los poderes de instrucción e investigación que sean necesarios para el cumplimiento de su tarea.

3. Cualquier Estado participante en la CSCE que estime tener un interés particular de carácter jurídico al que pueda afectar la actuación del Tribunal, podrá dirigir al Secretario de la Corte, dentro de los quince días siguientes a la notificación de la Secretaría de la CSCE que se menciona en el artículo 15, una petición a efectos de intervención. Se transmitirá inmediatamente esta petición a las partes en la controversia y al Tribunal constituido para examinar la controversia.

4. Si el Estado interviniente establece la existencia de un interés jurídico de esa índole, el tribunal le autorizará a participar en el procedimiento en la medida necesaria para la protección de dicho interés. La parte pertinente de la decisión del Tribunal vinculará al Estado interviniente.

5. Las partes en la controversia dispondrán de un plazo de treinta días para hacer llegar al Tribunal sus observaciones sobre la petición de intervención. El Tribunal se pronunciará sobre la admisibilidad de tal petición.

6. Los debates ante el Tribunal se desarrollarán a puerta cerrada, salvo que a petición de las partes en la controversia el Tribunal decida lo contrario.

7. Si no compareciesen una o varias de las partes en la controversia, la otra u otras partes en ella podrán pedir al Tribunal que decida a su favor. En este caso, el Tribunal dictará sentencia después de haberse asegurado de que es competente y que los alegatos de la parte o partes que intervienen en la instancia están bien fundados.

Artículo 30

Función del Tribunal Arbitral

La función del Tribunal Arbitral será decidir conforme al derecho internacional las controversias que le sean sometidas. La presente disposición no restringe la facultad del Tribunal de resolver *ex aequo et bono* si las partes en la controversia están de acuerdo.

Artículo 31

Laudo arbitral

1. El laudo del Tribunal Arbitral deberá ser motivado. En caso de no representar total o parcialmente la opinión unánime de los miembros del Tribunal Arbitral, todo miembro del mismo tendrá derecho a presentar una opinión distinta o divergente.

2. Sin perjuicio de lo dispuesto en el párrafo 4 del artículo 29, la sentencia del Tribunal sólo tendrá fuerza vinculante para las partes en litigio y respecto al caso de que se trate.

3. El laudo es devinitivo y no puede ser objeto de recurso. Sin embargo, las partes en la controversia o una de ellas podrán pedir al Tribunal que proceda a su interpretación respecto a su significado y alcance. Salvo que las partes en la controversia acuerden otra cosa, dicha petición deberá formularse en un plazo máximo de seis meses una vez comunicado el laudo. El Tribunal procederá a esta interpretación en el plazo más breve posible después de haber recibido las observaciones de las partes en la controversia.

4. Sólo se puede pedir la revisión del laudo en virtud del descubrimiento de un hecho que pueda ejercer una influencia decisiva y que, antes del laudo, fuera desconocido para el Tribunal y de la parte o partes en la controversia que pidan la revisión. La solicitud de revisión deberá formularse en un plazo máximo de seis meses después de descubrirse los nuevos hechos. No podrá presentarse ninguna petición de revisión tras haber transcurrido diez años después de pronunciado el laudo.

5. El examen de la petición de interpretación o de solicitud de revisión se efectuará en la medida de lo posible por el Tribunal que haya dictado el laudo; si la Mesa comprueba que esto es imposible, se procederá a la constitución de un nuevo Tribunal en aplicación de las disposiciones del artículo 28.

Artículo 32

Publicación del laudo arbitral

El Secretario dará publicación al laudo. Se transmitirá una copia certificada conforme a las partes en la controversia y al Consejo de la CSCE, por conducto del Comité de Altos Funcionarios.

CAPITULO V

DISPOSICIONES FINALES

Artículo 33

Firma y entrada en vigor

1. La presente Convención estará abierta a la firma de los Estados participantes en la CSCE hasta el 31 de marzo de 1993. La Convención estará sometida a ratificación.

2. Los Estados participantes en la CSCE que no hubiesen firmado la presente Convención podrán adherirse a ella ulteriormente.

3. La presente Convención entrará en vigor dos meses después de haberse depositado el duodécimo instrumento de ratificación o de adhesión.

4. Para todo Estado que ratifique o se adhiera después de haberse depositado el duodécimo instrumento de ratificación o adhesión, la presente Convención entrará en vigor dos meses después de haber depositado su respectivo instrumento de ratificación o adhesión.

5. El Gobierno de Suecia ejercerá las funciones de Depositario de la Convención.

Artículo 34

Reservas

La presente Convención no podrá ser objeto de reservas salvo las que ella autoriza expresamente.

Artículo 35

Enmiendas

1. Las enmiendas a la presente Convención deberán adoptarse de conformidad con los párrafos siguientes.

2. Podrá proponer enmiendas a la presente Convención cualquier Estado parte en ella, comunicándolo el Depositario a la Secretaría de la CSCE para su transmisión a los Estados participantes en la CSCE.

3. Si el Consejo de la CSCE adoptara el texto de la enmienda propuesta, el Depositario transmitirá ese texto a los Estados partes en la presente Convención para su aceptación de conformidad con sus respectivas exigencias constitucionales.

251 der Beilagen

91

4. Esas enmiendas entrarán en vigor treinta días después de que todos los Estados partes de la presente Convención hayan informado al Depositario de su aceptación.

Artículo 36**Denuncia**

1. Todo Estado parte en la presente Convención puede, en todo momento, denunciar la presente Convención, notificándolo al Depositario.

2. Dicha denuncia entrará en vigor un año después de la fecha de recepción de la notificación por el Depositario.

3. No obstante, la presente Convención seguirá siendo aplicable para la parte denunciante con respecto a los procedimientos que estén iniciados en el momento de entrada en vigor de la denuncia. Dichos procedimientos se continuarán hasta su conclusión.

Artículo 37**Notificaciones y comunicaciones**

Las notificaciones y comunicaciones del Depositario se comunicarán al Secretario y a la Secretaría de la CSCE, para su ulterior transmisión a los Estados participantes en la CSCE.

Artículo 38**Estados no partes**

De acuerdo con el derecho internacional, se confirma que nada de lo que figura en la presente Convención podrá interpretarse para establecer cualquier tipo de obligaciones o compromisos para los Estados participantes en la CSCE que no sean partes en la presente Convención, si no se ha manifestado así expresamente y ha sido expresamente aceptado por escrito por dichos Estados.

Artículo 39**Disposiciones transitorias**

1. Dentro de los cuatro meses siguientes a la entrada en vigor de la presente Convención, la Corte procederá a la elección de su Mesa, la adopción de su Reglamento y el nombramiento del Secretario, en aplicación de las disposiciones de los artículos 7, 9 y 11. El Gobierno anfitrión de la Corte adoptará las disposiciones necesarias en colaboración con el Depositario.

2. Hasta que no se haya designado el Secretario, las funciones del mismo en virtud del párrafo 5 del artículo 3 y del párrafo 7 del artículo 4 serán desempeñadas por el Depositario.

Hecho en Estocolmo, en los idiomas alemán, español, francés, inglés, italiano y ruso, dando igualmente fe los seis textos, el 15 de Diciembre de 1992.

PROTOCOLO FINANCIERO ESTABLECIDO DE CONFORMIDAD CON EL ARTICULO 13 DEL CONVENIO DE CONCILIACION Y ARBITRAJE EN LA CSCE**Artículo 1****Costos del Tribunal**

1. Todos los costos del Tribunal establecido por el Convenio de Conciliación y Arbitraje en la CSCE (en adelante «el Convenio») correrán a cargo de los Estados partes en el Convenio. Los costos de los conciliadores y árbitros correrán a cargo del Tribunal.

2. Las obligaciones del Estado anfitrión con respecto a los gastos relativos a los locales y material que haya de utilizar el Tribunal, su mantenimiento, seguros, seguridad y servicios se establecerán en un canje de cartas entre el Tribunal, actuando con el consentimiento y en nombre de los Estados partes en el Convenio, y el país anfitrión.

Artículo 2**Contribuciones al Presupuesto del Tribunal**

1. Las contribuciones al presupuesto del Tribunal se repartirán entre los Estados partes en el Convenio de conformidad con la escala de distribución de gastos aplicable en el marco de la CSCE,

ajustándolas para tomar en consideración la diferencia entre el número de Estados participantes en la CSCE y el de los Estados partes en el Convenio.

2. Si un Estado ratifica el Convenio o se adhiere al mismo después de su entrada en vigor, su contribución será igual, por el año financiero en curso, a una doceava parte de su porción de la escala ajustada, tal como ha sido fijada de conformidad con el párrafo 1 del presente Artículo, por cada mes completo de ese año financiero que falte después de la fecha en que el Convenio entre en vigor para dicho Estado.

3. Si un Estado que no es parte en el Convenio presenta una controversia ante el Tribunal en aplicación de las disposiciones del párrafo 2 del artículo 20, o del párrafo 1 del artículo 26, del Convenio, contribuirá a la financiación del presupuesto del Tribunal, por el tiempo que dure el procedimiento, como si fuera parte en el Convenio.

Para la aplicación de este párrafo, se presumirá que la conciliación comienza el día en que el Secretario reciba notificación del acuerdo de las partes para establecer una Comisión y terminará el día en que la Comisión notifique su informe a las partes. Si una parte se retirara del procedimiento, el procedimiento se considerará terminado el día de notificación del informe especificado en el párrafo 6 del artículo 25 del Convenio. Se presumirá que los procedimientos de arbitraje comienzan el día que el Secretario reciba notificación del acuerdo de las partes para establecer un Tribunal y terminará el día en que el Tribunal dicte su fallo.

Artículo 3

Año financiero y Presupuesto

1. El año financiero correrá del 1 de enero al 31 de diciembre.
2. El Secretario, actuando de acuerdo con la Mesa del Tribunal, establecerá cada año una propuesta de presupuesto para el Tribunal. La propuesta de presupuesto para el año financiero siguiente se presentará a los Estados partes en el Convenio antes del 15 de septiembre.
3. El presupuesto será aprobado por los representantes de los Estados partes en el Convenio. La consideración y aprobación del presupuesto tendrá lugar en Viena, salvo que los Estados partes en el Convenio acuerden otra cosa. Al aprobarse el presupuesto para el año financiero, el Secretario solicitará de los Estados partes en el Convenio que remitan sus contribuciones.
Si el presupuesto no fuera aprobado al 31 de diciembre, el Tribunal actuará sobre la base del presupuesto anterior y, sin perjuicio de ulteriores ajustes, el Secretario pedirá a los Estados partes en el Convenio que remitan sus contribuciones de conformidad con ese presupuesto.
El Secretario pedirá a los Estados partes en el Convenio que entreguen el cincuenta por ciento de sus contribuciones al 1 de enero y el cincuenta por ciento restante al 1 de abril.
4. Salvo decisión en contrario de los representantes de los Estados partes en el Convenio, el presupuesto se establecerá en francos suizos y las contribuciones de los Estados se abonarán en dicha moneda.
5. Un Estado que ratifique el Convenio o se adhiera al mismo después de su entrada en vigor pagará su primera contribución al presupuesto dentro de los dos meses siguientes a la petición del Secretario.
6. Los Estados que, sin ser partes en el Convenio, hayan presentado una controversia ante el Tribunal, deberán pagar su contribución dentro de los dos meses siguientes a la petición del Secretario.
7. El año en que el Convenio entre en vigor, los Estados partes en el Convenio deberán pagar su contribución al presupuesto dentro de los dos meses siguientes a la fecha de depósito del duodécimo instrumento de ratificación del Convenio. Este presupuesto ha sido fijado provisionalmente en 250.000 francos suizos.

Artículo 4

Obligaciones, pagos y revisión del Presupuesto

1. El presupuesto aprobado constituirá una autorización para el Secretario, actuando bajo la responsabilidad de la Mesa del Tribunal, para contraer obligaciones y efectuar pagos hasta las cantidades asignadas y para los objetivos aprobados.
2. El Secretario, actuando bajo la responsabilidad de la Mesa del Tribunal, estará autorizado a efectuar transferencias entre partidas y subpartidas de hasta un quince por ciento de las mismas. El Secretario informará de toda esas transferencias en relación con la declaración financiera mencionada en el Artículo 9 del presente Protocolo.

251 der Beilagen

93

3. Las obligaciones que queden impagadas al término del año financiero se pasarán al año financiero siguiente.

4. El Secretario, si se viera obligado a ello por las circunstancias y después de un examen detenido de los recursos disponibles con miras a determinar ahorros, estará autorizado a presentar, para su aprobación por los representantes de los Estados partes en el Convenio, un presupuesto revisado que podrá incluir peticiones de asignaciones suplementarias.

5. Todo superávit de un año financiero determinado se deducirá de las contribuciones asignadas para del año financiero siguiente al año en que las cuentas hayan sido aprobadas por los representantes de los Estados partes en el Convenio. Todo déficit será cargado al año financiero siguiente a menos que los representantes de los Estados partes en el Convenio decidan establecer contribuciones suplementarias.

Artículo 5**Fondo de operaciones**

En caso de que los Estados partes en el Convenio lo estimen necesario se creará un fondo de operaciones. Este se constituirá con aportaciones de los Estados partes en el Convenio.

Artículo 6**Dietas y anticipos nominales sobre los honorarios**

1. Los miembros de la Mesa del Tribunal, de las Comisiones de Conciliación y de los Tribunales de Arbitraje recibirán dietas por cada día que ejerzan sus funciones.

2. Los miembros de la Mesa del Tribunal recibirán adicionalmente un anticipo nominal anual sobre los honorarios.

3. La dieta y el anticipo nominal anual sobre los honorarios serán fijados por los representantes de los Estados partes en el Convenio.

Artículo 7**Sueldos, Seguridad Social y Pensiones**

1. El Secretario y cualquier otro miembro del personal designado de conformidad con el Artículo 9 del Convenio recibirán un sueldo que será fijado por los representantes de los Estados partes en el Convenio.

2. El personal de la Secretaría se limitará al mínimo estrictamente necesario para garantizar el funcionamiento del Tribunal.

3. Los representantes de los Estados partes en el Convenio asegurarán que el Secretario y el personal de la Secretaría disfruten de un plan de seguridad social y de pensiones de jubilación adecuadas.

Artículo 8**Gastos de viaje**

1. Los miembros de la Mesa del Tribunal, de las comisiones de Conciliación y de los Tribunales de Arbitraje, así como el Secretario y el personal de la Secretaría, recibirán el pago de los viáticos que sean absolutamente necesarios para el ejercicio de sus funciones.

2. Los gastos de viaje incluirán los gastos de transporte reales, incluidos los gastos normalmente relacionados con el transporte, y un viático que cubra todos los gastos de comidas, alojamiento, honorarios y gratificaciones, así como otros gastos personales. El viático será fijado por los representantes de los Estados partes en el Convenio.

Artículo 9**Registros y Cuentas**

1. El Secretario, actuando bajo la autoridad de la Mesa del Tribunal, se asegurará de que se lleven los oportunos registros y cuentas de las transacciones y que todos los pagos sean debidamente autorizados.

2. El Secretario, actuando bajo la autoridad de la Mesa del Tribunal, presentará a los Estados partes en el Convenio, no más tarde del 1 de marzo, un estado financiero que indique para el año anterior:

- a) los ingresos y gastos relativos a todas las cuentas;
- b) la situación con respecto a las asignaciones del presupuesto;
- c) los activos y obligaciones financieros al final del año financiero.

Artículo 10

Auditoría

1. Las cuentas del Tribunal serán revisadas por dos auditores de diferentes nacionalidades, designados por períodos renovables de tres años por los representantes de los Estados partes en el Convenio.

Las personas que figuren o hayan figurado en las listas de conciliadores o árbitros o que hayan recibido pago del Tribunal en aplicación del Artículo 7 del presente Protocolo, no podrán ser auditores.

2. Los auditores efectuarán revisiones de cuentas anuales. En particular, controlarán la exactitud de los libros, la declaración de activos y obligaciones y las cuentas. Las cuentas habrán de estar dispuestas para la auditoría e inspección anuales no más tarde del 1 de marzo.

3. Los auditores ejercerán esas revisiones cuando lo estimen necesario para certificar:

- a) que el estado financiero anual presentado es correcto y conforme con los libros y registros del Tribunal,
- b) que las transacciones financieras registradas en ese estado financiero han sido efectuadas de conformidad con las normas pertinentes, las disposiciones presupuestarias y otras directivas que puedan aplicarse, y
- c) que los fondos en depósito y en caja han sido comprobados mediante certificados recibidos directamente de los depositarios o mediante arqueo efectivo.

4. El Secretario dará a los auditores toda la asistencia y facilidades que sean necesarias para el debido ejercicio de sus funciones. En particular, los auditores tendrán libre acceso a los libros de cuentas, registros y documentos que, en su opinión, sean necesarios para la revisión.

5. Los auditores deberán elaborar anualmente un informe que certifique las cuentas y exponga los comentarios justificados por la revisión. Dentro de este contexto podrán formular también las observaciones que estimen necesarias con respecto a la eficacia de los procedimientos financieros, el sistema de contabilidad y el control financiero interno.

6. El informe se someterá a los representantes de los Estados partes en el Convenio no más tarde de cuatro meses después del final del año financiero a que se refieran las cuentas. El informe se transmitirá antes al Secretario a fin de que éste disponga por lo menos de quince días para facilitar las explicaciones y justificaciones que estime necesarias.

7. Además de la revisión anual, los auditores tendrán libre acceso en todo momento para controlar los libros, la declaración de activos y obligaciones y las cuentas.

8. Sobre la base del informe de la revisión, los representantes de los Estados partes en el Convenio indicarán su aceptación del estado financiero anual o tomarán cualquier otra medida que estimen apropiada.

Artículo 11

Cuenta de Desembolsos Especiales

1. Los Estados partes en el Convenio podrán establecer una cuenta de desembolsos especiales destinada a reducir los costos de procedimiento para los Estados partes en controversias sometidas al Tribunal que tengan dificultades para pagar esos costos. Dicha cuenta se constituirá con contribuciones voluntarias de los Estados partes en el Convenio.

2. Un Estado parte en una controversia sometida al Tribunal que desee recibir fondos de esa cuenta de desembolso especial, deberá presentar una solicitud al Secretario, con una declaración detallada de los costos de procedimiento previstos.

La Mesa del Tribunal examinará la petición y transmitirá su recomendación a los representantes de los Estados partes en el Convenio quienes decidirán si procede aceptar dicha solicitud y en qué medida.

Después de haberse examinado el caso, el Estado que haya recibido fondos de la cuenta de desembolsos especiales, enviará al Secretario, para su estudio por la Mesa, una declaración detallada de los gastos de procedimiento realmente causados y procederá, si fuera necesario, a reembolsar las cantidades que superen los costos reales.

Artículo 12**Toma de decisiones**

Todas las decisiones que, conforme al presente Protocolo, tomen los Estados partes en el Convenio o sus representantes se tomarán por consenso.

Artículo 13**Enmiendas**

Las enmiendas al presente Protocolo se adoptarán de conformidad con las disposiciones del Artículo 35 del Convenio. La Mesa del Tribunal podrá comunicar su opinión sobre las enmiendas propuestas a la Secretaría de la CSCE para su transmisión a los Estados participantes en la CSCE.

El presente Protocolo hecho en alemán, español, francés, inglés, italiano y ruso, siendo todos los textos igualmente auténticos, fue adoptado por el Comité de Altos Funcionarios en Praga, el 28 de abril de 1993 de conformidad con el Artículo 13 del Convenio de Conciliación y Arbitraje en la CSCE, y quedará depositado ante el Gobierno de Suecia.

VORBLATT

Problemstellung:

Das Völkerrecht kennt keine zentralen Durchsetzungsinstanzen; internationale Streitbeilegungsinstrumentarien bedürfen der Zustimmung der einzelnen Staaten.

Problemlösung:

Im Rahmen der KSZE wird mittels dieses Übereinkommens ein Vergleichs- und ein Schiedsverfahren eingerichtet, dem ein Finanzprotokoll angeschlossen ist.

Alternativlösung:

Keine.

EG-Kompatibilität:

Mit Art. 19 wird die Zuständigkeit der Verfahren dieses Übereinkommens dann ausgeschlossen, wenn eine Zuständigkeit des EuGH gegeben ist; dadurch ergibt sich keine Konfliktmöglichkeit mit den Verpflichtungen aus der EU.

Kosten:

Nach den bisherigen Erfahrungen ist mit Kosten in der Größenordnung von 200 000 S jährlich zu rechnen.

Erläuterungen

I.

Allgemeiner Teil

Das vorliegende Übereinkommen ist ein gesetzändernder Staatsvertrag und bedarf der Genehmigung des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG. Die Beschlüsse und Urteile, die auf Grund dieses Übereinkommens gefaßt werden können und bindende Wirkung für Österreich haben, werden durch Art. 9 Abs. 2 B-VG erfaßt. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Beschlußfassung gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Übereinkommen enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen. Da aber Angelegenheiten im selbständigen Wirkungsbereich der Länder durch dieses Übereinkommen berührt werden, ist die Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz BVG erforderlich.

Neben der deutschen Sprachfassung sind auch die englische, französische, italienische, russische und spanische authentisch. Gegenstand der Genehmigung sind alle diese Sprachfassungen. Aus verwaltungsökonomischen Gründen wird aber lediglich die deutsche Sprachfassung vorgelegt. Die übrigen authentischen Sprachfassungen werden in je einem Exemplar zur Auflage in der Parlamentsdirektion zwecks allfälliger Einsichtnahme bereitgestellt (§ 23 Abs. 2 Geschäftsordnungsgesetz 1975). Die Kundmachung dieser Sprachfassungen soll auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates gemäß Art. 49 Abs. 2 B-VG durch öffentliche Auflage im Völkerrechtsbüro des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten vorgenommen werden.

Schon 1973 schlug die Schweiz im Rahmen der anlaufenden Verhandlungen für die KSZE ein multilaterales Vergleichs- und Schiedsübereinkommen vor. Die Verhandlungen darüber wurden jedoch erst 1978 (mit dem Resultat einer allgemeinen Prinzipienklärung) sowie 1984 fortgesetzt, ohne daß eine Einigung über die Verfahren erreicht werden konnte; insbesondere die kommunistischen Staaten lehnten jegliches Drittparteiverfahren kategorisch ab. Erst nach der grundlegenden Änderung in Zentral- und Osteuropa konnte auf Verhandlungen in La Valetta (Malta) 1991, Helsinki und Genf 1992 die Einigung über den vorliegenden Vertrag erzielt werden (zur Entwicklung siehe G. Hafner, Bemühungen um ein gesamteuropäisches Streitbeilegungssystem im Rahmen der KSZE in: Böckstiegel, Folz, Mössner, Zemanek, Völkerrecht — Recht der internationalen Organisationen — Weltwirtschaftsrecht, 1988, S 147 ff.).

Am 15. Dezember 1992 nahm der KSZE-Rat den Beschluß über die Annahme dieses Übereinkommens, dem auch nichtvertragliche Bestimmungen über vereinfachtes Vergleichsverfahren sowie eines Vergleichs auf Anordnung beigelegt waren, an und legte das Übereinkommen zur Unterzeichnung auf. Zur Ergänzung wurde im März 1993 ein Finanzprotokoll ausgearbeitet, das die damit verbundene Kostenfrage regelt. Das Übereinkommen, dessen integrierender Bestandteil das Finanzprotokoll ist, ist ratifikationsbedürftig und tritt zwei Monate nach der Hinterlegung der 12. Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft. Vorbehalte sind außer den ausdrücklich vorgesehenen nicht zugelassen; weiters ist ein eigenes Verfahren zur Änderung des Übereinkommens vorgesehen, in das auch andere KSZE-Institutionen eingeschaltet sind. Mit Stand 19. Mai 1995 haben fünfzehn Staaten dieses Übereinkommen ratifiziert (Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Kroatien, Liechtenstein, Monaco, Polen, San Marino, Schweden, Schweiz, Slowenien, Tadschikistan und Zypern). Es trat mit 5. Dezember 1994 in Kraft.

Das Übereinkommen sieht ein obligatorisches Vergleichs- und ein fakultatives Schiedsverfahren vor. Zum Unterschied vom Schiedsverfahren, das regelmäßig mit einem die Streitparteien bindenden Schiedsurteil endet, führt das Vergleichsverfahren lediglich zu nicht bindenden Stellungnahmen oder Empfehlungen an die Streitparteien. Institutionell sind die Vergleichskommissionen und das Schiedsgericht miteinander dadurch verbunden, daß sie zusammen den „Vergleichs- und Schiedsgerichtshof“

bilden. Im Interesse der Sparsamkeit ist dessen ständige Struktur klein gehalten. Sie besteht lediglich aus dem Sekretariat mit dem Kanzler an der Spitze. Hinsichtlich der Schlichter und Schiedsrichter wird das „Listensystem“ angewendet: Sobald ein Staat Vertragspartei geworden ist, ernannt er zwei Personen für das Vergleichsverfahren und einen Schiedsrichter (mit Stellvertreter). Aus der von diesen Personen gebildeten Liste wird für einen konkreten Streitfall eine Vergleichskommission bzw. ein Schiedsgericht zusammengesetzt.

Dieses Übereinkommen ist von besonderer Bedeutung deswegen, weil es nicht nur bereits durch sein Bestehen ein Instrument zur Einhaltung des Völkerrechts darstellt (Staaten müssen bei einem allfälligen Verstoß gegen das Völkerrecht immer damit rechnen, daß der verletzte Staat ein Verfahren gegen sie einleitet), sondern zeichnet sich auch dadurch aus, daß mittels des Vergleichsverfahrens die Einhaltung der (nicht normativen) KSZE-Verpflichtungen gefordert werden kann. Somit stellt das Vergleichsverfahren dieses Übereinkommens neben dem Nachfolgetreffen einen zweiten wichtigen Mechanismus zur Einhaltung der KSZE-Verpflichtungen dar, selbst wenn diese im Völkerrecht selbst noch nicht normativ geworden sind.

Zur Sicherung österreichischer Interessen in bezug auf das Streitschlichtungssystem des Europäischen Übereinkommens zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten (BGBl. Nr. 42/1960), das zwischen Österreich und Italien durch den bilateralen Vertrag betreffend die Abänderung des Art. 27 lit. a des Europäischen Übereinkommens zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten im Verhältnis zwischen Österreich und Italien (BGBl. Nr. 395/1992) auf alle Streitigkeiten betreffend Südtirol erstreckt wurde, empfiehlt sich die Abgabe eines Vorbehalts gemäß Art. 19 Abs. 4 der Konvention.

II.

Besonderer Teil

KAPITEL I

Artikel 1

Mit diesem Artikel wird der „Vergleichs- und Schiedsgerichtshof“ errichtet („Gerichtshof“) und werden die beiden Verfahren festgelegt, die im Rahmen dieses Übereinkommens zur Anwendung gelangen: der Vergleich und die Schiedsgerichtsbarkeit, wobei bereits die fakultative Natur des letzteren angedeutet ist.

Artikel 2

Für jedes einzelne Vergleichsverfahren wird eine eigene Vergleichskommission gebildet, die auf Grund einer aus den einzelnen Ernennungen durch die Staaten gebildeten Liste zusammengesetzt wird.

Auch für das Schiedsverfahren wird für jeden einzelnen Fall ein eigenes Schiedsgericht bestellt, das ebenfalls auf Grund einer Liste, jedoch in etwas unterschiedlicher Weise als die Vergleichskommission, zusammengesetzt wird (vgl. Art. 4).

Alle auf den jeweiligen Listen genannten Schlichter und Schiedsrichter zusammen bilden den Gerichtshof.

Artikel 3

Diese Bestimmung regelt die Ernennung der Schlichter: Jeder Vertragsstaat nennt innerhalb von zwei Monaten zwei Schlichter, die entsprechende Qualifikationen aufweisen müssen. Sie werden für sechs Jahre ernannt, können jedoch auch mehr als einmal wiederernannt werden. Die aus diesen Personen gebildete Liste wird an alle KSZE-Staaten (auch die Nichtvertragsstaaten) übermittelt.

Artikel 4

Diese Bestimmung regelt die Ernennung der Schiedsrichter: Jeder Staat ernannt innerhalb von zwei Monaten einen Schiedsrichter sowie einen Stellvertreter; beide Personen können auch Angehörige anderer KSZE-Teilnehmerstaaten sein. Ihre Qualifikation muß ebenfalls der Funktion entsprechen. Zum Unterschied von den Schlichtern können sie, die ebenfalls für sechs Jahre ernannt werden, jedoch nur einmal wiederernannt werden. Auch die aus diesen Personen gebildete Liste wird allen KSZE-Teilnehmerstaaten übermittelt.

Artikel 5

Mit dieser Bestimmung wird die Unabhängigkeit der Schlichter, Schiedsrichter und des Kanzlers gegenüber jedweder Einflußnahme festgelegt.

Artikel 6

Diese Bestimmung gleicht die Privilegien der Schlichter, der Schiedsrichter, der Kanzler sowie der Vertreter der Streitparteien jenen Vorrechten und Immunitäten an, die auch beim Internationalen Gerichtshof (IGH) gewährt werden. Auf diese Weise wird das Privilegien- und Immunitätenabkommen der Vereinten Nationen, das ebenfalls auf den IGH anwendbar ist, sowie das zwischen den Niederlanden und den Vereinten Nationen abgeschlossene Amtssitzabkommen für diesen Gerichtshof rezipiert. Da Österreich Partei des Privilegien- und Immunitätenabkommens der Vereinten Nationen (BGBl. Nr. 126/1957) ist, ist eine nähere Aufstellung der darin enthaltenen anwendbaren Bestimmungen nicht erforderlich. Im übrigen ist auch darauf hinzuweisen, daß das österreichische Bundesgesetz über die Rechtsstellung von Einrichtungen der KSZE in Österreich (BGBl. Nr. 511/1993) auf den Gerichtshof nicht anwendbar ist, da dieser nicht als Institution der KSZE konzipiert ist.

Artikel 7

Die Tätigkeit des Gerichtshofes wird von einem Präsidium geleitet: Die Gesamtheit der Schlichter und Schiedsrichter („Mitglieder des Gerichtshofes“) bildet aus ihrer Mitte das fünfköpfige Präsidium und wählt gemeinsam dessen Präsidenten. Um die gleiche Vertretung der Schlichter und Schiedsrichter im Präsidium zu sichern, wählen diese zwei Gruppen jeweils aus ihren Reihen je zwei Präsidiumsmitglieder und ihre Stellvertreter. Präsident und (der vom Präsidium gewählte) Vizepräsident müssen verschiedenen Gruppen — Schlichtern oder Schiedsrichtern — angehören. Neben seiner Zuständigkeit für administrative Angelegenheiten (zB Anerkennung der Personalordnung für die Kanzlei gemäß Art. 9, regelmäßige Berichterstattung an den Ausschuß höherer Beamter gemäß Art. 14) kommen dem Präsidium auch Eingriffsrechte in das Streiterledigungsverfahren selbst zu; dies insbesondere hinsichtlich der subsidiär zu ernennenden oder neutralen Kommissionsmitglieder (vgl. Art. 21, 22, 25 und 28). Auf diese Weise ist das Präsidium imstande, die Verfahren entscheidend zu beeinflussen, und wird dadurch zum bestimmenden Instrument dieser Streitbeilegungsmechanismen.

Artikel 8

Die Entscheidungen der vorgesehenen Organe werden jeweils mit Stimmenmehrheit getroffen, wobei Beschlüsse des Präsidiums, der Vergleichskommission sowie des Schiedsgerichts mit der Mehrheit der Mitglieder, jenes des Gerichtshofes lediglich mit der Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder gefaßt werden (auf diese Weise soll die Entscheidungsfähigkeit des Gerichtshofes erhalten bleiben, falls einige seiner Mitglieder nicht anwesend sein können).

Artikel 9

Die Geschäfte des Gerichtshofes werden insbesondere vom Kanzler geleitet. Die Personalordnung für die Kanzlei wird zwar vom Präsidium ausgearbeitet; den Vertragsstaaten ist jedoch ihre Annahme vorbehalten, damit diese eine Kontrolle vor allem über den Personalstand ausüben können.

Artikel 10

Als Sitz des Gerichtshofs wurde in Anerkennung der seit 1972 währenden Bemühungen der Schweiz um die Fertigstellung dieses Übereinkommens Genf bestimmt, wobei jedoch die Möglichkeit einer Verlegung nicht ausgeschlossen ist.

Artikel 11 und 12

Da das Übereinkommen selbst die Einzelheiten des Verfahrens vor den hier vorgesehenen Instanzen nicht festlegen kann, ist der Gerichtshof mit der Ausarbeitung der Verfahrensordnung beauftragt; diese unterliegt jedoch — anders als beim IGH (Art. 30 Abs. 1 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs, BGBl. Nr. 120/1956) — der Annahme durch die Vertragsparteien.

Größere Diskussionen ergab es zur Frage, ob die Parteien von diesen Verfahrensregeln abweichen dürfen. Da eine gänzlich freie Gestaltungsmöglichkeit den Wert der hier niedergelegten Verfahren zur Gänze relativiert hätte und es den Streitparteien nicht überlassen sein sollte, die Infrastruktur des Gerichtshofs allenfalls mit unannehmbaren Aufgaben zu konfrontieren, besteht die Möglichkeit der Festlegung von nicht disponierbaren Regeln.

Die Verfahrensordnung bestimmt auch, welche Sprachen für das Verfahren zulässig sind.

Artikel 13

Der finanzielle Aufwand der Infrastruktur des Gerichtshofs ist von allen Vertragsstaaten, somit nicht nur von den jeweiligen Streitparteien (vgl. Artikel 17), zu übernehmen. Mit dieser allgemeinen Kostenaufteilung, wie sie auch dem IGH entspricht (vgl. Artikel 33 des Statuts des Internationalen

Gerichtshofs), sollten Staaten zur Verwendung dieser Verfahren ermuntert werden. Um aber die Verhandlungen über dieses Übereinkommen nicht auch damit zu belasten, wurde dieser Gegenstand darin nicht selbst geregelt, sondern späteren Verhandlungen vorbehalten. Das hiebei zu erstellende Finanzprotokoll bedurfte der Annahme durch den Ausschuß Hoher Beamter der KSZE (AHB). Artikel 13 stellt somit ein pactum de contrahendo dar, das jedoch bereits eingehend die Gegenstände dieses Protokolls bestimmt.

Das Finanzprotokoll wurde im Frühjahr 1993 ausgearbeitet, vom AHB am 28. April 1993 in Prag mit Konsens angenommen und bei der schwedischen Regierung hinterlegt. Jeder Staat, der Vertragspartei dieses Übereinkommens wird, wird dadurch ipso iure an das Finanzprotokoll gebunden, ohne daß es somit eines zusätzlichen Bindungsakts bedarf (siehe dazu die Erläuterungen zum Finanzprotokoll).

Artikel 14

Wenngleich die Verfahren dieses Übereinkommens, die damit eingerichteten Institutionen wie auch dieses Übereinkommen selbst schon von ihrer rechtlichen Natur her nicht in das System der KSZE eingebunden sind, ergibt sich dennoch schon aus der Entstehungsgeschichte ein enger Konnex. Diese Verbindung ist auch damit gewahrt, daß das Präsidium dem AHB jährlich einen Bericht über die Tätigkeiten des Gerichtshofs vorlegt, soweit er im Rahmen des Übereinkommens tätig wurde. Dies erlaubt einen regelmäßigen Informationsfluß über den Gerichtshof an die KSZE-Institutionen und auch jene KSZE-Teilnehmerstaaten, die nicht Partei des Übereinkommens sind, damit diese ebenfalls in die Lage versetzt werden, die Entwicklung des Gerichtshofs wie auch seiner Tätigkeit nicht zuletzt im Hinblick darauf, daß sie auch bei allfälligen Revisionen eingeschaltet sind (vgl. Art. 35), besser beurteilen zu können.

Artikel 15

Auf Grund dieser Bestimmung erhalten auch jene KSZE-Teilnehmerstaaten, die nicht Partei des Übereinkommens sind, Informationen über den Gerichtshof und die ihm unterbreiteten Angelegenheiten. Diese Informationen sind auch deshalb von Bedeutung, da nicht auszuschließen ist, daß Fälle, die vor dem Gerichtshof nicht beigelegt werden konnten, schließlich dem AHB oder einer anderen zuständigen KSZE-Institution unterbreitet werden.

Artikel 16

Um Rechtsstandpunkte zu wahren und die Streitsituation nicht zu verschärfen, werden die Staaten verpflichtet, Handlungen zu unterlassen, die die Streiterledigung erschweren könnten; dies entspricht einer allgemein anerkannten völkerrechtlichen Verpflichtung (vgl. Res. 37/10 der Generalversammlung über die friedliche Streiterledigung „Manila-Deklaration“). Des weiteren entspricht es der allgemeinen Praxis des völkerrechtlichen Streiterledigungsmechanismus, daß die jeweiligen Instanzen zur Verhängung von vorläufigen oder einstweiligen Maßnahmen berechtigt sind. Dieses Übereinkommen unterscheidet dabei zwischen dem Vergleichsverfahren und dem schiedsgerichtlichen Verfahren: im ersten Fall gibt die Kommission den Parteien lediglich Hilfestellung, während im zweiten Fall das Schiedsgericht derartige Maßnahmen bezeichnen kann, wobei aber schon hier — ebenso wie beim IGH — angedeutet ist, daß eine Rechtspflicht zur Befolgung dieser Bezeichnung nicht besteht (arg „ergriffen werden sollten“).

Artikel 17

Während die allgemeinen Kosten der Infrastruktur des Gerichtshofs von allen Vertragsstaaten zu tragen sind, haben die jeweiligen Streitparteien für die Kosten ihrer eigenen Vertretung im Verfahren aufzukommen (vgl. Artikel 13).

KAPITEL II

Zuständigkeit

Artikel 18

Hinsichtlich der allgemeinen Voraussetzung der Befassung der im Übereinkommen vorgesehenen Verfahren unterscheidet dieses Übereinkommen zwischen dem Vergleichs- und dem schiedsgerichtlichen Verfahren: für das Vergleichsverfahren besteht lediglich die Voraussetzung der innerhalb einer angemessenen Frist erfolglos gebliebenen Verhandlungen. Diese Bedingung ist für das schiedsgerichtliche Verfahren deswegen nicht notwendig, da dieses im Gegensatz zum Vergleichsverfahren einer zusätzlichen Zustimmung beider Streitparteien bedarf.

Diese Voraussetzung der Verhandlungen war in früheren Verhandlungsstadien sehr umstritten, da sich insbesondere Österreich mit dem Argument dagegen gewehrt hat, daß bei Verhandlungen die mächtigere Partei der schwächeren jedes Ergebnis aufzwingen könne und die Gleichheit der Staaten nicht gewahrt sei (siehe Hafner, op. cit., S 158). Mit dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes wird diese Gefahr jedoch nicht mehr in dieser Schärfe gesehen, so daß Österreich schon im Wiener Schlußdokument die Verhandlungen als Voraussetzung eines Drittparteiverfahrens akzeptiert hat. Im Valetta-Dokument über friedliche Streitbeilegung von 1989 ist es ebenfalls schon erhalten; doch wurde damals bereits das Ausmaß der „angemessenen Frist“ in Frage gestellt, da befürchtet wurde, daß diese zum endlosen Hinausschieben des Drittparteiverfahrens dienen könne. Es konnte aber schon damals keine Einigung über eine bestimmte Frist erzielt werden; es kann diese Formulierung nur in der Weise näher bestimmt werden, daß sie nicht mißbräuchlich angewendet wird und Erfahrungswerte aus anderen Übereinkommen zur Interpretation herangezogen werden (zB vgl. das Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge, wo Artikel 66 eine Frist von einem Jahr für vergleichbare Umstände vorsieht).

Artikel 19

Diese Vorschrift versucht der schon im ersten von der KSZE ausgearbeiteten Dokument über die friedliche Streitbeilegung, dem Bericht des Expertentreffens von Montreux 1978, geforderten Subsidiarität als wesentlicher Bedingung des zu vereinbarenden Verfahrens gerecht zu werden. Dementsprechend sind der Zuständigkeit der Verfahren dieses Übereinkommens (sowohl dem Vergleichs- als auch dem schiedsgerichtlichen Verfahren) folgende Angelegenheiten entzogen:

- gemäß dem Grundsatz des *lis pendens* und *ne bis in idem* jene Angelegenheiten, die bereits einer Instanz, die einen bindenden Spruch fällen kann, vorgelegt worden sind oder über die von diesen bereits entschieden wurde (nicht ausgeschlossen sind somit Fälle, die ein Staat einer solchen Instanz vorgelegt hat, wenn die andere Streitpartei keiner Streiteinlassungspflicht unterliegt und die Jurisdiktion nicht akzeptiert hat),
- Streitigkeiten, die der „ausschließlichen Jurisdiktion“ einer anderen Streiterledigungsinstanz unterliegen. Als Beispiele einer derartigen Jurisdiktion ist etwa die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs in Verbindung mit Art. 219 EGV zu nennen. Auf Grund dieser Formulierung geht aber dieses Übereinkommen auch der Unterwerfungserklärung unter den IGH vor, da dort nur die Jurisdiktion, also der Streiteinlassungszwang anerkannt ist, aber nicht deren Ausschließlichkeit. Österreich hat sich dem IGH vorbehaltlich der Vereinbarung von anderen Mitteln der friedlichen Regelung zur endgültigen und bindenden Entscheidung unterworfen (vgl. BGBl. Nr. 259/1972). Somit kann Österreich als Vertragsstaat dieses Übereinkommens in ein Vergleichsverfahren involviert werden, ohne die Einrede der Unzuständigkeit auf Grund der Unterwerfungserklärung vorbringen zu können.

Es ist auch unklar, wieweit auch die Zuständigkeit des IGH gemäß dem Europäischen Übereinkommen von 1957 über die friedliche Streitbeilegung (BGBl. Nr. 42/1960) als ausschließlich zu qualifizieren ist. Zur Klarstellung macht Österreich von der Vorbehaltsmöglichkeit gemäß Artikel 19 Abs. 4 dieses Übereinkommens Gebrauch (siehe die Erläuterungen hierzu unten).

Eine Vergleichskommission hat eine bereits unterbreitete Angelegenheit zu suspendieren, falls diese Streitigkeit einer anderen Streiterledigungsinstanz unterbreitet wird. Dies findet etwa dann Anwendung, wenn ein Staat eine dem Vergleichsverfahren unterbreitete Angelegenheit gegebenenfalls vor dem Internationalen Gerichtshof oder sogar vor ein anderes KSZE-Verfahren, wie etwa nach dem Valetta-Mechanismus, oder jedes andere Verfahren gebracht hat, als dessen Ergebnis Vorschläge ergehen können. Bleibt das jeweilige andere Verfahren jedoch erfolglos, dann kann das Verfahren selbst auf Ersuchen bloß einer Streitpartei nach diesem Übereinkommen wieder aufgenommen werden.

Um unnötige Schritte zu verhindern, sind die Parteien verpflichtet, jede Einigung zwischen ihnen über den Streitgegenstand dem Gerichtshof mitzuteilen, damit dieser Fall aus der Liste gestrichen werden kann.

Die im betreffenden Verfahren involvierte Instanz besitzt auch die Kompetenzkompetenz; dieser kommt vor allem in Verbindung mit Artikel 22 Abs. 3 und Artikel 27 Abs. 1 größere Bedeutung zu, da dort auch die Möglichkeit einer Meinungsverschiedenheit der Streitparteien über den Streitgegenstand vorgesehen ist.

KAPITEL III Vergleichsverfahren

Artikel 20

Die Artikel 20 bis 25 behandeln das Vergleichsverfahren. Artikel 20 legt die obligatorische Zuständigkeit des Vergleichsverfahrens fest, da jeder Vertragsstaat gegen einen anderen dieses Verfahren beantragen kann, ohne daß es der Zustimmung des anderen bedarf. Darüber hinaus können auch zwei Vertragsstaaten gemeinsam ein derartiges Verfahren beantragen. Schließlich kann die Zuständigkeit der Kommission auch durch eine Vereinbarung zwischen einem Vertragsstaat und einem anderen KSZE-Teilnehmerstaat, der nicht Partei dieses Übereinkommens ist, begründet werden; dieser andere Staat hat aber im Fall eines Verfahrens zum Haushalt des Gerichtshofs beizutragen (Artikel 2 des Finanzprotokolls). Derartige Vereinbarungen sind dem Kanzler zu notifizieren.

Die Beschwerdelegitimation kommt somit nur KSZE-Teilnehmerstaaten, nicht aber internationalen Organisationen zu, da diese auch nicht Partei des Übereinkommens werden können.

Da die Begriffe der Streitigkeit und der Streitpartei in diesem Übereinkommen keine eigenständige Definition erhalten, kommt eine Beschwerdelegitimation im Einzelfall somit nur jenem Staat, der tatsächlich vom Streitgegenstand betroffen ist, zu. Wieweit auch Fragen der Menschenrechte und Minderheitenrechte vor diese Vergleichskommission gebracht werden können, kann sich erst im Laufe der Praxis der entsprechenden Kompetenzentscheidungen der jeweils angerufenen Instanzen erweisen.

Das Übereinkommen enthält auch keine Ausführungen über den möglichen Streitgegenstand (vgl. Artikel 36 Statut des IGH), so daß dieser nur aus den Aufgaben der Vergleichskommission erschlossen werden kann. Es bestimmt auch nicht den geographischen Bereich der Streitgegenstände, insbesondere nicht, ob Streitigkeiten auch betreffend außereuropäische Gebiete der KSZE-Teilnehmerstaaten ihr unterbreitet werden können. Im Lichte von Artikel 29 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge (BGBl. Nr. 40/1980) ist davon auszugehen, daß es sich auf das gesamte Staatsgebiet der Vertragsparteien erstreckt, einschließlich der überseeischen Gebiete, für die der jeweilige Vertragsstaat international verantwortlich ist.

Artikel 21

Die für einen Einzelfall zuständige Vergleichskommission wird auf die Weise gebildet, daß ein Vertragsstaat, der ein derartiges Verfahren anhängig machen will, davon den Kanzler informiert und aus der gemäß Artikel 3 erstellten Liste einen Schlichter bestellt, nicht notwendigerweise den von ihm für die Liste genannten. Nach entsprechender Information benennt die beschwerte Partei ebenfalls einen Schlichter. Ein Nichtvertragsstaat kann auch einen Angehörigen irgendeines KSZE-Teilnehmerstaates nennen. Nach Konsultation mit den Streitparteien ernennt das Präsidium vorzugsweise drei „neutrale“ Schlichter, denen dann eine Mehrheit in der Kommission zukommt. Dadurch wird der Einfluß der Streitparteien auf den Ausgang des Vergleichsverfahrens und somit dessen Subjektivität wesentlich beschränkt. Fragen über die Bestellung dieser Kommission entscheidet das Präsidium; die Kommission selbst kann diese Aufgabe mangels Einsetzung noch nicht wahrnehmen.

Artikel 22

Das Verfahren wird durch die Abgabe der Streitschrift begonnen; neben den üblichen Angaben sind auch die bereits beanspruchten Mittel zur Streiterledigung anzuführen, um der Kommission zusätzliche ausreichende Informationen, sei es über ihre Zuständigkeit, sei es über den Streitgegenstand selbst, zu verschaffen. Diese Streitschrift wird der beschwerten Partei übermittelt, die darauf ebenfalls ihren Schlichter innerhalb von 15 Tagen zu bestellen hat. Nimmt sie dies nicht vor, bestellt das Präsidium die Schlichter.

Bestehen bei mittels Ad-hoc-Vereinbarung gegründeter Zuständigkeit hinsichtlich des Streitgegenstandes Divergenzen, so ist zwar jede Seite zur Angabe ihres eigenen Standpunktes berechtigt, doch kommt der Kommission die endgültige Entscheidung darüber zu. Der Kommission ist jedoch dann kein *ultra petita* vorzuhalten, wenn sie den abweichenden Standpunkten einer der Streitparteien nicht Folge leistet, sondern dem in der jeweiligen Vereinbarung angegebenen Begehren folgt.

Das Vergleichsverfahren ist nicht öffentlich und der Gestaltungsfreiheit durch die Parteien unterworfen, vorbehaltlich jedoch der Verfahrensbestimmungen, die als nicht abänderbar erklärt wurden, sowie dem Recht, gehört zu werden.

Andere Vertragsstaaten, die an der Beilegung der Streitigkeit interessiert sind, können sich nur mit dem Einverständnis der Streitparteien und nach Einladung durch die Vergleichskommission am Verfahren beteiligen (Interventionsrecht).

Artikel 24

Den Vergleichskommissionen als politischen Streitschlichtungsorganen war meist zur Aufgabe gestellt, eine für die Streitparteien annehmbare Lösung zu finden, die vom anwendbaren Völkerrecht auch abweichen konnte. Das vorliegende Übereinkommen verzichtet jedoch auf die Akzeptabilität der Lösung, sondern stellt auf eine Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und den KSZE-Verpflichtungen ab. Auf diese Weise orientiert sich die Vergleichskommission in ihren Vorschlägen an Standards aus dem Völkerrecht und an KSZE-Dokumenten und kann nicht mit einer für einen Einzelfall gültigen innovatorischen Lösung neue Wege zur Streiterledigung aufzeigen.

Gleichzeitig ergibt sich daraus, daß als Gegenstand des Verfahrens vor dieser Kommission auch Verletzungen der KSZE-Dokumente vorgebracht werden können, womit diesen letzteren erhöhte Wirksamkeit verliehen wird. Neben den Implementierungsdebatten der Folgekonferenzen und den Diskussionen vor den politischen Institutionen der KSZE steht hier somit ein weiteres Verfahren zur Verfügung, das die Einhaltung der KSZE-Verpflichtungen sichert.

Artikel 25

Das Verfahren kann in verschiedener Weise abgeschlossen werden: Die Parteien können ihre Streitigkeit mittels einer Annahme der vorgeschlagenen Lösung beenden; diese Lösung wird in einer vertragsähnlichen Urkunde festgehalten. Andernfalls arbeitet die Vergleichskommission einen Schlußbericht mit ihren Vorschlägen zur Beilegung der Streitigkeit aus. Nehmen die Parteien diese Vorschläge nicht innerhalb von 30 Tagen an, so wird der Bericht darüber dem KSZE-Rat der Außenminister zugeleitet, wo dann allenfalls die Angelegenheit wieder aufgegriffen werden kann. Diese Übermittlung erfolgt über den AHB, der grundsätzlich die Aufgabe hat, die Sitzung des KSZE-Rates vorzubereiten. Dieser wird damit in die Lage versetzt, sich selbst ein Urteil über den Fall sowie über die zu ergreifenden Maßnahmen im Fall einer Verschärfung der Situation zu machen.

Umstritten war in den Verhandlungen die Frage, welche Folgen das Nichterscheinen einer Partei haben sollte; gemäß dem Übereinkommen ist es der Kommission nun verwehrt, in diesem Fall selbst Vorschläge zu erarbeiten; sie kann lediglich den KSZE-Rat über die Umstände dieses Nichterscheinens informieren. Zwar hat es dadurch jede Streitpartei in der Hand, für sie ungünstige Vorschläge der Kommission zu verhindern, muß jedoch damit rechnen, daß diese Angelegenheit vor dem KSZE-Rat zur Sprache kommt.

KAPITEL IV

Schiedsverfahren

Artikel 26

Artikel 26 bis 31 regeln das schiedsgerichtliche Verfahren, das prinzipiell fakultativ gestaltet ist. Die Zuständigkeit des Schiedsgerichts kann entweder mittels Vereinbarung oder durch eine Unterwerfungserklärung unter dem Grundsatz der Reziprozität anerkannt werden. Die Vereinbarung kann auch mit KSZE-Teilnehmerstaaten abgeschlossen werden, die nicht Parteien dieses Übereinkommens sind. Die Unterwerfungserklärung kann die Zuständigkeit für eine bestimmte oder unbestimmte Zeit begründen; sie kann auch bestimmte Angelegenheiten gemäß der Valetta-Formel ausschließen. Anlässlich der Ausarbeitung des ersten KSZE-Instruments der friedlichen Streitbeilegung in Valetta 1991 wurde die Möglichkeit einer Ad-hoc-Ausnahme verschiedener Kategorien von Streitigkeiten aus der obligatorischen Zuständigkeit des Vergleichsverfahrens vorgesehen; es handelt sich weitgehend um solche Fälle, die derzeit von KSZE-Teilnehmerstaaten besonders umstritten sind. Diese Kategorien wurden hier in Form einer Vorbehaltsmöglichkeit übernommen; demnach können die Vertragsstaaten Streitigkeiten über Fragen ihrer territorialen Integrität oder Landesverteidigung, ihrer Hoheitsansprüche auf Landgebiete oder auf andere Gebiete von der Zuständigkeit des Schiedsgerichts ausnehmen. Hintergrund dieser Ausnahmen sind das Interesse an einer Nichtjustiziabilität von Fragen der nationalen Sicherheit, offene territoriale Fragen in Europa sowie in maritimen europäischen Bereichen. Eine weitere wesentliche Einschränkung des schiedsgerichtlichen Verfahrens besteht in der Voraussetzung der erfolglosen Befassung der Vergleichskommission, so daß sich als umfassendes Verfahren eine Abfolge von (erfolglosen) Verhandlungen, (erfolglosem) Vergleichsverfahren und schiedsgerichtlichen Verfahren ergibt. Unterschiedlich zum Vergleichsverfahren kann das Schiedsgericht einstweilige Maßnahmen selbst bezeichnen, doch ist deren Einhaltung nicht verpflichtend (vgl. Erläuterungen zu Artikel 16).

Artikel 27

In der Vereinbarung, mit der um die Bildung des Schiedsgerichts ersucht wird, ist der Streitgegenstand anzugeben; ebenso wie beim Vergleichsverfahren bestehen Möglichkeiten einer abweichenden Meinung der Streitparteien (vgl. Erläuterungen zu Artikel 22). Bei einer einseitigen Anrufung sind auch die wesentlichen Punkte in sachlicher und rechtlicher Hinsicht anzuführen.

Artikel 28

In dieser Bestimmung ist die Bildung des Schiedsgerichts näher bestimmt; es wird jeweils für einen Einzelfall bestellt. Das Schiedsgericht wird auf Grund eines Ersuchens gebildet; die von den jeweiligen Streitparteien ernannten Schiedsrichter sind ex officio Mitglieder des Schiedsgerichts; das Präsidium ernennt aus der Liste die „neutralen“ Schiedsrichter, deren Zahl jedoch die der ex officio tätigen um mindestens einen übersteigen muß. Auf diese Weise kommt diesen Schiedsrichtern jedenfalls die Mehrheit in der Schiedskommission zu, wodurch noch stärker als beim Vergleichsverfahren die Subjektivität des Verfahrens eingeschränkt ist und dieses einem Verfahren vor einem ständigen Gericht nahekommt. KSZE-Teilnehmerstaaten, die nicht Partei dieses Übereinkommens, jedoch Streitpartei sind, können auch einen Angehörigen eines KSZE-Teilnehmerstaates, der nicht der Liste angehört, zum Schiedsrichter bestellen.

Artikel 29

Das Schiedsverfahren entspricht den klassischen Vorbildern: die Parteien haben das Anhörungsrecht, das Verfahren besteht aus einem schriftlichen, dann mündlichen Teil; das Schiedsgericht hat Untersuchungs- und Ermittlungsbefugnisse.

Anders als beim Vergleichsverfahren ist das Interventionsrecht geregelt: Jeder KSZE-Teilnehmerstaat und nicht nur Vertragsstaaten können um Intervention ersuchen, sofern sie ein besonderes rechtliches Interesse nachzuweisen imstande sind; über ihr Ersuchen entscheidet das Gericht. Die Formulierung von Absatz 2 läßt erkennen, daß — anders als beim IGH (vgl. Art. 62 des Statuts des IGH) — ein rechtlicher Anspruch auf eine Intervention besteht, sofern der Nachweis des Interesses gelingt; das Gericht kann dementsprechend nur über die Zulässigkeit in diesem Sinne entscheiden.

Nimmt ein Staat im Wege der Intervention am Verfahren teil, so wird aber nicht das gesamte Urteil für ihn bindend, sondern lediglich der auf sein Interesse bezogene Teil.

Zum Unterschied von Vergleichsverfahren ist das Schiedsgericht befugt, ein Versäumnisurteil auszusprechen; dieser Unterschied erklärt sich aus der fakultativen Natur des Schiedsverfahrens.

Artikel 30

Entsprechend der allgemein akzeptierten Aufgabenstellung eines Schiedsgerichts hat auch dieses Entscheidungen auf Grund von Völkerrecht zu treffen, nicht jedoch entsprechend der KSZE-Verpflichtungen, soweit diese nicht Völkerrecht wiedergeben. Es kann somit Vorschläge einer Vergleichskommission, die auf KSZE-Verpflichtungen fußen, in einem weiteren Schritt der Erledigung eines bestimmten Streitfalls allenfalls nicht unbedingt mittragen.

Ungeachtet davon, steht es mit dem Einverständnis der Streitparteien dem Schiedsgericht offen, eine Entscheidung ex aequo et bono zu treffen (vgl. Art. 38 Statut des IGH).

Artikel 31

Diese Bestimmung regelt den Inhalt des Schiedsspruchs sowie das daran anschließende Verfahren. Der Schiedsspruch ist ähnlich wie ein Urteil des IGH gestaltet — es besteht auch hier die Möglichkeit zu „separate“ oder „dissenting opinions“ einzelner Schiedsrichter. Er hat rechtliche Bindungswirkung nur für den Einzelfall und lediglich für die Streitparteien sowie den Intervenienten. Es besteht kein Rechtsmittel dagegen, abgesehen vom Ersuchen um die Auslegung des Urteils innerhalb von sechs Monaten.

Ähnlich wie in Art. 61 des Statuts des IGH ist die Möglichkeit zur Wiederaufnahme des Verfahrens bestimmt. In beiden Fällen soll das ursprüngliche Schiedsgericht entscheiden; ist dies (wegen der Einzelfallbezogenheit des jeweiligen Schiedsgerichts) nicht möglich, so ist ein neues Schiedsgericht für diese Zwecke zu bestellen.

KAPITEL 5 Schlußbestimmungen

Artikel 33

Artikel 33 bis 39 enthalten die Schlußbestimmungen. Demnach können Parteien des Übereinkommens, das bis zum 31. März 1993 zur Unterzeichnung in Stockholm, der Hauptstadt des Depositars Schweden, auflag, nur KSZE-Teilnehmerstaaten werden. Das Inkrafttreten des Übereinkommens für einen Staat bedarf der Ratifikation oder des Beitritts; es tritt objektiv zwei Monate nach Hinterlegung der zwölften Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft, für jeden anderen Staat zwei Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde.

Artikel 34

Um die Integrität der im Übereinkommen vorgesehenen Streitschlichtungsverfahren zu sichern, sind Vorbehalte außer den ausdrücklich vorgesehenen ausgeschlossen. Damit wurde die Entscheidung zwischen der umfassenden Zuständigkeit vor allem des Vergleichsverfahrens und einer möglichst weiten Mitgliedschaft zugunsten der Zuständigkeit getroffen. Denn es war zu befürchten, daß ohne eine derartige Bestimmung Staaten Vorbehalte entsprechend der Valetta-Formel (vgl. Erläuterungen zu Artikel 29) auch hinsichtlich des Vergleichsverfahrens anbringen würden. Im Endstadium der Verhandlungen erklärten auch bereits einige Staaten, wegen des Fehlens von Vorbehaltsmöglichkeiten dieses Übereinkommen nicht ratifizieren zu können. Doch nahmen die verhandelnden Staaten diese Absage in Kauf, um dennoch ein umfassendes obligatorisches Drittparteiverfahren zu erzielen. Es läßt sich auch nicht ausschließen, daß selbst diese noch zögernden Staaten dem Übereinkommen später noch beitreten werden.

Artikel 35

Für die Änderungen des Übereinkommens ist ein besonderes Verfahren vorgesehen, das auch KSZE-Teilnehmerstaaten, die nicht Vertragsstaat sind, Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeit derartiger Änderungen einräumt, da diese vom KSZE-Rat beschlossen werden müssen. Die Änderungen treten jedoch erst in Kraft, nachdem alle Vertragsstaaten sie entsprechend ihrer verfassungsrechtlichen Erfordernisse angenommen haben.

Artikel 36

Zwar kann ein Vertragsstaat dieses Übereinkommen jederzeit mit einer Wirkung von einem Jahr kündigen, doch müssen die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Kündigung laufenden Verfahren noch erledigt werden. Dadurch kann sich keine Vertragspartei einem Verfahren entziehen, das ihr Nachteile bringen könnte.

Artikel 37

Entsprechend dem sonstigen Informationsfluß werden auch die vom Depositar vorzunehmenden Notifikationen allen KSZE-Teilnehmerstaaten übermittelt.

Artikel 38

Während den KSZE-Teilnehmerstaaten, die nicht Vertragsstaat sind, Rechte (zB betreffend die Änderungen, Erhalt von Informationen, Interventionsrechte) eingeräumt sind, bestimmt diese Verpflichtung ausdrücklich, daß ihnen keine Verpflichtungen aus dem Übereinkommen erwachsen dürfen. Damit sollte jedwede rechtliche Auswirkung von Ergebnissen oder Erkenntnissen aus diesen Verfahren etwa im Wege des KSZE-Rates oder AHB gegenüber Nichtparteien abgewehrt werden.

Artikel 39

Innerhalb von vier Monaten, nachdem das Übereinkommen objektiv in Kraft getreten ist, sind die entsprechenden Gremien zu wählen und Beamten zu ernennen, um das baldige Funktionieren des Gerichtshofs zu gewährleisten. Die Schweiz als Sitzstaat des Gerichtshofes hat dann die entsprechenden Veranlassungen zu treffen.

Die authentischen Sprachen des Übereinkommens sind jene sechs, die auf der KSZE offiziell verwendet werden: Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch und Spanisch. Der vom KSZE-Büro erstellte deutsche Text wurde auf einer Konferenz in Wien, an der neben Österreich Deutschland, die Schweiz und fallweise Liechtenstein teilnahmen, überprüft und korrigiert. Da zum Unterschied von den Übereinkommen im Rahmen der Vereinten Nationen und den meisten anderen multilateralen Übereinkommen Deutsch authentische Sprache ist, mußte ein deutschsprachiger Text erstellt

werden, der keine sonst übliche Abweichung zuläßt. Deswegen finden hier Ausdrücke Anwendung, die sonst der österreichischen Terminologie nicht entsprechen (zB „Charta“ anstelle Satzung der Vereinten Nationen).

Finanzprotokoll nach Artikel 13 des Übereinkommens über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE

Artikel 1

Wie schon in Artikel 13 des Übereinkommens selbst festgelegt, wird hier wiederholt, daß die Vertragsstaaten die Kosten des Gerichtshofs (im Sinne von Artikel 2 Absatz 3) gemeinsam tragen. Zu diesen Kosten gehören nicht nur jene der ständigen Infrastruktur, sondern auch die für die Schlichter und Schiedsrichter in einem konkreten Fall anfallenden Kosten. Gemäß Artikel 17 des Übereinkommens trägt jedoch jeder Staat die Kosten seiner Vertretung vor einer Vergleichskommission oder Schiedsgericht.

Die Einzelheiten betreffend die finanziellen Aufwendungen des Gaststaates werden in einem Abkommen (Briefwechsel) zwischen dem Gerichtshof und dem Sitzstaat (Schweiz) vereinbart. Dabei tritt der Gerichtshof im Namen seiner Mitglieder auf, damit er nicht als eigenständige internationale Organisation anzusehen ist. Er genießt auch nicht als solcher Privilegien und Immunitäten (vgl. Artikel 6 des Übereinkommens), sondern diese kommen nur den Einzelpersonen zu. Zugleich damit besitzt er, vorbehaltlich eines anderslautenden Schweizer Gesetzes, keine innerstaatliche Rechtspersönlichkeit, da er bislang nicht als einzige handelnde Person angesehen wird.

Artikel 2

Die Beiträge der Vertragsstaaten werden nach dem für die KSZE sonst geltenden Beitragsschlüssel aufgeteilt, modifiziert unter Berücksichtigung der tatsächlichen Beteiligung am Übereinkommen. Der Beitragsschlüssel ist in den Beschlüssen von Helsinki vom 10. Juli 1992 enthalten. Österreich kommt darin ein Anteil von 2,05% zu, der allerdings erst an der Zahl der tatsächlichen Vertragsstaaten des Übereinkommens auszurichten ist.

Staaten die erst später Partei des Übereinkommens werden, haben sich entsprechend ihrem Zeitpunkt des Beitritts am laufenden Jahresbudget zu beteiligen (pro Monat ein Zwölftel). Ein Staat, der nicht Partei des Übereinkommens, jedoch an einem Fall beteiligt ist, trägt für die Dauer des Verfahrens zum Budget — somit auch zu den Kosten der ständigen Infrastruktur — bei.

Artikel 3

Der vom Gericht ernannte Kanzler ist in Übereinstimmung mit dem Präsidium für die Erstellung des Budgetentwurfes für jeweils ein vom 1. Jänner bis 31. Dezember laufendes Finanzjahr zuständig, wobei der Entwurf den Vertragsstaaten bis 15. September zu übermitteln ist. Unter Berücksichtigung der Bedeutung Wiens als Sitz mehrerer KSZE-Institutionen und der Präsenz der ständigen KSZE-Missionen der Vertragsstaaten ist das Budget von den Vertragsstaaten in Wien mit Konsens (vgl. Artikel 12) anzunehmen; dieser Beschluß bedarf in Österreich keiner parlamentarischen Genehmigung, da die rechtliche Verpflichtung zur Kostendeckung bereits aus dem Übereinkommen resultiert (Artikel 13 des Übereinkommens). Auf Grund dieses Beschlusses übermitteln die einzelnen Vertragsstaaten ihre Anteile — zur Hälfte jeweils am 1. Jänner und am 1. April. Sollte das Budget nicht rechtzeitig zustande kommen, dann arbeitet der Gerichtshof auf Grund des vorjährigen Budgets weiter.

Die Berechnung und die Überweisungen erfolgen wegen des Sitzes des Gerichtshofs in der Schweiz in Schweizer Franken.

Besondere Bestimmungen gelten für die später beitretenden und die bloß an einem Verfahren teilnehmenden Staaten. Für das erste Jahr nach dem objektiven Inkrafttreten wird ein vorläufiger — somit der späteren Korrektur zugänglicher — Pauschalsatz von 250 000 Schweizer Franken bestimmt.

Artikel 4

Der Kanzler als vornehmlich für die Verwaltung des Gerichtshofs zuständige Person ist berechtigt, die entsprechenden Verträge abzuschließen und Verbindlichkeiten bis zur Höhe des Budgets einzugehen, wofür jedoch das Präsidium die Verantwortung zu tragen hat. Um größere Flexibilität (vor allem dann, wenn die Zahl der Verfahren größere Kosten verursacht) zu erhalten, darf der Kanzler gewisse Verschiebungen im Budget (bis zu 15% der Einzelposten) vornehmen sowie ein Sonderbudget beantragen, das allerdings wieder von den Vertragsstaaten zu genehmigen ist. Gleichzeitig regelt diese Bestimmung auch den Fall des Übertrags von Aktiv- oder Passivposten auf das jeweilige darauffolgende Budgetjahr.

Artikel 5

Die Unvorsehbarkeit der Zahl der Fälle vor dem Gerichtshof und damit seiner tatsächlichen Kostenbelastung erfordert Instrumente, um allfällige Engpässe zu überbrücken. Aus diesem Grund wird hier die Möglichkeit der Errichtung eines Betriebsmittelfonds vorgesehen, ohne daß jedoch dadurch bereits eine Verpflichtung hiezu entsteht.

Artikel 6

Um die tatsächlichen Kosten des Gerichtshofs möglichst gering zu halten, erhalten die Schlichter und Schiedsrichter nur Taggelder entsprechend ihrem tatsächlichen Einsatz bei der Streitschlichtung. Lediglich die Mitglieder des Präsidiums erhalten zusätzlich ein jährliches Nominalpauschale, das dadurch gerechtfertigt ist, daß ihnen ständige und nicht bloß mit einem bestimmten Einzelfall verbundene Aufgaben übertragen sind. Doch ist auch hier den Vertragsstaaten die Kontrolle vorbehalten, da die Höhe dieser Gelder von ihnen (mit Konsens) zu genehmigen ist.

Artikel 7

Die Gehälter des ständigen Personals des Gerichtshofs, einschließlich des Kanzlers, werden ebenfalls von den Vertragsstaaten festgelegt, wobei auch für Sozialversicherung und Pensionsgelder zu sorgen ist. Die Vertragsstaaten verpflichten sich bereits hier zu einer äußersten Beschränkung in der Zahl des Personals (vgl. die Annahme der Personalordnung durch die Vertragsstaaten gemäß Artikel 9 des Übereinkommens).

Artikel 8

Die Reisekosten sind ebenfalls auf das unbedingt Notwendige zu beschränken, wobei die dabei anfallenden Taggelder wiederum von den Vertragsstaaten festgelegt werden.

Artikel 9 und 10

Die Bestimmungen legen in eingehender und aus dem Finanzreglement der KSZE entnommenen Weise die Art und Weise der Haushaltsführung sowie die Rechnungsprüfung fest, die von zwei Personen mit unterschiedlicher Nationalität vorzunehmen ist.

Artikel 11

Der Zugang zu internationalen Streiterledigungsinstanzen leidet des öfteren darunter, daß Staaten die dabei anfallenden hohen Kosten fürchten. Diese Kosten begünstigen die reicheren Staaten, da unter diesen Umständen ärmere Staaten ihre Rechte nicht durchsetzen können, selbst wenn diese eindeutig verletzt wurden. Deshalb ist hier die Möglichkeit der Errichtung eines besonderen Fonds (Sonderauszahlungskontos) vorgesehen, der aus freiwilligen Beiträgen finanziert wird, um ärmeren Staaten finanzielle Hilfestellung bei der Rechtsdurchsetzung zu leisten. Die tatsächliche Leistung aus diesem Fonds ist von den Vertragsstaaten zu genehmigen.

Artikel 12

Jegliche Entscheidungen im Rahmen dieses Finanzprotokolls werden mittels Konsens getroffen, wodurch es einem einzelnen Staat gegeben ist, einen Beschluß zu verhindern.

Artikel 13

Änderungen dieses Finanzprotokolls unterliegen dem gleichen Verfahren wie Änderungen des Übereinkommens, mit der Maßgabe jedoch, daß das Präsidium des Gerichtshofs als die mit der laufenden Gebarung des Gerichtshofs am ehesten vertraute Instanz seine eigene Ansicht zu vorgeschlagenen Änderungen einbringen kann.

Die authentischen Sprachen sind dieselben wie beim Übereinkommen; ebenso wie dieses ist es bei der Regierung von Schweden hinterlegt.

Erläuterungen zum Vorbehalt

Der Vorbehalt ermöglicht es, ein Vergleichsverfahren gemäß dem KSZE-Übereinkommen auch dann durchzuführen, wenn eine Vergleichskommission zur Auffassung gelangt, daß die Zuständigkeit des IGH auf Grund des Europäischen Übereinkommens zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und des ergänzenden österreichisch-italienischen Änderungsvertrags als „ausschließlich“ im Sinne von Art. 19 Abs. 1 lit. b zu qualifizieren wäre. Käme diese Bestimmung zur Anwendung, müßte sich

die Kommission nämlich für unzuständig erklären, und zwar auch dann, wenn beide Streitparteien das Vergleichsverfahren wünschen und der Streitfall nicht beim IGH anhängig gemacht wird. Da es aber beiden Parteien vorteilhafter erscheinen könnte, eine bestimmte Angelegenheit vor die Vergleichskommission zu bringen anstelle den IGH zu befassen, wird mittels dieses Vorbehalts ausgeschlossen, daß sich die Kommission für unzuständig erklärt. Möchte eine Partei dennoch vor den IGH gehen, ist ihr diese Möglichkeit nicht genommen, sofern sie sich nicht bereits in das Vergleichsverfahren eingelassen hat. In diesem Fall müßte Art. 2 des Europäischen Übereinkommens zur Anwendung gelangen, der den (vorübergehenden) Vorrang eines speziell vereinbarten Vergleichsverfahrens vor einem IGH-Verfahren vorsieht. Nach dem Ende des Vergleichsverfahrens kann der IGH aber jedenfalls von jeder Partei angerufen werden.

251 der Beilagen

109

Die Bundesregierung hat beschlossen, dem Nationalrat vorzuschlagen, anlässlich der Genehmigung des Staatsvertrages gemäß Art. 49 Abs. 2 B-VG zu beschließen, daß dieser in englischer, französischer, italienischer, russischer und spanischer Sprache zur öffentlichen Einsichtnahme im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten aufliegt.

Daran anknüpfend wurde mit Rücksicht auf eine sparsame und zweckmäßige Verwaltung gemäß § 23 Abs. 2 GOG-NR von der Vervielfältigung und Verteilung dieser Teile der Vorlage jeweils Abstand genommen.

Die gesamte Regierungsvorlage liegt in der Parlamentsdirektion zur Einsicht auf.